

TEXTE

78/2014

Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012 einschließlich sozialwissenschaftlicher Analysen

TEXTE 78/2014

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3711 17 101
UBA-FB 001991

Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012 einschließlich sozialwissenschaftlicher Analysen

von

René John und Inka Bormann
Philipps-Universität Marburg, Marburg

Jana Rückert-John
Institut für Sozialinnovation e.V., Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

Philipps-Universität Marburg
FB 21-AEW, Bunsenstr. 3, 35032 Marburg
Institut für Sozialinnovation e. V. (ISInova)
Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin

Abschlussdatum:

2014

Redaktion:

Fachgebiet I 1.4 Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche
Umweltfragen, nachhaltiger Konsum
Angelika Gellrich

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/repraesentativumfrage-umweltbewusstsein>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, November 2014

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3711 17 101 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Die Studie zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten 2012 in Deutschland verfolgte – wie die Vorgängerstudien – das Ziel, einen Überblick über den Stand des Umweltbewusstseins, die Verhaltensbereitschaften der Menschen im Alltag sowie die Akzeptanz der Umweltpolitik hinsichtlich aktueller umwelt- und nachhaltigkeitsbezogener Politik- und Themenfelder zu geben. Hierzu werden wesentliche Veränderungen im Zeitverlauf beschrieben und das spezifische Umweltbewusstsein und -verhalten von Befragten in unterschiedlichen sozialen Milieus untersucht. Die Studie beinhaltet aber auch eine neue Schwerpunktsetzung: Im Zentrum steht das alltägliche Handeln mit seinem Potenzial, sich innovativ auf die Anforderungen nachhaltiger Entwicklung einzustellen. Es geht somit um die Frage, welche Anknüpfungspunkte sich für nachhaltige Lebensweisen im Alltag der Menschen finden lassen. Untersucht wird diese Frage für die Handlungsfelder Mobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsführung/größere Anschaffungen sowie Wohnen/Wohnumfeld. Methodisch stand bei der Studie eine Repräsentativumfrage für Deutschland im Jahr 2012 im Mittelpunkt, die durch Gruppendiskussionen, Experteninterviews und eine Medienanalyse zur Rio+20-Konferenz ergänzt wurde.

Abstract

The 2012 study on environmental awareness and behavior in Germany - like previous studies- aimed to shed insight into the current state of environmental consciousness, attitudes in everyday life as well as the acceptance of environmental policy concerning present environmental and sustainability politics and topics. Hereunder fundamental changes over time are described, and specific environmental consciousness and attitudes of respondents from diverse social milieus investigated. What sets this study apart from its predecessors is its new emphasis: daily conduct and its potential to meet the demands of sustainable development. The central question focused on determining which connecting factors of sustainable living can be found in peoples' everyday lives. This question was examined in the activity fields of mobility, grocery shopping, household management, larger acquisitions as well as residential environment. Methodically speaking, a representative survey in Germany 2012 was the study's center of attention. The survey was supplemented by group discussions, expert interviews and a media analysis concerning the Rio+20-Conference.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	10
Tabellenverzeichnis.....	11
Abkürzungen	12
Zusammenfassung.....	14
Summary	23
1 Einleitung.....	34
1.1 Ausgangsüberlegungen, Konzept und Methodik.....	34
1.2 Projektverlauf und Aufbau des vorliegenden Abschlussberichtes	36
2 Die Rio+20-Konferenz in den Medien und die öffentliche (Folge-)Diskussion in Deutschland.....	40
2.1 Methodisches Vorgehen und Struktur des Materials	40
2.2 Die Rio+20-Konferenz als printmediales Ereignis.....	43
2.2.1 Bilanzierungen, Aufgaben und Akteurskonstellationen: Die ersten beiden Berichtsphasen.....	43
2.2.2 Verhandlungen und beschlossene Themen: Die dritte Berichtsphase	46
2.2.3 Kommentare und Aussichten: Die vierte Berichtsphase	47
2.2.4 Synopse: Rio+20 - Themen, Akteure und praktische Aufgaben.....	48
2.3 Themen und Aufgaben in der nachfolgenden Diskussion in Deutschland	50
2.3.1 Dringendes Thema aus deutscher Sicht: Green Economy für die Energiewende	51
2.3.2 Aufgaben für zentrale Akteure und die Zivilgesellschaft.....	52
2.3.3 Möglichkeiten für das Engagement von Bürgerinnen und Bürger	55
2.3.4 Synopse: Zukunftsgestaltung nach Rio+20 aus Sicht politischer Institutionen, zivilgesellschaftlicher und Umweltverbände.....	55
2.4 Das Potenzial und die Möglichkeiten für die alltagspraktische Umorientierung der Bürgerinnen und Bürger durch die Debatten um Rio+20	56
3 Aktuelle Herausforderungen für nachhaltiges Alltagshandeln: Qualitative und quantitative Befunde	60
3.1 Ergebnisse der vorbereitenden Gruppendiskussionen	60
3.2 Handlungsfeld Alltagsmobilität.....	63
3.3 Handlungsfeld Wohnen.....	72
3.4 Handlungsfeld Lebensmitteleinkauf	77
3.5 Handlungsfeld Haushaltsorganisation.....	83

3.6	Bewertung der Umweltpolitik und der Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger	91
3.7	Wahrnehmung der Rio+20-Konferenz.....	98
4	Potenziale zur innovativen Veränderung des Alltagshandeln.....	102
4.1	Argumentationstypen in den Gruppendiskussionen	102
4.1.1	Argumentationstyp „Engagierte Optimierung“	103
4.1.2	Argumentationstyp „Engagierte Idealisierung“	104
4.1.3	Argumentationstyp „Engagierte Pragmatik“	105
4.1.4	Argumentationstyp „Engagierte Skepsis“	105
4.1.5	Argumentationstyp „Selbstbezogene Pragmatik“	106
4.1.6	Argumentationstyp „Selbstbezogene Skepsis“	107
4.1.7	Argumentationstyp „Fatale Skepsis“	107
4.2	Spezifische Potenziale der „Typen alltäglicher Lebensführung“	108
4.2.1	Handlungsfeld Alltagsmobilität.....	110
4.2.2	Handlungsfeld Lebensmitteleinkauf	112
4.2.3	Handlungsfeld Haushaltsorganisation.....	115
4.2.4	Handlungsfeld Wohnen	117
4.2.5	Übernahme und Zuweisung von Engagement.....	119
4.2.6	Alltagshandeln und Innovativität der Typen alltäglicher Lebensführung.....	121
4.2.7	Bezüge zwischen Argumentations- und Lebensstiltypen	125
5	Empfehlungen für die Umweltkommunikation und Umweltpolitik.....	128
6	Literaturverzeichnis	134

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die vier Phasen der Berichterstattung zur Rio+20-Konferenz und die Anzahl der erschienenen Beiträge in den ausgewählten Printmedien	43
Abbildung 2:	Hauptverkehrsmittel im Alltag (Angaben in Prozent der Befragten).....	64
Abbildung 3:	Unterschiedlich orientierte Gruppen beim Lebensmitteleinkauf (basierend auf rotierter Faktoranalyse Varimax mit Kaiser-Normalisierung, $p < 0.001$)	78
Abbildung 4:	Rangliste politischer Aufgabenfelder (Angaben in Prozent der Befragten).....	92
Abbildung 5:	Priorität politischer Aufgabenbereiche (Angaben in Prozent der Befragten, in Klammern die Werte aus der Studie im Jahre 2010).....	94
Abbildung 6:	Folgen des Weltgipfels Rio+20 für die Nachhaltigkeitspolitik (Angaben in Prozent).....	99

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ausgewählte Zeitungen.....	42
Tabelle 2:	Meinungen zum Gebrauch des Autos und des öffentlichen Personennahverkehrs, Angaben in Prozent.....	67
Tabelle 3:	Meinungen zum Wohnen, Angaben in Prozent der Befragten	74
Tabelle 4:	Einstellungen zu Produktversprechen im Lebensmittelbereich (Angaben in Prozent der Befragten).....	79
Tabelle 5:	Gründe für eine sparsame Art der Haushaltsführung beim Wasser- und Energieverbrauch sowie den Heizkosten (Angaben in Prozent derjenigen, die angegeben haben, dass sie hierauf achten).....	85
Tabelle 6:	Gründe für eine sorgsame Art der Haushaltsführung beim Umgang mit Müll (Angaben in Prozent derjenigen, die angegeben hatten, dass sie getrennt sammeln und auf Müllvermeidung achten).....	85
Tabelle 7:	Anlässe, auf nachhaltige Aspekte der Haushaltsführung zu achten (Angaben in Prozent derjenigen, die hierauf achten).....	89
Tabelle 8:	Engagement der Bundesregierung für den Umweltschutz im Zeitvergleich (Angaben in Prozent der Befragten)	93
Tabelle 9:	Klimaschutz-Engagement verschiedener Akteure im Zeitvergleich (Angaben in Prozent der Befragten)	95
Tabelle 10:	Bekanntheit des Weltgipfels Rio+20 (Angaben in Prozent).....	99
Tabelle 11:	Überblick über die empirisch feststellbaren Argumentationstypen in den Gruppendiskussionen.....	103
Tabelle 12:	Verteilung der Typen alltäglicher Lebensführung 2012 (Angaben in Prozent der Befragten, N=2.000).....	109
Tabelle 13:	Verkehrsmittelnutzung und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)	111
Tabelle 14:	Lebensmittelkäufergruppen und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)	113
Tabelle 15:	Art der Haushaltsführung und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)	115
Tabelle 16:	Wohnformen und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000).....	118
Tabelle 17:	Verantwortungsübernahme und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)	120

Abkürzungen

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BRICS	„BRICS“ steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
DNK	Deutscher Nachhaltigkeitskodex
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
G 77	Die Gruppe der 77 (G 77) ist ein loser Zusammenschluss von Staaten, die überwiegend zu den Dritte-Welt-Ländern gezählt werden
MOZ	Märkische Oderzeitung
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.
NGO	Nichtregierungsorganisationen
OHP	Oberhessische Presse
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
SZ	Süddeutsche Zeitung
Taz	Tageszeitung
UBA	Umweltbundesamt
UFOPLAN	Umweltforschungsplan
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNO	Vereinte Nationen
WGBU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WWF	World Wide Fund For Nature

Zusammenfassung

Die Studie zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten 2012 in Deutschland verfolgte – wie die Vorgängerstudien – das Ziel, einen Überblick über den Stand des Umweltbewusstseins, die Verhaltensbereitschaften der Menschen im Alltag sowie die Akzeptanz der Umweltpolitik hinsichtlich aktueller umwelt- und nachhaltigkeitsbezogener Politik- und Themenfelder zu geben. Hierzu wurden wesentliche Veränderungen im Zeitverlauf beschrieben und das spezifische Umweltbewusstsein und -verhalten von Befragten in unterschiedlichen sozialen Milieus untersucht. Sie beinhaltet aber auch eine neue Schwerpunktsetzung: Im Zentrum steht das alltägliche Handeln mit seinem Potenzial, sich innovativ auf die Anforderungen nachhaltiger Entwicklung einzustellen. Es geht somit um die Frage, welche Anknüpfungspunkte sich für nachhaltige Lebensweisen im Alltag der Menschen finden lassen. Untersucht wurde diese Frage für die Handlungsfelder Mobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsführung/größere Anschaffungen sowie Wohnen/Wohnumfeld. Methodisch stand bei der Studie die Repräsentativumfrage im Mittelpunkt, die durch Gruppendiskussionen, Experteninterviews und eine Medienanalyse ergänzt wurde.

Die Rio+20-Konferenz in den Medien und die öffentliche (Folge-) Diskussion in Deutschland

Die Bevölkerungsumfrage wurde in den Wochen nach der Rio+20-Konferenz durchgeführt, welche im Juni 2012 stattfand. Der Wahl des Befragungszeitraums lag die Annahme zugrunde, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland durch das Konferenzereignis und seine massenmediale Aufbereitung besonders für Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen sensibilisiert worden sind. Zu erwarten war, dass es in Folge der Konferenz in Deutschland zu einer Diskussion über die Rolle und Verantwortung verschiedener gesellschaftlicher Akteure im gesellschaftlichen Transformationsprozess und die Erfordernisse einer individuellen, alltäglichen Umorientierung der Bürgerinnen und Bürger kommen würde.

Im Zentrum der im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie beobachteten Medienberichterstattung und der diesbezüglichen Folgediskussion in Deutschland stand vor allem das – einen Schwerpunkt der Konferenz bildende - Konzept der Green Economy. Die analysierten Berichte und Stellungnahmen machten aber auch deutlich, dass dieses erst dann für die Bürgerinnen und Bürger relevant werden kann, wenn es an bestehende gesellschaftliche Probleme und Themen gekoppelt wird. Hierbei wurden meistens zum einen die Energiewende und zum anderen das Konsumverhalten genannt. Im Zusammenhang mit der Energiewende wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor allem erwartet, dass sie diese akzeptieren und unterstützen. Mit Blick auf das hiermit verbundene Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger wird überwiegend für einen an Suffizienz orientierten Lebensstil im Sinne von Verzicht und Genügsamkeit plädiert. Gleichwohl soll dabei Suffizienz nicht als Einbuße des Lebensstandards verstanden werden, sondern als dessen Verbesserung, weil statt materiellem Besitz allgemeine Werte wie zum Beispiel Gemeinschaftlichkeit, Genügsamkeit, Entschleunigung und Gesundheit in ihrer Bedeutung steigen könnten. Zudem sollen sich die Bürgerinnen und Bürger engagieren, indem sie an Nachhaltigkeitskriterien orientiert einkaufen und sich am zivilgesellschaftlichen Druck auf die Politik beteiligen, damit diese die von ihr geforderte Führungsrolle auch übernimmt.

Die Diskussionen zur Rio+20-Konferenz machten aber auch deutlich, dass die Forderung nach Umstellung der Lebensstile zu mehr Suffizienz eine enorme Herausforderung für die nachhaltige Gestaltung der Alltagspraktiken von Bürgerinnen und Bürgern darstellt. Hierzu sind vielfältige Innovationspotenziale und starke Irritationen der Alltagspraktiken notwendig. Diese kön-

nen aber nur dann aufgegriffen werden, wenn sie auf adäquate Bedingungen für die Realisierung eines nachhaltigen Wandels treffen. Das heißt, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger förderliche Bedingungen im Sinne infrastruktureller Realisierungsmöglichkeiten, gesetzlicher Vorgaben und passender kultureller Bewertungen braucht, die die politischen und wirtschaftlichen Akteure gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen neuer Governance-Formen erst noch entwickeln müssen.

Aktuelle Herausforderungen für nachhaltiges Alltagshandeln

Vor dem Hintergrund der vielfach diskutierten Rolle der Bürgerinnen und Bürger im nachhaltigen Transformationsprozess ist die Frage nach den aktuellen Herausforderungen einer nachhaltigen Transformation im Alltag zentral. Begleitend zur Repräsentativumfrage „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“ wurden daher Gruppendiskussionen durchgeführt, um die quantitativen Umfragedaten mittels qualitativer Methoden (Auswertung der Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer) ergänzen und vertiefen zu können.

Eine erste Diskussionsrunde fand vor der Entwicklung des Fragebogens für die Repräsentativbefragung statt und hatte allgemeine Themen zum Inhalt wie die Rolle der Umweltpolitik im Alltag der Bürgerinnen und Bürger, den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeitsorientierungen und biographischen Lebensereignissen sowie den Umgang mit widersprüchlichen Aussagen bezüglich der Umweltrelevanz von Verhaltensweisen.

Eine zweite Diskussionsrunde nach der Repräsentativbefragung konzentrierte sich auf die Alltagspraktiken und Innovationspotenziale für eine nachhaltige Gestaltung in denjenigen Handlungsfeldern, die auch in der Umfrage zentral waren, nämlich Alltagsmobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsorganisation, Wohnen sowie größere Anschaffungen. Die Gruppendiskussionen der zweiten Runde hatten das Ziel, die Erkenntnisse der ersten Diskussionsrunden im Zusammenhang mit den Umfrageergebnissen aufzugreifen und damit diese auch zu vertiefen. Auf diese Weise wurden Erkenntnisse über die Schwierigkeiten, neue und nachhaltigkeitsorientierte Routinen im Alltag zu entwickeln, gewonnen. Im Folgenden sind zentrale Befunde der Repräsentativumfrage und der Gruppendiskussionen im Überblick dargestellt.

Alltagsmobilität

Das Auto wurde in der Umfrage von fast 60 Prozent, der öffentliche Nahverkehr von fast einem Viertel der Befragten als Hauptverkehrsmittel im Alltag angegeben. Fast alle Autofahrerinnen und -fahrer, aber auch über 80 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel nannten am häufigsten Bequemlichkeit und Schnelligkeit als Gründe für ihre Verkehrsmittelwahl. Ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden Gruppen zeigt sich bei der Bewertung von Kosten und Umweltbelangen: 82 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel, aber nur 21 Prozent der Autofahrerinnen und -fahrer nannten auch die Umweltverträglichkeit als Grund für ihre Wahl. 69 Prozent der Befragten nutzen den öffentlichen Nahverkehr, weil er preisgünstig sei, dagegen spielt dieses Argument nur bei 24 Prozent der Autofahrerinnen und -fahrer eine Rolle.

Weiterhin stimmten in der Umfrage über 80 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Bewältigung alltäglicher Wege mit Kindern und Familie eine Autonutzung notwendig mache. In den Gruppendiskussionen bestätigten viele der Teilnehmerinnen und -teilnehmer diesen Befund. Die Situation, dass gerade die städtischen Randgebiete familienfreundliche Wohnlagen sind, diese aber eine weniger dichte Struktur des öffentlichen Personennahverkehrs aufweisen

und einen Autobesitz geradezu verlangen, sehen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer als paradox an. Für jüngere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer erscheint hingegen ein Autokauf für die spätere Familienplanung nicht zwingend notwendig. Betont wurde allerdings, dass gute infrastrukturelle Voraussetzungen notwendig seien, um mit Kindern auch ohne Auto und stattdessen mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder Fahrrad zurechtzukommen.

Weiterhin ergab die Umfrage, dass zwei Drittel der Befragten schon von E-Mobilität gehört haben, von Car-Sharing knapp 40 Prozent. In diesen Kreisen gelten sie überwiegend als umweltfreundliche Alternativen, stoßen aber auch dort noch nicht auf großes persönliches Interesse. Viele verkehrsentlastende Maßnahmen auf politischer Ebene werden von großen Teilen der Bevölkerung befürwortet. Am deutlichsten gilt das für eine vom Auto unabhängige Stadt- und Wohngebietsentwicklung: Hierfür sprechen sich im Durchschnitt etwa 70 Prozent der Befragten aus, wie bei den Verkehrsentlastungsmaßnahmen generell etwas mehr die Älteren über 65 Jahre und die Hochgebildeten.

Chancen für einen Umstieg zum öffentlichen Personennahverkehr sehen einige der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in einem Umzug in die Großstadt. Diese Veränderung der Lebensumstände wird aus ihrer Sicht bislang in Kommunikationsstrategien für eine Nutzung der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs noch zu wenig berücksichtigt. Ein positives Argument sollte hierbei auch die „Erlebnisqualität“ des öffentlichen Personennahverkehrs sein, da der öffentliche Personennahverkehr Begegnungen zwischen ganz unterschiedlichen Menschen fördere.

Lebensmitteleinkauf

Als wichtigste Kriterien beim Kauf von Lebensmitteln gelten den Befragten der Repräsentativbefragung Qualität, Frische und Preis. Nachhaltigkeitskriterien wie regionale Herkunft, Saisonalität, Bio-Anbau und fairer Handel wurden deutlich seltener genannt. Rund 45 Prozent orientieren sich bei ihrem Lebensmitteleinkauf an Gütesiegeln und Regionalmarken, etwas mehr (51 Prozent) setzen auf „Produkte bekannter Hersteller oder Handelsketten“. Gleichzeitig lassen die Angaben auf den Lebensmittelverpackungen nach Ansicht großer Teile der Bevölkerung zu wünschen übrig. Über 60 Prozent halten diese Informationen für schwer verständlich, und fast 80 Prozent der Befragten fällt es schwer, an „Produktversprechen“ zu glauben.

Auch in den Gruppendiskussionen wurde deutlich, dass viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Labels, Siegeln oder Produktmarken im Lebensmittelbereich eher misstrauen. Sie unterstellen den Produkthanbietern auch häufig eine Täuschungsabsicht, da Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel mit vermeintlich einheimischer Ware in die Irre geführt würden. Das Misstrauen wird vor allem durch Medienberichte über Produktionsskandale geschürt. Auch wenn die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer von einem allgemeinen Vertrauens- und Orientierungsverlust im Hinblick auf Labels und Siegel berichteten, sind sie mehrheitlich doch der Meinung, dass Labels und Siegel im Lebensmittelbereich nicht pauschal beurteilt werden können, sondern vielmehr hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Aussagekraft, Vertrauens- und Glaubwürdigkeit betrachtet werden müssen. Als Alternative zu Labels, die eine Form des Systemvertrauens darstellen, bevorzugen die Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmer persönliche Kontakte zu Händlern, sei es in speziellen Läden oder auf dem Wochenmarkt, was als Personalvertrauen zu verstehen ist.

Für die Entscheidung, verstärkt Bio-Produkte zu kaufen, stellen Lebensmittel- oder Umweltskandale gemäß der Repräsentativumfrage die am häufigsten genannten Anlässe dar. Rund ein

Drittel der Befragten kauft nie Bio-Produkte, meistens aus dem Grund, dass sie für zu teuer gehalten werden, aber auch, weil die Befragten nicht von der Umweltfreundlichkeit der Produkte überzeugt sind oder der Bezeichnung „Bio“ generell nicht trauen. An regionalen Produkten und fair gehandelten Produkten zeigen die Befragten mehrheitlich ein Interesse, aber teils deutlich mehr als die Hälfte bewertet auch diese Angebote für sich selber als zu teuer.

Haushaltsorganisation

Die Bedeutung von Nachhaltigkeit in der Haushaltsorganisation steigt auf vielen Gebieten weiterhin stark an. Während in der Repräsentativumfrage im Jahre 2010 noch 8 Prozent der Befragten angaben, bereits Ökostrom zu beziehen, ist dieser Anteil 2012 auf 20 Prozent gestiegen. Ähnliche Steigerungsraten gibt es bei Geldanlagen in erneuerbare Energien (von 4 Prozent auf 12 Prozent) sowie bei der Leistung finanzieller Kompensationen für selbstverursachte Klimagase beispielsweise im Verkehr (von 3 Prozent auf 9 Prozent). Ein Teil der Befragten rechnet damit, dass der Umweltschutz im eigenen Haushalt zukünftig an Bedeutung gewinnt, wobei besonders das energiesparende Alltagsverhalten von 27 Prozent und der Kauf energieeffizienter Geräte von fast einem Drittel der Befragten als zukünftig bedeutsamer eingeschätzt werden. Dieser Trend korrespondiert aber nicht mit dem Verhalten: Das Abschalten nicht benötigter Geräte hatten 2010 noch 83 Prozent der Befragten versichert, 2012 taten das nur mehr 74 Prozent. Der Anteil der Käuferinnen und Käufer energieeffizienter Geräte fiel von 65 Prozent auf 52 Prozent.

Auch in den Gruppendiskussionen wurde durch einige Teilnehmerinnen und -teilnehmer bestätigt, dass zu ihren nachhaltigen Haushaltspraktiken heute bereits der Bezug von Ökostrom gehört. Als Motiv für ihr Verhalten spielte die eigene Gewissensberuhigung eine zentrale Rolle. Andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die sich den Bezug von Ökostrom perspektivisch vorstellen können, schreckte bislang der mit dem Wechsel verbundene Aufwand ab. Eine weitere Barriere für den Bezug von Ökostrom stellt für viele der nach ihrer Ansicht höhere Preis dar.

Bei größeren Anschaffungen ist gemäß den Umfrageergebnissen meistens der Preis das wichtigste Entscheidungskriterium. Insgesamt schiebt sich das Motiv der Sparsamkeit immer wieder in den Vordergrund. Umweltbezogenen Kriterien kommt bei größeren Anschaffungen und Ausgaben nur eine geringe Relevanz zu. Neue Nutzungsstrategien wie beispielsweise das Austauschen oder Mieten von alltäglichen Gebrauchsgegenständen finden vor allem modern eingestellte Hochgebildete attraktiv.

Wohnen und Wohnumfeld

Über 90 Prozent der Befragten fühlen sich gegenwärtig in ihrer Wohnung sehr wohl und über 80 Prozent wollen eher nicht wegziehen. Allerdings glaubt über die Hälfte der Befragten nicht, dass sie heute schon in einer energieeffizienten Wohnung lebt. Für 54 Prozent der Befragten stellt das eigene Haus ein wichtiges Lebensziel dar, obwohl rund 60 Prozent der Befragten bekannt ist, dass große Wohnungen wegen ihres Energieverbrauchs umweltbelastend sind und durch Einfamilienhäuser am Stadtrand in der Regel der Verkehr zunimmt. Rund drei Viertel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sich die Wohnungsgröße nach individuellen Kriterien richten sollte.

Auch in den Gruppendiskussionen betonten einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass für sie das Wohnen am Stadtrand, zum Beispiel im Einfamilienhaus, ein Lebensziel darstelle. Sie sind sich mehrheitlich auch darin einig, dass Autos – das heißt nicht nur eines, sondern auch

mehrere pro Familie – zum Leben am Stadtrand dazu gehören. Das scheint von ihnen als Normalität akzeptiert zu werden und stellt keinen Widerspruch zur Idylle am Strand dar. Andere hingegen sehen zentrale städtische Wohnlagen als erstrebenswert und positiv. In der Großstadt ließe sich zum Beispiel in autofreien Wohngebieten Ruhe und Idylle finden.

Neue, stärker gemeinschaftliche Wohnformen sind immerhin für rund 20 Prozent der Befragten der Bevölkerungsumfrage denkbar. Dabei handelt es sich eher um die jüngeren und die älteren Menschen sowie die Geringverdiener und die überdurchschnittlichen Einkommensklassen. Auch die Teilnehmerinnen und -teilnehmer der Gruppendiskussionen sehen in gemeinsamen Wohnformen Chancen. Sie denken damit vor allem einer Vereinsamung durch das soziale Miteinander Gleichaltriger vorzubeugen und einem reglementierten Leben im Altersheim zu entgehen. Gerade die Älteren unter ihnen bemerkten, dass Senioren-Wohngemeinschaften im Trend lägen. Als nachteilig sehen sie es aber an, dass bislang nur wenige Angebote gemeinschaftlichen Wohnens existierten und man sich deshalb bereits frühzeitig darum kümmern müsse, aber erst im vorangeschrittenen Lebensalter das Interesse daran entwickeln würde.

Im Bereich Wohnen und Wohnumfeld sind viele der Befragten zufrieden mit ihrer jetzigen Situation, obwohl über die Hälfte der Befragten sich vom Straßenverkehrslärm gestört oder belästigt fühlt und 28 Prozent derzeit ihre Gesundheit durch Umweltprobleme stark gefährdet sehen. Nur eine Minderheit der Befragten von 20 Prozent kann sich zukünftig neue Wohnformen vorstellen.

Dass sie auch in Zukunft von Hitzewellen, Hochwasser, Starkniederschlägen oder anhaltenden Trockenperioden am Arbeitsplatz, in Wohnung und Freizeit „überhaupt nicht betroffen“ sein werden, glaubt zwischen einem Drittel bis zur Hälfte der Befragten. Etwa ebenso viele rechnen damit nur „wenig betroffen“ zu sein. An eine starke Betroffenheit glauben nur zwischen 9 Prozent (Hochwasser, Stürme) und 23 Prozent (Hitzewellen) und nicht einmal 5 Prozent gehen von einer sehr starken Betroffenheit aus. Die Mehrheit der Befragten ist überzeugt, dass sie keine weiteren Informationen benötige und die bereits bestehenden Vorsorgemaßnahmen ausreichend seien. Rund 40 Prozent fühlen sich nicht ausreichend informiert und glauben, dass weder die eigenen noch die kommunalen Vorsorgemaßnahmen schon hinreichen.

Allgemeine Einstellungen zur Umweltpolitik

Etwas mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (35 Prozent) nannte spontan Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes bei der offenen Frage zum wichtigsten politischen Problem der Gegenwart. Gegenüber der letzten Umfrage von 2010 ist das ein Anstieg um 15 Prozent. Damit rücken die Umweltprobleme vom dritten auf den zweiten Platz unter den wichtigsten Problemen in Deutschland. Zudem verlangt die Bevölkerung nach mehr politischen Anstrengungen im Umwelt- und Klimaschutz. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung (64 Prozent) fordern, dass die Bundesregierung mehr für den Umweltschutz tun solle. Auch das bedeutet eine weitere Zunahme gegenüber den Jahren 2010 (62 Prozent) und 2008 (56 Prozent). 2006 lag der Wert allerdings noch bei 70 Prozent.

40 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger bewerten den Umwelt- und Klimaschutz als eine Bedingung dafür, dass Zukunftsaufgaben wie etwa die Folgen der Globalisierung gemeistert werden können. Bei der Umfrage 2010 waren es nur 34 Prozent. Auch bei anderen gesellschaftlichen Aufgaben, zu denen die Befragten um ihre Einschätzung gebeten wurden, ist der Anteil derjenigen, die den Umwelt- und Klimaschutz als Bedingung für die Bewältigung dieser Aufgaben ansehen, meistens stabil geblieben oder gestiegen, und liegt zwischen 24 Prozent („für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen“) und 32 Prozent („den Wohlstand sichern“).

Ein hoher Anteil von Bürgerinnen und Bürgern betont aber auch die Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Klimaschutz einerseits und wirtschaftlichen und sozialen Belangen andererseits. Bei den Herausforderungen „Schaffung von Arbeitsplätzen“ sowie „Für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen“ ist die Zahl der Befragten, die eine Einschränkung von Umwelt- und Klimaschutz fordern, bis in den genannten Gebieten hinreichende Fortschritte erzielt sind, von 24 auf 33 Prozent gestiegen und liegt damit geringfügig über dem Anteil der Bevölkerung, der Kompromisse zwischen den verschiedenen Politikbereichen fordert.

Das Verhältnis von Ökologie beziehungsweise Umweltschutz, Sicherung von Wohlstand und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit wurde von den Teilnehmerinnen und -teilnehmern in den Gruppendiskussionen unterschiedlich bestimmt. Manche thematisierten vor allem die Arbeitslosigkeit junger Menschen in Deutschland und ihre berufliche Perspektivlosigkeit als Problem. In diesem Zusammenhang werden auch mehr Investitionen der Regierung in die Bildung erwartet. Andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer räumten der Ökologie als existenzielle Grundlage von Gesellschaft und Wirtschaft und damit dem Umweltschutz Priorität ein. Grundbedürfnisse der Menschen dürften hierbei nicht missachtet werden. Sie argumentierten, dass ökologische und soziale Belange miteinander vereinbar seien, auch wenn dieser Zusammenhang von der Politik und den Medien immer als Widerspruch dargestellt werde. Die Kosten der ökologischen Modernisierung – da sind sich einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig – müssen dabei gerecht verteilt werden.

Die Rolle der Regierung im Bereich des Umweltschutzes sehen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer darin, dass sie Vorschriften erlässt, aber nicht bis ins Private hinein dirigieren soll. Hierbei sollte die Politik auf Anreize sowie Belohnungen und nicht auf Verbote setzen. Regeln sollten nicht die Bürgerinnen und Bürger beschränken, sondern ihr Bewusstsein für Umweltprobleme unterstützen.

Von der Rio+20-Konferenz, die kurz vor der Durchführung der Repräsentativumfrage zu Ende gegangen war, hatten rund zwei Drittel der Befragten nichts mitbekommen. Bei der jüngsten Gruppe der Befragten, den 18- bis 29-Jährigen, betrug der Anteil der Uninformierten fast drei Viertel.

Potenziale zur innovativen Veränderung des Alltagshandelns: Argumentationstypen

Auf der Grundlage der Darstellungen des eigenen Alltagshandelns in den Gruppendiskussionen konnten Argumentationstypen gewonnen werden, die Aufschluss über Chancen innovativer Veränderungen geben. Die Argumentationstypen sind aus der ersten Runde der Gruppendiskussionen hervorgegangen und wurden in der zweiten Runde nach Vorliegen der Umfragedaten hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Stabilität überprüft. Es konnten insgesamt sieben Argumentationstypen bestimmt werden, die sich einerseits entlang der Achse Fatalität-Selbstbezug-Engagement anordnen lassen. Diese Achse gibt Auskunft über den Aktivitätsgrad. Andererseits lässt die weitere Achse Skepsis-Pragmatik-Idealisierung-Optimierung das Potenzial für Veränderungen abschätzen.

Die Typen geben Auskunft über die Art des Umgangs mit Störungen des Alltagshandelns, ob diese innovativ als Chance zur Veränderung aufgegriffen, ob sie ignoriert werden oder ob anderen Akteuren die Initiative zugewiesen wird. Die Argumentationsmuster liefern daher Hinweise dafür, wie aktivierende und unterstützende Kommunikationsstrategien für eine nachhaltigkeitsorientierte Gestaltung des Alltagshandelns zu gestalten sind. In den Gruppendiskussionen konnten die folgenden Argumentationstypen identifiziert werden: „Engagierte Optimie-

„Engagierte Idealisierung“, „Engagierte Pragmatik“, „Engagierte Skepsis“, „Selbstbezogene Pragmatik“, „Selbstbezogene Skepsis“ und „Fatale Skepsis“.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die sieben Typen sich über die zwei Diskussionsrunden als recht stabil erwiesen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist die Feststellung einiger Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass die Beteiligung an den Diskussionsrunden zu einer eigenen Reflexion über die besprochenen Themen führte, die nach Auskunft einiger auch mit einer erhöhten Veränderungsbereitschaft und einer erhöhten Aktivität verbunden ist.

Potenziale zur innovativen Veränderung des Alltagshandelns: Milieuspezifische Ergebnisse

Nachdem die Daten der Bevölkerungsumfrage zunächst nach den gängigen soziodemografischen Merkmalen, wie Einkommen, Bildung, Geschlecht, Alter, Wohnort und Familienstand analysiert wurden, folgten im Weiteren milieuspezifische Untersuchungen, bei denen vor allem sozio-kulturelle Faktoren eine stärkere Berücksichtigung fanden. In der Umweltbewusstseinsstudie 2012 wurde erstmals das von Gunnar Otte entwickelte Milieu-Modell der „Typen alltäglicher Lebensführung“ angewandt. Damit wurde auf ein schon erprobtes und in der Fachgemeinschaft diskutiertes Instrument zurückgegriffen, das Vorteile sowohl hinsichtlich der theoretischen Konstruktion als auch in der praktischen Anwendung hat. Die verschiedenen Befunde zu den Typen alltäglicher Lebensführung in den Handlungsfeldern Alltagsmobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsorganisation und Wohnen wurden zu Profilen zusammengefasst. Diese geben Auskunft einerseits über die Bedeutung des Umweltbezuges bei der lebensstiltypischen Gestaltung des Alltagshandelns, andererseits über die Möglichkeiten, diese auf innovativer Weise im Sinne von Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu verändern.

Beim Typus „Traditionelle Arbeiter“ handelt es sich um traditionsorientierte und niedrig ausgestattete Personen mit einer geringen Formalbildung und einem eher höheren Alter. Sie verfügen häufig über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen eintausend bis zweitausend Euro. Im Vergleich mit den anderen Typen alltäglicher Lebensführung fällt beispielsweise auf, dass sie eher weniger mit dem Auto fahren, dafür aber öfter zu Fuß gehen. Sie kaufen eher nach funktionalen Kriterien ein, bei denen Kriterien wie der Preis, die Haltbarkeit der Lebensmittel und eine einfache Zubereitungsmöglichkeit den Ausschlag geben. Qualitativ hochwertig und ethisch bewusst Lebensmittel einzukaufen, ist in diesem Milieu weniger bedeutsam. Allerdings können – im Gegensatz zu Milieus mit einem höheren Ausstattungsniveau – die „traditionellen Arbeiter“ allein schon wegen ihres Mangels an Ressourcen in der Regel nur geringe Umweltbelastungen verursachen. Bei ihnen sind aufgrund der an Sparsamkeit, Solidarität und Selbstdisziplin orientierten traditionsbetonten Wertestruktur einige Ansatzpunkte für nachhaltige Alltagspraktiken zu erkennen.

Der ebenfalls traditional orientierte und auf mittlerem Niveau ausgestattete Typus der „Konventionalisten“ besteht mehrheitlich aus Personen zwischen 50 und 65 Jahren. Sie verfügen überwiegend über eine höhere formale Bildung und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen zweitausend und dreitausend Euro. Mehr als andere sind „Konventionalisten“ neben dem Auto überdurchschnittlich mit dem Fahrrad unterwegs. Obwohl Umweltbezüge für viele ihrer Alltagspraktiken überwiegend keine besondere Bedeutung haben, gehen sie davon aus, sich in ihrer Haushaltsführung bereits an Nachhaltigkeitskriterien zu orientieren. Hier kann die Werteeinstellung der Pflichterfüllung als Ansatz für eine Aktivierung des innovativen Potenzials der entscheidende Ansatz sein, zumal die „Konventionalisten“ individuelle Verantwortung hoch schätzen.

Die „Konservativ Gehobenen“ stellen den am höchsten ausgestatteten traditionsorientierten Typ alltäglicher Lebensführung dar. Hier finden sich ebenfalls überwiegend ältere Personen zwischen 50 und 65 Jahren. Diese Personen verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab dreitausend Euro und pflegen einen entsprechend hohen Lebensstandard. Sie sorgen sich mehr als andere um Sicherheit und weniger um Umweltprobleme. So wird deutlich, dass es diesem Typus weniger um Umweltproblematiken geht, sondern vielmehr um den Wertehalt. Auch hieran kann für die Aktivierung innovativer Veränderungen der Alltagspraktiken angeknüpft werden, wenn man verdeutlicht, dass Umweltzerstörung wie der Klimawandel auch den eigenen Besitz als leistungsbezogene Werte bedroht.

Der Typus der „Heimzentrierten“ ist durch ein geringeres Ausstattungsniveau und eine teilmoderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Es handelt sich hierbei überwiegend um Jüngere bis 29 Jahre, die über eine niedrige formale Bildung und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen bis zu zweitausend Euro verfügen. Obwohl sie einerseits Umwelt als wichtigstes Problem angeben, sorgen sie sich selbst vornehmlich um den Erhalt des Wohlstandes und der Lebensqualität. Sie engagieren sich kaum für Umweltbelange und Klimaschutz. Häufiger als andere Lebensführungstypen bevorzugen „Heimzentrierte“ das Auto. Sie orientieren sich bevorzugt an funktionalen Kriterien beim Lebensmitteleinkauf. Wenngleich der Umwelt- und Klimaschutz von den „Heimzentrierten“ als wichtiges Problem benannt wird, so treffen sie doch weniger als Andere persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Für sie steht der Erhalt der eigenen Lebensqualität im Vordergrund. Die Sorge um den Wohlstand bildet bei diesem Typus darum den Ansatzpunkt zur Vermittlung der Bedeutung von Umweltproblemen und für die Aktivierung eines innovativen Veränderungspotenzials.

Die „Aufstiegsorientierten“ verfügen über eine teilmoderne Werteorientierung und ein mittleres Ausstattungsniveau. Hierbei handelt es sich zumeist um Personen zwischen 30 und 49 Jahre mit einer mittleren Bildung und einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen zweitausend bis dreitausend Euro. Die Umweltverhältnisse erscheinen den „Aufstiegsorientierten“ vor allem wegen der zu erwartenden ökonomischen Folgen als problematisch. Dieser Typus fällt vor allem durch seine umweltverträglichen Alltagspraktiken in vielen Handlungsfeldern auf. Die „Aufstiegsorientierten“ nutzen weniger häufig das Auto für ihre täglichen Wege. Sie fahren mehr als andere mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Bei ihrem Lebensmitteleinkauf orientieren sich die „Aufstiegsorientierten“ überdurchschnittlich an qualitätsorientiert-ethischen Kriterien. Sie übernehmen in starkem Maße persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Insofern wird in diesem Milieu über Verantwortung reflektiert, so dass man bei den bereits bestehenden umweltfreundlich geformten Alltagspraktiken einerseits und beim Bezug auf Familie und Beruf andererseits ansetzen kann, um weiteres Innovationspotenzial zu aktivieren.

Die „Liberal Gehobenen“ sind durch ihr gehobenes Ausstattungsniveau und ihre teilmoderne Lebensorientierung zu charakterisieren. Sie sind eher hochgebildet und zwischen 50 und 65 Jahre alt. Die „Liberal Gehobenen“ verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab dreitausend Euro. Hochkultureller Konsum und Authentizität sowie Kennerschaft kennzeichnen diesen Typus. Beim Alltagshandeln orientieren sie sich gemäß eigenen Aussagen in den meisten Handlungsfeldern eher an Kriterien der Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit. Zugleich aber fahren sie mehr als andere Typen alltäglicher Lebensführung mit dem Auto. Der Lebensmitteleinkauf der „Liberal Gehobenen“ folgt sowohl eher traditionsorientierten als auch qualitätsbewusst-ethischen Kriterien. „Liberal Gehobene“ ergreifen in starkem Maße persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Beim Thema Wohnraum zeigt sich allerdings, dass es dabei auch Grenzen gibt: Aus der Einsicht in den Zusam-

menhang von Wohnungsgröße und Umweltbelastung ergibt sich für die „Liberal Gehobenen“ nur selten die Notwendigkeit zu handeln. Die Betonung von Konsumentenverantwortung kann hier den Ansatzpunkt bieten für die Festigung bestehender umweltfreundlicher Orientierungen und dem Wandel vor allem beim Mobilitätsverhalten.

Bei den „Unterhaltungssuchenden“ handelt es sich um ein jüngeres Milieu mit Personen bis 29 Jahre. Sie verfolgen eine moderne Lebensorientierung auf niedrigem Ausstattungsniveau. „Unterhaltungssuchende“ verfügen zumeist über eine niedrige formale Bildung und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von eintausend bis zweitausend Euro. Freizeiterlebnisse bilden ihren Lebensmittelpunkt. Dabei sind sie mehr an Sicherheits- als an Umweltproblemen interessiert. Ihre Alltagspraktiken haben eher umweltbelastende Wirkungen. Lebensmittel kaufen die „Unterhaltungssuchenden“ bevorzugt nach funktionalen Kriterien ein. „Unterhaltungssuchende“ betonen die Bedeutung der Gegenwart, sie treffen deshalb weniger als andere persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Sicherheit als Bedingung von Erlebnisorientierung kann hier der Ansatz für eine Aktivierung innovativer Potenziale von Alltagspraktiken sein, wenn es gelingt, Umweltprobleme als eine mögliche Gefährdung dieser Sicherheit begreiflich zu machen.

Der Typus der „Hedonisten“ ist durch sein mittleres Ausstattungsniveau und seine moderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Die „Hedonisten“ weisen keine herausgehobenen soziodemographischen Merkmale auf, sie sind in allen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen gleichermaßen vertreten. Für sie sind die wichtigsten Probleme der Gegenwart im Bereich der sozialen Sicherung angesiedelt. Jedoch erkennen sie auch die Bedeutung umweltpolitischer Maßnahmen im Hinblick auf Wohlstandssicherung, wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit und Gerechtigkeit. „Hedonisten“ nutzen öffentliche Verkehrsmittel und interessieren sich häufiger als andere Lebensführungstypen für Elektromobilität. Ihre persönlichen Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels entsprechen dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Das Innovationspotenzial der „Hedonisten“ lässt sich in deren primärer Orientierung an sozialen Problemen finden. In diesem Bereich zeigen sie eine Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme. Der Schutz der Umwelt und der Natur betrachten „Hedonisten“ nicht als Selbstzweck, sondern beziehen diesen auf die Sicherung von Zukunftsfähigkeit.

Die „Reflexiven“ bezeichnen den Typ alltäglicher Lebensführung mit einer modernen Werteorientierung auf hohem Ausstattungsniveau. Dabei handelt es sich in der Regel um 30- bis 65-Jährige mit hoher formaler Bildung. Sie verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von dreitausend Euro und mehr. Sie sehen die drängendsten Gegenwartsprobleme im Feld der Sozialpolitik. Umweltpolitik erscheint hier vor allem als Mittel zur Lösung sozialer Probleme. Ihr Verkehrsverhalten entspricht den durchschnittlichen Antwortmustern aller Befragten. Sie kaufen regelmäßig Bio-Produkte und sind auch bereit, dafür mehr Geld auszugeben. Die „Reflexiven“ sind überdurchschnittlich mit ihrer Art der Haushaltsführung zufrieden und sie sind auch der Meinung, dass nachhaltige Handlungen der Haushaltsführung zukünftig an Bedeutung gewinnen werden. Ein wichtiges Innovationspotenzial der „Reflexiven“ besteht in ihrer Einsicht, dass umweltpolitische Maßnahmen eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit sind.

Empfehlungen für die Umweltkommunikation und Umweltpolitik

Die Befunde machen deutlich, dass umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikationsstrategien nicht nur an Lebensstiltypen ausgerichtet werden sollten, sondern weitere Aspekte mit berücksichtigen müssen. Kommunikationsstrategien müssen dabei auch immer den kon-

kreten Lebensumständen und praxisrelevanten Erfordernissen in den Handlungsfeldern gerecht werden. Auf welche Art diese ihren Niederschlag in den Erfahrungen mit Störungen des Alltags und Motivationen zur Veränderung der betroffenen Praktiken finden, lässt sich anhand der Argumentationstypen zeigen. Umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikationsstrategien sollten sich deshalb einerseits an den Typen alltäglicher Lebensführung orientieren und andererseits an den Argumentationstypen.

Ausgehend von den Ergebnissen der Gruppendiskussionen sollte umweltpolitische Kommunikation themenspezifisch an den Handlungsfeldern und entsprechenden Alltagspraktiken ausgerichtet sein. Bei der konkreten Ansprache von Personen ist es sinnvoll, die Determinanten des Aktivitätsgrades und der Veränderungsbereitschaft aufzugreifen, wie sie in den Typen alltäglicher Lebensführung herausgearbeitet wurden. Wesentlich für das Alltagshandeln und die Chancen zu nachhaltigkeitsorientierten Veränderungen sind einerseits die soziodemographischen Merkmale, andererseits die individuellen Kapazitäten zu Reflexion und Bestimmung von alternativen Möglichkeiten und deren aktive, gestaltende Realisierung. Hierfür sollte die umweltpolitische Kommunikation motivierenden Antrieb und aktivierende Unterstützung bieten.

Mit Blick auf die Argumentationstypen sollte die umweltpolitische Kommunikation auf die Transformation und den Erhalt des Typs „Engagierte Optimierung“ zielen. Dieser Argumentationstyp birgt das höchste Aktivitätsniveau und die höchste Veränderungsbereitschaft. Gleichwohl ist dieser Argumentationstyp nicht selbststabilisierend, sondern kann sich bei gleichbleibender Aktivität unter ungünstigen Umständen auf der Achse der Veränderungsbereitschaft in Richtung Skepsis bewegen. Darum bedürfen auch Personen, die ihr Alltagshandeln im Modus „Engagierte Optimierung“ beschreiben, der aktivierenden Unterstützung.

Auch den anderen Argumentationstypen gilt jeweils eine spezifische Aufmerksamkeit. So bedürfen beispielsweise diejenigen, die sich und ihr Alltagshandeln überwiegend in einem Modus der Skepsis beschreiben, vor allem des Erlebnisses der Selbstwirksamkeit. Hierfür sind Mitmach-Angebote nützlich, die über bloße Informationsveranstaltungen hinausgehen. Angebote der Volkshochschulen, aber mehr noch von Initiativen, die neue Formen gemeinschaftlicher Produktion und Konsumption anbieten, sind hier gefordert. Auf diese Weise kann es gelingen, den Aktivitätsgrad über den Selbstbezug zum gesellschaftlichen Engagement zu öffnen. Wissen kann auf diese Weise als praktisch relevant vermittelt werden, indem die Selektion von Informationen unmittelbar an erlebbare Praktiken anknüpft. Auf diese Weise kann auch die tendenzielle Resignation der Skeptiker überwunden werden.

Summary

The 2012 study on environmental awareness and behavior in Germany - like previous studies - aimed to shed insight into the current state of environmental consciousness, attitudes in everyday life as well as the acceptance of environmental policy concerning present environmental and sustainability politics and topics. Hereunder fundamental changes over time are described, and specific environmental consciousness and attitudes of respondents from diverse social milieus investigated. What sets this study apart from its predecessors is its new emphasis: daily conduct and its potential to meet the demands of sustainable development. The central question focused on determining which connecting factors of sustainable living can be found in peoples' everyday lives. This question was examined in the activity fields of mobility, grocery shopping, household management, larger acquisitions as well as residential environment. Me-

thodically speaking, a representative survey was the study's center of attention. The survey was supplemented by group discussions, expert interviews and a media analysis.

Rio+20-Conference in the media and the public debate in Germany

In the weeks following the Rio+20-Conference in June 2012, a population survey was conducted. The time frame for the survey was selected based on the assumption that citizens in Germany would be sensitized to questions about the environment and sustainability by the conference's presence in the mass media. Following the conference, a debate was expected about the roles and responsibilities of various social stakeholders in the social transformation process. Another expected topic for discussion was prerequisites and needs for an individual reorientation of citizens' everyday lives.

Framed by the observed media coverage and the resulting public debates in Germany, the conference formed the principal aspect: a concept of The Green Economy. However, an analysis of reports and statements plainly showed that this concept can only become relevant for citizens when it is linked to existing social problems and themes. Hereby mentioned was the turnabout in energy policy as well as consumer behavior. Germany's citizens are expected to accept and support the change in energy policy. Looking at the citizens' consumer behavior associated herewith, a self-sufficient lifestyle in the sense of "doing without" and frugality is advocated. Though sufficiency could have negative connotations, sufficiency should not be seen as a loss of standard of living. Rather it could be viewed as an improved and enriched way of life. Instead of materialism, other values become more important such as a sense of community, frugality, and a consciously slower-pace of living and health. Furthermore, people should get involved by making informed purchasing choices of sustainably produced goods. People should exercise their power as a civil society by applying pressure on politicians and policies. In this way, politics can and should assume its leadership role as society demands.

However, the discussion on the Rio+20-Conference acutely indicates that the demand for converting their lifestyles to greater self-sufficiency in everyday life presents an enormous challenge for people. For this conversion to occur, intense irritations in peoples' daily practices as well as diverse innovation potential are necessary. Furthermore, certain conditions for the realization of sustainable change must be met if such a conversion shall take place. In order for them to engage in this change, citizens need proper conditions in terms of feasible options within the given infrastructure, as well as legal requirements and the corresponding cultural benchmark. These must be developed by political and economic stakeholders with civil society within the framework of new governance forms.

Current challenges for sustainability in everyday activities

Based on the frequently disputed role of citizens in a sustainable transformation process, the question about the current challenges of a sustainable transformation in everyday life is crucial. Group discussions accompanied the representative survey "Environmental Awareness in Germany 2012". In this way, the quantitative survey data was supplemented by the use of qualitative methods (analysis of the statements and discussion inputs of participants).

The first round of discussions took place before the development of the questionnaire. The questionnaire's content included the following topics: The role of environmental policy in people's daily lives, the correlation between a commitment to sustainability and biographical life-

style as well as dealing with contradicting statements with regard to ecological relevance of behavior patterns.

A second round of discussions after the survey concentrated on daily routines and innovation potential for a sustainable organization and arrangement of the activity fields central to the survey. These activity fields included everyday mobility, grocery shopping, household organization, living as well as larger acquisitions. The goal of this second round of discussions was to address the findings from the first discussion round in correlation to the survey results, thereby producing deeper insight in the second discussion round. From the second discussion round findings emerged about the difficulties in developing new and sustainably oriented routines in everyday life. The following text presents key results of the survey and the group discussions.

Everyday mobility

While almost one-fourth reported using local public transportation as their means for getting around each day, the survey showed that for 60 percent of respondents the car is their main mode of daily transportation. Almost all drivers and 80 percent of the users of local public transportation reported “convenience” and “speed” as the reason for their choice of transportation. A distinct difference between the two groups emerged in the assessment of costs and environmental concerns: 82 percent of the users of local public transportation named environmental sustainability as the reason for their choice, while only 21 percent of the drivers named this as the reason for their transportation choice. 69 percent of respondents use local public transportation because it is inexpensive. In contrast, this argument appeared to be relevant for only 24 percent of the drivers.

Furthermore, the survey showed that more than 80 percent of the respondents said that a car is necessary for managing the daily logistics of family and children. Many of the participants in the group discussions confirmed this result. Participants saw living in urban outskirts as a paradox: these are family friendly areas with markedly less infrastructure in place for local public transportation. Thus, a car is a necessity. However, for younger participants, purchasing a car for future family planning is unnecessary. The need for a solid infrastructure was emphasized, so as to be able to manage transportation with children via public transportation or bicycle instead of with a car.

In addition, survey results illustrate that two-thirds of respondents have heard of E-mobility, and 40 percent have heard of car sharing. In these circles, E-mobility and car sharing were deemed environmentally friendly, yet were not met with great personal interest. On a policy level, many congestion reducing measures were supported by a large portion of the population. This was most evident for car-free urban and residential development: On average, 70 percent of respondents expressed support. These respondents tended to be over 65 years of age and well-educated.

Some participants saw moving to the city as an opportunity for switching to local public transportation. From their perspective, in communication strategies for using local public transportation, such a move has not been sufficiently considered. A positive argument for this should be the “experience quality” of using local public transportation, because it promotes encounters amongst people from all walks of life.

Grocery shopping

For the survey respondents, the most important criteria for food purchases were quality, freshness and price. Sustainability criteria like regional origin, seasonality, organic cultivation, and fair trade were mentioned considerably less frequently. About 45 percent base their food purchases on seals of quality and regional brands, while circa 51 percent look for products from “well-known manufacturers or retail chains”. At the same time, product information on food packaging leaves, according to a large portion of the population, much to be desired. Over 60 percent find this information difficult to understand, and almost 80 percent of respondents find “product promises” on food packaging hard to believe.

In the group discussions it was clear that many participants are mistrustful of labels, seals or product brands of foodstuffs. They suspect product providers of intending to deliberately deceive consumers with merely alleged regional goods. Feelings of mistrust are exacerbated by reports of production scandals in the media. Even though participants report a general mistrust and disorientation with regard to labels and seals, the majority is of the opinion that labels and seals in the food sector can't be lumped together and simply generally assessed. Rather, they must be evaluated in terms of their validity, reliability and authenticity. As an alternative to labels (these present a form of confidence in the system), participants prefer personal contact to merchants, either in specialty stores or at farmers markets. This could also be interpreted as a kind of personal trust.

For the decision to increase purchases of organic goods, according to the survey, food or environmental scandals are the most frequently named causes. About one-third of respondents never buy organic products. This is not because of a lack of concern towards the environment, nor does it reflect a general mistrust of the term “organic”. Rather, this is primarily due to the fact they find organic products to be too expensive. The majority shows an interest in regional products as well as fair trade goods. However, more than half also assessed these products as unaffordable.

Household organization

The importance of sustainability in household organization is continuing to increase on many levels. During the representative survey in 2010, only 8 percent of respondents reported having used green electricity. By 2012, this percentage had risen to 20 percent. Similar growth rates occurred in financial investments in renewable energy (an increase from 4 percent to 12 percent) as well as with benefits of financial compensation for self-induced greenhouse gases, like for example in traffic (increase from 3 percent to 9 percent). A portion of respondents estimate that conservation in energy saving households will continue to gain importance in the future. 27 percent estimate that energy saving practices in daily behavior will become even more important in the future. Moreover, purchasing energy-efficient appliances is seen by one-third of respondents as another area that will gain more importance in terms of energy saving households. However, these trends do not correspond to consumer behavior: In 2010, 83 percent of respondents reported turning off appliances not in use. By 2012, this number had fallen to 74 percent. Furthermore, the number of sales personnel for energy-efficient appliances fell from 65 percent to 52 percent.

In the group discussions, some participants confirmed that green electricity was already a part of their household practices. The main reason for this behavior was to ease their conscience. Other discussion participants who could imagine using green electricity said they have not yet switched because they dread the time and effort needed to convert. A further barrier in matters of green electricity in their opinion is the higher price.

According to the survey, for larger purchases and acquisitions price is the deciding factor. Overall, frugality emerges as a motive again and again. Environmental factors have little relevance for decisions on larger purchases. New user strategies like for example, exchanging or renting daily utensils are found particularly attractive by modern, well-educated professionals.

Living and residential environment

Over 90 percent of respondents said at present they feel very comfortable in their home, and over 80 percent reported they do not want to move. However, more than half do not believe that they currently live in an energy efficient home. About 60 percent are aware that large homes are environmentally unfriendly due to their energy expenditure. They are also aware that single family homes in the suburbs cause more traffic coming into town. In spite of this, owning their own home is an important aim of life for 54 percent of respondents. Circa three-fourths of respondents agreed that the size of a home should be settled according to individual factors.

In the group discussions, some participants emphasized living in the suburbs, for example in a single family home, as a goal of their lives. The majority of participants agree that cars - meaning more than one car per family- are a part of suburban life. This appears to be accepted by participants as a normality and does not present a contradiction of idyllic suburban life. In contrast, others see a central residential area as preferable and positive. In the city, for example, peace and quiet can be found in car-free neighborhoods.

New, stronger forms of communal housing are conceivable for about 20 percent of survey respondents. These respondents of the population survey reflected a broad spectrum of milieus, including both young and older people, individuals with low-incomes as well the above average income groups. The participants in the group discussions also see opportunities in communal housing. Hereby they hope to avoid isolation and a regimented life in a nursing home through social togetherness with contemporaries. The older people amongst these participants commented that there is currently a trend for senior residential communities. A disadvantage that they see is that until now there have only been a few offers. For this reason, it is necessary to make arrangements early. However, interest for this tends to first develop in one's older years.

Over half of respondents report being disturbed by or annoyed by road traffic noise, and 28 percent feel that their health is at high risk due to environmental problems. Despite this, in terms of living and residential environment, many respondents are satisfied with their current situation. Only a minority of 20 percent of respondents can imagine moving to a new form of housing in the future.

The threat of heat waves, floods, heavy precipitation, or prolonged droughts affecting their workplace, home and free time, is not an issue for one-third to one-half of survey respondents. About the same amount surmises they would only be "minimally affected". Only 9 percent believe they would be greatly affected by floods and storms and 23 percent believe they would be greatly affected by heat waves. Less than 5 percent expect to be very heavily affected. The majority of survey respondents are convinced they do not need more information, and that existing precautions are sufficient. About 40 percent feel they are not sufficiently informed and believe that their own as well as community precautionary measures are insufficient.

General attitudes towards environmental policy

In answer to the open question about the current most pressing political problems, just over one-third of citizens (35 percent) reported unprompted aspects of environmental and climate protection. Compared to the last survey in 2010, this is an increase of 15 percent. With this, environmental problems move from third to second place in terms of the most important problems in Germany. Hereunder, the population demands more political effort for environmental and climate protection. Almost two-thirds of the population (64 percent) demands that the federal government of Germany do more for environmental protection. Here again this is an increase from 2010 (62 percent) and 2008 (56 percent). However, these numbers are down from 70 percent in 2006.

40 percent of citizens evaluate environmental and climate protection as prerequisites for overcoming future responsibilities such as the consequences of globalization. This is an increase from 34 percent in 2010. Respondents were asked to assess other social service activities. Here, for those respondents who see environmental and climate protection as prerequisites for overcoming future social challenges, responses remained fairly stable or even increased. Their responses were situated between 24 percent (“provide more social justice”) and 32 percent (“ensure society’s prosperity”).

However, a high proportion of citizens emphasized conflicts of interests between environmental and climate protection on the one hand, and economic and social concerns on the other. Until the challenges of “creating more jobs” as well as “providing more social justice” show sufficient progress, respondents (increasing from 24 to 33 percent) demand restrictions in environmental and climate protection. These numbers are only slightly higher than the portion of the population which demands compromises between the diverse policy areas.

Participants of the group discussions determined the relationship of ecology, or rather, conservation, ensuring prosperity and maintaining economic competitiveness differently. The subject of unemployment amongst younger people and their lack of prospects as a problem in Germany was an important topic for some participants of the group discussions. In this context, greater investments in education by the government are anticipated. Other participants gave high priority to ecology as an existential foundation of society and the economy, and of conservation as well. Hereby the basic needs of people should not be disregarded. Participants argued that ecology and social concerns can be compatible with one another, despite that politics and the media consistently present this correlation as a contradiction. However, some discussion participants agreed that the costs of an ecological modernization should be equally distributed.

In the area of conservation, participants see the government’s role in the adoption of regulations. They should not however, superintend people’s private sphere. Hereby the government should use incentives and rewards and not integrate bans or prohibitions. Rules should not limit citizens, but rather support their awareness of environmental issues.

Shortly before conducting the representative survey, the Rio+20-Conference had just ended. In spite of this, the conference went unnoticed by circa two-thirds of survey respondents. Of this uninformed group, almost three-fourths were from the youngest group of respondents, the 18 to 29 year olds.

Potential for innovative change in everyday life: Argumentation types

Based on the presentation of everyday life in the group discussions, argumentation types could be gained. These provided information about opportunities for innovative changes. These ar-

gumentation types arose from the first discussion groups. They were then reviewed against the survey data for completeness and robustness, and finally tested in the second discussion group. Over all, seven argumentation types were gained. On the one hand, these types could be organized along the great misfortune/self-reference/involvement axes. These axes give information about the extent of activity. On the other hand, the skepticism/pragmatic/idealization/optimization axes allow an estimation of the potential for change.

These types disclose the way disruptions in everyday life are dealt with: Are these disruptions creatively processed and seen as opportunity for change? Are they ignored? Or are they pushed onto other stakeholders who should then take the initiative? These critical argumentation patterns deliver clues as to how empowering and supportive communication strategies should be designed. Such communication strategies should foster sustainably-oriented routines in citizens' daily lives. In the group discussions, the following argumentation types were identified: "dedicated optimization", "committed idealization", "dedicated pragmatics", "dedicated skepticism", "self-absorbed pragmatics", "self-absorbed skepticism" and "fatal skepticism".

In summary, it can be concluded that the seven argumentation types proved to be quite stable through the two group discussion rounds. Another important result is that some discussion participants concluded that their participation led to them reflecting more on the discussed topics. According to these participants, this reflection led to some of them feeling more willing to change and become more involved.

Potential for innovative change in everyday life: Milieu specific findings

Data from the population survey were initially analyzed according to prevalent sociodemographic characteristics, such as income, education, gender, age, place of residence and marital status. This was followed by milieu specific analyses by which sociocultural factors in particular were given deeper consideration. In the environmental awareness study of 2012, Gunner Otto's Milieu Model "Types of Everyday Lifestyle" was applied for the first time. Using this tried and tested (and in the specialized community, somewhat disputed) instrument had advantages in terms of theoretical design as well as in its practical application. The diverse results of the types of everyday lifestyle were condensed into profiles in the following activity fields: Daily mobility, grocery shopping, household organization and living. These profiles give information about environmental considerations found in the design of their everyday routines. They also reveal possibilities for changing these lifestyles in innovative ways into more sustainable and environmentally friendly ways of living.

The profile for the „Traditional Worker“ type is a tradition-oriented individual of low means, little formal education and higher age. Their monthly income after taxes is from 1.000 to 2.000 Euros. Compared to other everyday lifestyle types, the "Traditional Worker" tends to drive less and walk more. Functional criteria dictate their food purchases, such as price, the expiration date on foodstuffs and simple meal preparation. Purchasing high quality and ethically conscious foods is of less importance in this milieu. However, their lack of resources alone means the "Traditional Worker" causes less ecological damage compared to milieus with greater means. The "Traditional Worker's" traditionally oriented values like frugality, solidarity and self-discipline show potential as starting points for sustainable daily routines.

The „Conventionalist“ type is also a traditionalist but is of average means and tends to be between 50 and 65 years old. They have higher formal education and a monthly income between 2.000 and 3.000 Euros. Besides traveling by car, "Conventionalists" get around with their bicycles more than other lifestyle types do. Although the environment is irrelevant for many of

their daily activities, “conventionalists” assume that their households are organized and function sustainably. A strong sense of duty is part of the “Conventionalist’s” values, and could be used as an approach for activating innovative potential. This is especially true given the “Conventionalist’s” high regard for individual responsibility.

The „Conservative Sophisticate“ has the highest amount of resources of all the tradition-oriented everyday lifestyle types. This type is predominately comprised of people between the ages of 50 and 65. The “Conservative Sophisticate” has a monthly income that starts at 3.000 Euros, and cultivates a high standard of living. They worry more about security and less about the environment. This is a clear indicator that preserving values, and not solving environmental problems, is the primary focus for the “Conservative Sophisticate”. Yet even here starting points for activating innovative change in daily routines can be found. To reach the “Conservative Sophisticate”, it is a matter of emphasizing how environmental problems like climate change are a threat to the value of their property and possessions.

The „Home Centered“ type is characterized by a low amount of resources and a partly modern life orientation. This type describes predominately younger people up to 29 years of age with low levels of formal education. Their monthly income after taxes is up to 2.000 Euros. Although they reported the environment as an important issue, the „Home Centered“ type is primarily concerned with maintaining wealth and quality of life. They are unlikely to be involved or committed to working on environmental problems and climate change. The „Home Centered“ type prefers using the car for everyday mobility more than the other types do. Functional criteria dictate food purchases. Even if the „Home Centered“ types name environmental and climate protection as important problems, they are less likely to adopt precautionary measures against the consequences of climate change. The preservation of wealth is their main focus. Worry for their prosperity could be the medium that conveys the importance of environmental problems, as well as for activating innovative potential for change.

The „Social Climbers“ have a partly modern value orientation as well as average means at their disposal. These individuals are usually between the ages of 30 and 49, and after taxes have an average monthly income between 2.000 and 3.000 Euros. Present environmental conditions are seen as problematic by “Social Climbers”, mainly because of the expected economic consequences these conditions will bring. The “Social Climbers” stand out because of the environmentally friendly daily routines evident in many of the activity fields. Compared to the other types, “Social Climbers” are more likely to use public transportation for their daily travel, and they drive cars less. For food shopping, their tendency to base their purchases on quality and ethically sound criteria is above average. “Social Climbers” undertake personal precautions against the consequences of climate change to a greater degree. In this respect, responsibility is seriously considered in this milieu. Thus, potential for activating innovative change can be found in their existing environmentally friendly daily routines. In terms of family and career, potential for change exists as well.

The „Liberal Climbers“ are characterized by their high standard of living and their partly modern value orientation. “Liberal Climbers” tend to be highly educated and between the ages of 50 and 65. After taxes, the monthly income of “Liberal Climbers” starts at 3.000 Euros. High cultural consumption, authenticity and connoisseurship distinguish this type. In everyday life, the “Liberal Climbers” say they tend to construct their routines in most activity fields according to environmental sustainability criteria. However, compared to other types, “Liberal Climbers” drive their cars more for daily travel. Their food purchases are based on traditional, as well as ethical and quality criteria. “Liberal Climbers” actively undertake personal precautions against

the consequences of climate change. Nonetheless, there are limits to their precautions, as can be seen under the topic of living space. Based on insight on the correlation between residence size and ecological damage, "Liberal Climbers" rarely feel a need to change their residence choices. Emphasizing consumer responsibility could be the starting point for strengthening an existing environmentally friendly orientation, as well as instigate change for their daily transportation modes.

With an age of up to 29 years, the „Entertainment Seekers“ comprise a younger milieu. They have a modern lifestyle orientation, and low amounts of resources. „Entertainment Seekers“ generally have little formal education, and their monthly income after taxes is from 1.000 to 2.000 Euros. Their lives revolve around their leisure experiences. They are more interested in security than in environmental issues, and their daily routines tend to be more ecologically damaging. Food purchases are governed by functional criteria. „Entertainment Seekers“ emphasize „living in the moment“. For this reason, they are not as likely to undertake personal precautionary measures against the consequences of climate change as other types are. Positioning security as a precondition for an experience orientation could be the beginning of activating innovative potential in their daily routines. However, this is contingent upon showing them how environmental issues pose possible threats to their security and livelihood.

„Hedonists“ are characterized by their average amounts of resources and modern life orientation. „Hedonists“ do not display apparent sociodemographic characteristics. They can be of any age or education level and be found in any income bracket. At present, the most important problems for „Hedonists“ are settled in the area of social security. However, they recognize the importance of environmental policy measures with regard to ensuring prosperity, economic competitiveness and fairness. „Hedonists“ use public transportation and are more interested in electric mobility than other types are. Their personal precautionary measures against the consequences of climate change reflect the average of society. The innovative potential of „Hedonists“ lies in their primary orientation of finding social problems. In this area they show a willingness to assume responsibility. „Hedonists“ do not see conservation as an end in itself, but rather as a way to secure future sustainability.

„Reflectives“ lead their lives with a modern set of values and have greater resources at their disposal. „Reflectives“ tend to be between the ages of 30 and 65 and have a high level of formal education. After taxes their monthly income is at 3.000 Euros and more. „Reflectives“ see the most urgent issues at present in the field of social policy. For „Reflectives“, environmental policy seems to be a means for solving social problems. Their travel behavior reflects the average pattern of responses for all respondents. „Reflectives“ buy organic products regularly and are willing to pay more for them. The „Reflectives“ show an above average satisfaction with their household organization. They are also of the opinion that organizing the household organization sustainably will continue to gain importance in the future. An important possibility for innovative change of „Reflectives“ lies in their view of environmental policy measures as an essential condition for social justice.

Recommendations for environmental matters and policy

Results clearly show that communications strategies for environmental and sustainability policies should not only be geared towards lifestyle types, but must also take further aspects into consideration. Thereby, communication strategies should also appease aspects like life circumstances and the needs of relevant activity fields. By means of the argumentation types, the way these aspects will reflect know-how for dealing with daily disruptions and motivation for

changing the affected routines can be illustrated. Thus, communication strategies for environmental and sustainability policies should on the one hand, align with the types of daily lifestyle, and on the other hand, be geared towards the argumentation types.

Based on the results from the group discussions, communication for environmental policy should be topic-specific for the activity fields and corresponding daily routines. When approaching specific people, it is useful to address the determinants of the degree of activity, or rather, involvement, and the willingness to change as they are highlighted in the types of everyday lifestyle. Sociodemographic characteristics are essential elements in finding opportunities for sustainably-oriented changes in daily activities. However, not to be forgotten here is an individual's capacity for reflection, determining alternatives and then proactively implementing them. For this purpose, communication for environmental policy should provide a motivating impetus and active support.

In view of the argumentation types, communication for environmental policy should focus on the transformation and preservation of the "dedicated optimization" type. This argumentation type holds the highest level of activity and shows the most willingness to change. Nevertheless, this argumentation type is not self-stabilizing. Indeed, when activity remains constant and under unfavorable circumstances, this type can shift towards "skeptical" on the axis of willingness to change. For this reason, for those individuals that manage their daily routines in the "dedicated optimization" mode, active support is needed.

Furthermore, the other argumentation types each need specific attention as well. For example, those people who manage their everyday routines predominately in more of a skepticism mode. This mode most notably embraces experiences of self-efficacy. For this purpose, interactive offers that go beyond simple information events are useful. Programs from adult education centers are needed, but even more necessary are curricula from initiatives or action groups that offer new forms of collaborative production and consumption. Thus, the degree of activity can expand from self-reference to social engagement. Hereby relevant and practical knowledge can be conveyed, via a selection of information that can be directly linked to tangible practices. In this way, the skeptic's tendency for resignation can be overcome.

1 Einleitung

1.1 Ausgangsüberlegungen, Konzept und Methodik

Die Studien zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland werden im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Umweltbundesamtes (UBA) seit 1996 im Abstand von zwei Jahren durchgeführt. Dabei wird die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Umfragen und durch zusätzliche Analysen ergänzten Studien sollen einen Überblick über den Stand des Umweltbewusstseins, die Verhaltensbereitschaften der Menschen im Alltag sowie die Akzeptanz der Umweltpolitik hinsichtlich aktueller umwelt- und nachhaltigkeitsbezogener Politik- und Themenfelder geben. Es werden wesentliche Veränderungen im Zeitverlauf beschrieben. Außerdem wird das spezifische Umweltbewusstsein und -verhalten von Befragten in unterschiedlichen sozialen Milieus untersucht.

Für die Repräsentativumfrage 2012 fanden im Zeitraum von Juli bis August 2012 mündliche Interviews mit zweitausend Personen statt. Davon waren 1585 Personen aus Westdeutschland und 415 Personen aus Ostdeutschland. Federführend wurde die Studie vom Institut für Sozialinnovation e.V. (Berlin) in Zusammenarbeit mit der Philipps-Universität Marburg, in enger Fachbegleitung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes, durchgeführt. Die Erhebung der Daten oblag der TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH Bielefeld.

Die Datenerhebung selbst erfolgte in den Sommermonaten Juli und August 2012, da im Juni 2012 die Weltumweltkonferenz „Rio+20“ stattfand. Zu erwarten war daher eine verstärkte Präsenz von Umweltthemen in den Massenmedien und eine zusätzliche Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Notwendigkeiten und Chancen ökologischer Umorientierungen. Die im Januar 2013 veröffentlichte Broschüre mit den Basisdaten ist zu finden unter „Publikationen“ auf der Internet-Seite www.umweltbundesamt.de. Mit der genannten thematischen Ausrichtung knüpft die Umweltbewusstseinsstudie 2012 an die Fragestellungen der früheren Studien an. Sie beinhaltet aber auch eine neue Schwerpunktsetzung: Das alltägliche Handeln wird mit seinem Potenzial, sich innovativ auf die Anforderungen nachhaltiger Entwicklung einzustellen, ins Zentrum gerückt. Es geht somit um die Frage, welche Anknüpfungspunkte sich für nachhaltige Lebensweisen im Alltag der Menschen finden lassen. Untersucht wird diese Frage für die Handlungsfelder Mobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsführung/größere Anschaffungen sowie Wohnen/Wohnumfeld.

Das Potenzial für Veränderungen wird als Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung von Chancen im Hinblick eines nachhaltigeren Umgangs mit Umweltressourcen verstanden. Für die Umsetzung dieses Potenzials in ökologisch orientierte Alltagspraktiken sind Eigenschaften wie Aufgeschlossenheit, Problemazeptanz und die Fähigkeit, Störungen als Chancen wahrzunehmen, wichtig. Gleichwohl sind diese individuellen Faktoren immer an strukturelle Bedingungen gebunden, die es ermöglichen, diese Potenziale umzusetzen, diese begünstigen oder behindern. Mit dem Fokus auf diese Veränderungspotenziale im Alltagshandeln wird die lange Zeit in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung verfolgte Defizitperspektive auf eine Perspektive der Potenzialerkennung umgestellt. Damit geraten auch jene Alltagspraktiken in den Blick, die zum Beispiel besonders ressourcenleicht sind, aber bei denen Umweltschutz nicht vorrangiges Motiv ist.

Eine vielversprechende Forschungsperspektive stellen hierzu praxistheoretische Ansätze dar, die Praktiken des Alltagshandelns der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Betrachtung

tung stellen. In den Sozialwissenschaften wird in diesem Zusammenhang auch von einem „practical turn“ gesprochen (Reckwitz 2003). Das Potenzial praxistheoretischer Zugänge für die sozialwissenschaftliche Umweltforschung ist vor allem auch in einer Umstellung der Perspektive zu sehen: Ausgangspunkte bilden nicht vordergründig Bewusstsein und Wissen, um von dort auf ein umweltgerechtes Verhalten zu schließen. Vielmehr ist es das Handeln oder anders bezeichnet, die soziale Alltagspraktik, die es hinsichtlich seiner Potenziale für Veränderungen hin zu nachhaltigeren Lebensstilen zu analysieren und zu verstehen gilt.

Die Bürgerinnen und Bürger sind aber in ihrer alltäglichen Lebensweise mit bestimmten umweltbezogenen Herausforderungen konfrontiert; diese gilt es zu erkennen, um Veränderungspotenziale für nachhaltigere Lebensweisen im Alltag zu nutzen. So sind Umweltprobleme meistens nicht unmittelbar im Alltag wahrnehmbar. Das gilt ganz besonders für globale Probleme wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Meeresverschmutzung oder Wüstenbildung. Im Gegensatz zu verschmutzten Flüssen oder wahrnehmbarer Luftverschmutzung, die in den 1970er und 1980er Jahren zu einem enormen Anstieg des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung führten, bringen die heutigen Probleme neue Orientierungsprobleme für die Menschen mit sich. Von diesen globalen Problemen erfahren die Menschen vor allem aus den Massenmedien. Luhmann (1996: 9) spitzt die Rolle der Medien wie folgt zu: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. Das gilt nicht nur für unsere Kenntnis der Gesellschaft und der Geschichte, sondern auch für unsere Kenntnis der Natur“. Die Massenmedien sind insofern an der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit (Berger/Luckmann 1980) in der modernen Gesellschaft beteiligt. Neben der eigenen konkreten Erfahrung sowie den von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsinstanzen gesetzten Rahmenbedingungen haben sie einen wesentlichen Einfluss darauf, welche umwelt- und nachhaltigkeitsbezogenen Themen kommuniziert, welche dieser Themen in der Gesellschaft als relevant angesehen werden und auch darauf, welche spezifische Rolle den Bürgerinnen und Bürgern sowie alltagsweltlichen Umorientierungen im nachhaltigen Transformationsprozess zukommt. Massenmedien tragen sowohl dazu bei, dass Menschen sich in der komplex erscheinenden Wirklichkeit zurechtfinden als auch zur grundlegenden Irritation beziehungsweise Reflexion über solche Orientierungen.

Die Nachrichten von globalen Umweltproblemen sind dabei Irritationen von ganz besonderer Art. Einerseits werden sie oft hochdramatisch kommuniziert, andererseits ist nur schwer für Bürgerinnen und Bürger zu erkennen, welche Konsequenzen ihr verändertes Verhalten angesichts von Problemen haben kann, die den Zustand und die Organisation von Weltwirtschaft und Weltgesellschaft betreffen. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur sehr unterschiedliche Präferenzen und Interessen miteinander vereinbaren, sie haben meistens auch nur unzureichende oder widersprüchliche Informationen, sind mit gegenläufigen Handlungsanreizen konfrontiert (Brand 2011) und verstricken sich insbesondere im Rahmen der Nutzung kollektiver Umweltgüter in „ökologisch-soziale Dilemmata“ (Ernst 1997). Gleichwohl zeichnet sich das Alltagshandeln durch Routinen aus, die habitualisiert sind, das heißt im Alltag nicht weiter hinterfragt werden und so eine gewisse Beharrlichkeit aufweisen (Berger/Luckmann 1980, Reckwitz 2003).

Auch wenn es schwierig ist, die Wirkungen des eigenen Handelns zu erkennen, wird es ohne eine grundlegende Umorientierung auch im Alltagsverhalten der Menschen keine nachhaltige Zukunft geben. Unstrittig ist, dass die heute in Industrieländern vorherrschenden Produktions- und Konsummuster weder zukunftsfähig noch global verallgemeinerungsfähig sind (WBGU 2011, Bundesregierung 2012, SRU 2012). Daher sind Neuorientierungen im Alltagsverhalten der Menschen unabdingbar. Dies betrifft sowohl die alltäglichen Routinen der Menschen als auch

die gesellschaftliche Organisation der verschiedenen Lebens- und Handlungsbereiche wie Wohnen, Mobilität, Haushaltsführung und Einkaufen.

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass Umweltprobleme immer auch soziale und gesellschaftspolitische Implikationen aufweisen: „Environmental problems are problems of social organisation“ (Norgaard 1994). Dieser Zusammenhang ist hoch relevant, wenn die Wirkungen der Umweltpolitik und die mit einer notwendigen Umorientierung im Alltagsverhalten der Menschen verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen, in Betracht gezogen werden. Die Fortführung und stete Verstärkung einer nicht-nachhaltigen Entwicklung wird massive gesellschaftliche Folgewirkungen und eine Erosion der sozialen Ordnung mit sich bringen (Welzer 2008). Diese Veränderungserfordernisse übersteigen die Reichweite herkömmlicher Umweltpolitik: Umweltpolitik wird zwangsläufig zur Gesellschaftspolitik. Diese Perspektivenerweiterung ist bereits im Kontext des Diskurses um nachhaltige Entwicklung (Hauff 1987) angelegt, indem unter anderem Fragen der inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit, aber auch der Partizipation und demokratischer Verfahren angesprochen werden. Hierfür ist auch der vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU 2011) angestoßene Transformationsdiskurs von Bedeutung – vor allem die entwickelte Idee eines „neuen Gesellschaftsvertrags“, der einen grundlegenden Kulturwandel beinhaltet und als „kooperativer Prozess gemeinsamer gesellschaftlicher Zukunftsbewältigung“ (Wehrspaun 2012: 38) zu verstehen ist.

1.2 Projektverlauf und Aufbau des vorliegenden Abschlussberichtes

Um die Frage nach der Nutzung von Innovationschancen als Anknüpfungspunkte für die Unterstützung und Mobilisierung nachhaltigerer alltäglicher Handlungsweisen im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie 2012 zu untersuchen, waren gegenüber früheren Studien Erweiterungen im Projektdesign nötig. So wurden im Vorfeld der Bevölkerungsumfrage Expertenbefragungen und Gruppendiskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, um zusätzliche Informationen für die Konzeption der Bevölkerungsumfrage zu gewinnen. Da die Bevölkerungsumfrage im zeitlichen Kontext der Rio+20-Konferenz stattfand, wurden zudem die diesbezügliche Medienberichterstattung und die öffentliche (Folge-)Diskussion in Deutschland analysiert.

Zur Bearbeitung der forschungsleitenden Fragestellung ist die vorliegende sozialwissenschaftliche Vertiefungsstudie in sechs Hauptkapitel gegliedert. Das zweite Kapitel enthält eine Analyse der Medienberichterstattung anlässlich der Rio+20-Konferenz. Im Zentrum dieser Untersuchung stand die Frage, mit welchen Informationen die Menschen anlässlich dieser Konferenz aus den Massenmedien versorgt wurden. Diese Frage stellte sich angesichts der Bedeutung, die in der ökologischen Diskussion schon seit langem der Zivilgesellschaft und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern bei der Bewältigung der Umweltkrise beigemessen werden. Es war zu erwarten, dass diese Thematik sowohl während der Konferenz sowie in deren medialem Widerhall als auch in der sich daran anschließenden Diskussion in Deutschland eine wichtige Rolle spielen würde, welche auch Auswirkungen auf das alltagspragmatisch relevante Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger haben könnte. Daher interessiert im Kontext von Kapitel 2 vor allem, welche Rolle den Bürgerinnen und Bürgern zugewiesen wird und welche Möglichkeiten der Beteiligung und Eigeninitiative dabei aufgezeigt werden.

Im dritten Kapitel ist die Frage nach den aktuellen Herausforderungen einer nachhaltigen Transformation im Alltag zentral. Begleitend zur Repräsentativumfrage wurden daher zweimal vier Gruppendiskussionen durchgeführt, um die quantitativen Umfragedaten mittels qualitati-

ver Methoden (Auswertung der Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer) ergänzen und vertiefen zu können. Die Gruppendiskussionen fanden in jeweils zwei Klein- und zwei Großstädten in Ost- und Westdeutschland statt. Auf diese Weise konnten auch der Urbanisierungsgrad sowie eventuell zu erwartende Ost/West-Unterschiede bei den Gruppendiskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern berücksichtigt werden.

Die Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus, Bildungsabschluss, Familienstatus und Einkommen ausgewählt. Hierbei wurde auf die Hilfe einer jeweils ortsansässigen Kontaktperson zurückgegriffen, die die jeweilige Gruppe unter Berücksichtigung der genannten Merkmale zusammenstellte. Die Gruppendiskussionen dauerten jeweils etwa zwei Stunden und wurden digital aufgezeichnet, um anschließend transkribiert zu werden. Sie wurden durch Leitfragen angeleitet, mit denen der Moderator/die Moderatorin die Diskussion stimulierte.

Die leitende Frage der Gruppendiskussionen war die nach den Rahmenbedingungen, individuellen (förderlichen) Einflussfaktoren und Hemmnissen als Hinderungsgründen bei der Chancenwahrnehmung hinsichtlich eines nachhaltigen Alltagshandelns. Eine erste Diskussionsrunde fand im Herbst 2011 vor der Entwicklung des Fragebogens statt und hatte allgemeine Themen zum Inhalt wie die Rolle der Umweltpolitik im Alltag der Bürgerinnen und Bürger, den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeitsorientierungen und biographischen Lebensereignissen sowie den Umgang mit widersprüchlichen Aussagen bezüglich der Umweltrelevanz von Verhaltensweisen. Als ein erstes Ergebnis wurden Argumentationstypen herausgearbeitet, die über die Art der Rezeption von Umweltproblemen und der darauf bezogenen Gestaltung von Alltagspraktiken Auskunft gaben. Diese wurden in der zweiten Diskussionsrunde weiter vertieft.

Die zweite Runde der Gruppendiskussionen fand im Frühjahr 2013 in denselben Orten statt. Mit wenigen Ausnahmen trafen die Gruppen in ihrer ursprünglichen Besetzung zur erneuten Diskussion zusammen. Den Beteiligten wurden zur Vorbereitung unter anderem einige aus den Umfragedaten entwickelte allgemeine Thesen als Diskussionsstimuli sowie die Broschüre „Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“ übersandt. Weiterhin erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Kurzfragebogen, der auch in der Umfrage verwendet wurde, um die Milieuzugehörigkeit zu ermitteln. Die Gruppendiskussionen der zweiten Runde hatten das Ziel, die Erkenntnisse der ersten Diskussionsrunden im Zusammenhang mit den Umfrageergebnissen aufzugreifen und zu diskutieren. Auf diese Weise wurden vertiefende Erkenntnisse über die Schwierigkeiten, neue und nachhaltigkeitsorientierte Routinen im Alltag zu entwickeln, gewonnen. Die Diskussion konzentrierte sich dabei auf die Alltagspraktiken in denjenigen Handlungsfeldern, die auch in der Repräsentativumfrage zentral waren, nämlich Alltagsmobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsorganisation, Wohnen sowie größere Anschaffungen.

Im Kapitel 3 werden die Ergebnisse der ersten und zweiten Runde der Gruppendiskussionen im Zusammenhang mit denjenigen Umfragedaten dargestellt, welche für die Vertiefungsanalysen relevant sind. Zusätzliche Informationen über die quantitativen Daten (beispielsweise soziodemographische Differenzierungen bei den Antworten) finden sich in der bereits erwähnten Basisdatenbroschüre.

Im Anschluss an die Diskussion zentraler Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage geht es im Kapitel 4 zunächst darum, die in den Gruppendiskussionen gewonnenen Argumentationstypen darzustellen. Für die erste Runde der Gruppendiskussionen wurden sieben Argumentationstypen bestimmt, die in der zweiten Runde bestätigt werden konnten. Sie lassen sich einerseits entlang der Achse Fatalität-Selbstbezug-Engagement anordnen.

Diese Achse gibt Auskunft über den Aktivitätsgrad. Andererseits lässt die weitere Achse Skepsis-Pragmatik-Idealisierung-Optimierung das Potenzial für Veränderungen abschätzen.

Im zweiten Teil von Kapitel 4 folgen milieuspezifische Untersuchungen, mit denen vor allem sozio-kulturellen Faktoren eine stärkere Berücksichtigung finden. Dafür gibt es inzwischen eine Vielzahl von Milieu-Modellen, deren Aussagekraft vor allem auf die Faktoren Einkommen und Bildung zurückgeführt werden kann. Der dafür nötige Erhebungsaufwand ist ein wichtiger forschungspraktischer Umstand, den es zugunsten des zentralen Befragungsinteresses zu berücksichtigen gilt. In der Umweltbewusstseinsstudie 2012 wurde erstmals das Milieu-Modell der „Typen alltäglicher Lebensführung“ von Gunnar Otte (2004) angewandt. Dementsprechend werden in den anschließenden Kapiteln die Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger in den betrachteten Handlungsfeldern nach den Typen alltäglicher Lebensführung dargestellt. Im Anschluss daran werden diese Typen jeweils für sich zusammenfassend beschrieben, bevor sie dann auf die Argumentationstypen bezogen werden. Dies ist deshalb möglich, weil den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gruppendiskussionen die dafür nötigen Fragen ebenfalls gestellt wurden. Anhand der Argumentationstypen können dann Dynamiken im Verhalten aufgezeigt werden, die vor allem Anlass für Unterstützungsleistungen der Umweltpolitik bei der Aktivierung innovativer Potenziale der Alltagspraktiken geben.

Im abschließenden Kapitel 5 werden auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse Empfehlungen für die Umweltpolitik und Umweltkommunikation abgeleitet. Die Befunde machen deutlich, dass umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikationsstrategien nicht nur an Lebensstiltypen ausgerichtet werden sollten, sondern weitere Aspekte mit berücksichtigen müssen. Kommunikationsstrategien müssen dabei auch immer den konkreten Lebensumständen und praxisrelevanten Erfordernissen in den Handlungsfeldern gerecht werden. Daher sollten sich umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikationsstrategien einerseits an Lebensstiltypen – im konkreten den Typen alltäglicher Lebensführung – orientieren und andererseits an den vorgestellten Argumentationstypen.

2 Die Rio+20-Konferenz in den Medien und die öffentliche (Folge-)Diskussion in Deutschland

Eines der wichtigsten internationalen umweltpolitischen Ereignisse im Jahr 2012 war die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (United Nation Conference on Sustainable Development). Unter Anspielung auf die erste Konferenz, die 1992 ebenfalls in Rio de Janeiro stattfand, wurde diese Konferenz „Rio+20“ genannt. Es nahmen Regierungsvertreterinnen und -vertreter von insgesamt 190 UNO-Mitgliedstaaten daran teil.

Während der zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Konferenzen wurden weitere globale Nachfolgetreffen zu Umweltproblemen veranstaltet, die unmittelbar auf die Vereinbarungen von 1992 zurückzuführen waren. Vor allem die zahlreichen und regelmäßig stattfindenden Klimagipfel haben einige Popularität erlangt. Neben anderen Konferenzen, die sich ebenfalls mit Problemen der Entwicklung und Gerechtigkeit befassten, fand 2002 in Johannesburg ein weiterer Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung statt. Insgesamt seit 1992 veranstalteten die Vereinten Nationen mehr als zwanzig Weltkonferenzen, davon allein vierzehn Klimakonferenzen.

Die im Folgenden dargestellte Untersuchung soll die Frage beantworten, welche Themen der Rio+20-Konferenz auf welche Art der deutschen Öffentlichkeit nahegebracht wurden. Diese Frage stellt sich auch angesichts der Bedeutung, die seit langem der Zivilgesellschaft und damit den Bürgerinnen und Bürgern bei der Bewältigung der ökologischen Probleme beigemessen wird. Im Abschlussdokument der Konferenz wurde diese Bedeutung erneut bekräftigt. Dabei werden in der Erklärung keine konkreten Möglichkeiten benannt, sondern darauf hingewiesen, dass die zivilgesellschaftlichen Beiträge seitens der Politik wertgeschätzt und unterstützt werden sollen (UNCSD 2012: 43 f.).

Im Anschluss an die Medienanalyse stellt sich darum die Frage, welche Themen von der öffentlichen Diskussion in Deutschland aufgenommen wurden und eine Um- beziehungsweise Neuorientierung in der Gesellschaft erwarten lassen. Die Um- und Neuorientierung kann sich Chancen bedienen oder auf Barrieren der Bürgerinnen und Bürger stoßen. Chancen und Barrieren hängen nicht zuletzt von den Protagonisten der Themen ab, das heißt von jenen politischen, wirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für bestimmte Themen besonders einsetzen. Dabei interessiert vor allem, welche Rolle den Bürgerinnen und Bürgern zugewiesen wird und welche Möglichkeiten der Beteiligung und Eigeninitiative dabei aufgezeigt werden.

2.1 Methodisches Vorgehen und Struktur des Materials

Leitfragen bei der Medienanalyse waren: Welche Akteursgruppen wurden bei den Berichten zur Rio+20-Konferenz dargestellt und adressiert? Wie wurde die Rolle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft gegenüber der Politik, aber auch den Unternehmen, den Umweltverbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen debattiert? Wie hat die Folgediskussion in Deutschland die Berichte und Kommentierungen aufgenommen und weiter entwickelt?

Um diese Fragen zu beantworten, wurde eine umfangreiche Analyse der Beiträge in deutschen Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Zeitschriften durchgeführt, in denen über die Konferenz von Rio berichtet wurde. Im Anschluss werden den Analyseergebnissen ausgewählte Mitteilungen, Verlautbarungen und Aktivitätsankündigungen von Umwelt- und anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden sowie politischen Institutionen gegenübergestellt. Auf diese Weise

lässt sich eruieren, inwieweit die Konferenzthemen in der öffentlichen Folgediskussion in Deutschland von den adressierten Akteuren aufgegriffen wurden. Inwiefern sind hier Kontinuitäten und Konkretisierungen des erwarteten Potenzials der Akteure feststellbar? Letztlich geht es darum zu klären, ob die Medienberichte und die Folgediskussion dahingehend ein Irritationspotenzial besaßen, das hiervon Innovationsschübe für die Alltagsroutinen der Bürgerinnen und Bürger wie für die politischen Routinen zu erwarten sind.

Das Material zur Medienanalyse wurde im Zeitraum vom 24. Mai bis zum 4. Juli 2012 gesammelt. Dazu wurden ausgewählte deutsche Printmedien verwendet und alle Beiträge berücksichtigt, die einen Bezug auf die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung aufwiesen. Dieser Bezug brauchte nur generell gegeben sein, sodass gerade zum Beginn des Beobachtungszeitraums einige Beiträge sich auf die Rio+20-Konferenz als Kontext beziehen. Dadurch ist in der Vorphase der Konferenz einerseits der Umfang der Sensibilisierung der Leserschaft für das kommende Ereignis erkennbar andererseits durch weiterführende Bezüge die Art der sachlichen Anschlüsse ablesbar, die Hinweise auf das thematische Spektrum der Rio+20-Konferenz geben. Im Sample wurden die folgenden Zeitungen berücksichtigt (siehe Tabelle 1).

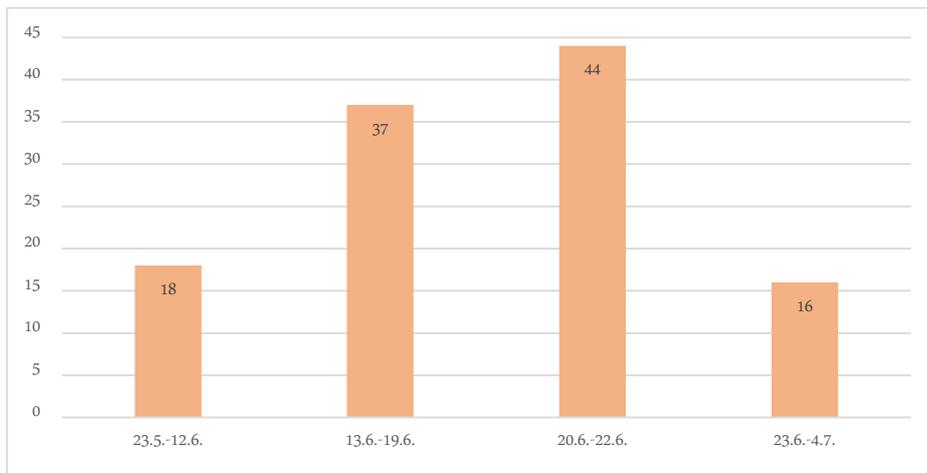
Tabelle 1: Ausgewählte Zeitungen

Zeitungen	Abkürzungen	Einordnung
Berliner Zeitung	Berliner Zeitung	Regionale Tageszeitung
Frankfurter Rundschau	FR	Regionale Tageszeitung
Märkische Oderzeitung	MOZ	Regionale Tageszeitung
Oberhessische Presse	OHP	Regionale Tageszeitung
Bild	Bild	Überregionale Boulevardzeitung
Die Welt	Die Welt	Überregionale Tageszeitung (konservativ-wirtschaftsliberal)
Frankfurter Allgemeine Zeitung	FAZ	Überregionale Tageszeitung (bürgerlich-konservativ)
Süddeutsche Zeitung	SZ	Überregionale Tageszeitung (links-liberal)
Tageszeitung	taz	Überregionale Tageszeitung (links-alternativ)
Die Zeit	Die Zeit	Wochenzeitung
Der Spiegel	Der Spiegel	Wochenmagazin

Bemerkung: Die regionalen Tageszeitungen wurden entsprechend der Gruppendiskussionen ausgewählt, die die Repräsentativumfrage begleiteten.

Insgesamt wurden 115 Beiträge gesammelt. Am häufigsten bezog sich die taz mit 27 Beiträgen auf die Rio+20-Konferenz, gefolgt von der FAZ mit 19 Beiträgen. Insofern kann man von einem, das politische Spektrum übergreifenden Interesse an der Rio+20-Konferenz und dem Thema nachhaltige Entwicklung sprechen. Unterschiede werden eher hinsichtlich des Qualitätsanspruchs und des antizipierten Publikums der untersuchten Zeitungen deutlich. Die „Berliner Zeitung“ und FR sowie die SZ kommen noch auf mehr als zehn Beiträge, die Regionalblätter MOZ und OHP widmen sich mit etwa gleicher Intensität der Rio+20-Konferenz. Dagegen fällt die „Bild“ mit nur zwei Beiträgen klar ab. Beachtlich ist die Beitragsintensität der „Zeit“ und des „Spiegels“, die sich der Konferenz in insgesamt nur vier Ausgaben mit sieben beziehungsweise fünf Beiträgen widmeten. Insgesamt lassen sich vier Phasen der Berichterstattung unterscheiden, mit dem Höhepunkt während der drei Tage des Konferenzgeschehens (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Die vier Phasen der Berichterstattung zur Rio+20-Konferenz und die Anzahl der erschienenen Beiträge in den ausgewählten Printmedien



Die Auswertung der Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge erfolgte als Inhaltsanalyse, die sich einerseits an die „Dokumentarische Methode“ (Bohnsack 1997, 2010) anlehnt, andererseits den Empfehlungen von Mayring (2000) zur Codierung folgt. Die Zusammenfassung der Berichte nach Themen und Art der Präsentation richtete sich nach den leitenden Fragestellungen. Sie wird nach den oben dargestellten zeitlichen Phasen während des Beobachtungszeitraums im Folgenden stark zusammengefasst dargestellt. Dabei werden die ersten beiden Berichtsphasen zur Vorphase zusammengefasst. Diese Gliederung wird durch eine thematische Zuordnung der Beiträge weiter differenziert. Daran schließt sich eine Synopse an, in der zusammenfassend Antworten auf die eingangs gestellten Fragen gegeben werden.

2.2 Die Rio+20-Konferenz als printmediales Ereignis

2.2.1 Bilanzierungen, Aufgaben und Akteurskonstellationen: Die ersten beiden Berichtsphasen

Die Artikel zur Rio+20-Konferenz setzten in den untersuchten Zeitungen in der Regel mit einer Bilanzierung der Entwicklung seit der ersten Konferenz in Rio de Janeiro 1992 ein. Daran schlossen sich unmittelbar oder in separaten Beiträgen die Formulierung von Erwartungen an die Konferenz und die Benennung von Verhandlungsaufgaben an. Dies ging einher mit Einschätzungen zu den Bedingungen für einen erfolgreichen Abschluss der Konferenz. Insbesondere wurde dabei Gewicht auf die divergenten Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Verhandlungen gelegt.

Die Bilanzierungen betrachteten im Hinblick auf das zwanzigjährige Jubiläum die Entwicklung seit der ersten Rio-Konferenz 1992. Im Vergleich wären die Probleme, welche vor 20 Jahren angesprochen wurden, keine anderen als diejenigen, die heute zur Lösung drängen (taz 15.6.). Grundlegendes Problem seien die unveränderten Verhaltensweisen in der Gesellschaft. So werde viel zu wenig für eine konkrete Nachhaltigkeitspolitik weltweit aber auch in Deutschland getan, etwa für eine effiziente Energietechnik in deutschen Haushalten (Die Welt 26.5., taz 9./10.6.). Die anhaltenden Umweltprobleme seien Ausdruck eines grundsätzlichen Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie, weil die Welt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion von einem rigorosen Marktverständnis geprägt wird, sodass der Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedanke ins Hintertreffen gerät. Die Orientierung auf Wachstum impliziere einen höheren Ressourcenverbrauch (Die Zeit 14.6.), der mit Blick auf die wachsende Weltbevölkerung, vor

allem aber auf die aufstrebenden Wirtschaften der Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien und der hiermit verbundenen Wohlstandsmehrung massiv zunimmt. Aus Sicht der Entwicklungspolitik wurden Trends, wie der vermehrte Zugang zu Sanitäreinrichtungen, Rückgang der Armut, steigendes Niveau der Geburtshilfe, gestiegene Alphabetisierungsrate und zurückgedrängter Hunger, verbesserte Impfraten und gestiegene Aufwendungen für die Entwicklungshilfe positiv vermerkt (SZ 19.6.). Wohlstandszunahme und Armutsverringerung gingen jedoch zu Lasten der Umwelt, weil Waldflächen schrumpfen, Artenvielfalt ab- und die CO₂-Emission zunahm, die Erderwärmung anstieg und wohlstandsbedingt der Fleisch- und Fischkonsum stärker wuchs als die Weltbevölkerung (FAZ 21.6.).

Aus den Bilanzierungen folgten Erwartungen hinsichtlich der Themen, die auf dem Gipfel verhandelt werden sollten. Vom Jubiläumsgipfel wurde nicht erwartet, ähnliche Signalwirkung zu entfalten wie der Rio-Gipfel 1992 (Die Zeit 14.6., FAZ 20.6.). Stattdessen sollten bestehende Probleme konkreter benannt und daraufhin Maßnahmen für konkrete Lösungen beschlossen werden. Im Mittelpunkt stand dabei die Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), vor allem aber der Beschluss des Green-Economy-Konzeptes. Betont wurde, dass mit der Green Economy die Wirtschaft aufgrund verbindlicher Regeln nachhaltig gestaltet werden solle, woran sich die Hoffnung knüpfte, dass es mittels der Green Economy als Motor gelingen würde, die Wirtschaft ökologischer zu gestalten (Spiegel 11.6., FR 14.6., SZ 16./17.6.), allgemein der Nachhaltigkeit zum Durchbruch zu verhelfen und die Armut zu bekämpfen (FAZ 21.6.). Als Beispiele wurden dazu vor allem die Entwicklungen neuer Technologien in der Energiewirtschaft, bei der Wiederverwertung von Ressourcen oder auch im Transportwesen genannt (Die Welt 26.5.).

Schon die Berichte während der Vorphase stellten die Diskussion um die Green Economy nicht nur aus der Perspektive der Befürworter dar. So wurde vor allem durch Vertreter der Nichtregierungsorganisationen (NGO) bezweifelt, dass konkrete Regelungen beschlossen werden oder sich die politischen und wirtschaftlichen Akteure daran hielten (taz 16./17.6. und 19.6.). Das Konzept der Green Economy bewerteten die Kritiker aus den Reihen der NGOs darum schon im Vorfeld als „neue Leerformel“ (taz 19.6.). Außerdem würden damit die eigentlichen Probleme, wie sie in den Bilanzierungen aufgezählt wurden, nicht wirklich gelöst (taz 5.6., Die Welt 18.6., taz 19.6.). Die Kritik am Green-Economy-Konzept war eingebettet in die grundsätzliche Diskussion, ob die ökologischen Probleme durch Effizienz- oder eher Suffizienz-Lösungen zu bewältigen seien. Indem vor allem die Wirtschaft des „Westens“ oder „Nordens“, das heißt der Industriestaaten, vom Green-Economy-Konzept profitiere, so eine wichtige Linie der Kritik, führe dies zur Fortsetzung der Wachstumsideologie mitsamt anhaltendem Ressourcenverbrauch und zum Erhalt globaler Machtstrukturen (taz 29.5., 5.6. und 19.6.). Gegen die Kritik wurde eingewandt, dass das Green-Economy-Konzept sehr wohl auch den sozialen Aspekt adressiere (Spiegel 11.6., taz 16./17.6.). Es wurde darüber hinaus aber auch betont, dass sich mehr Umweltschutz nur durchsetzen kann, wenn die Wirtschaft für dessen Umsetzung ebenfalls verpflichtet wird (OHP 13.6., FR 14.6., MOZ 15.6., Berliner Zeitung 19.6.).

Als Bedingung einer wirkungsvollen, tatsächlich nachhaltigen Green Economy wurde der Beschluss zur Reduzierung der Subventionen für fossile Energieträger genannt. Der Beschluss zur Aufwertung des UNEP sollte von der Verpflichtung der Industriestaaten zur Finanzierung der ökologischen Transformation der Entwicklungsländer abhängen. Dabei deutete sich bereits ein Streit auf der Konferenz darüber an, inwieweit die Schwellenländer sich an dieser Finanzierung beteiligen sollten. Die Abhängigkeit dieser beiden wichtigsten Beschlusspunkte von der Finanzierungsfrage wurde in Berichten durch den Hinweis auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise bekräftigt (FR 18.6., SZ 19.6.).

Die in den Beiträgen dargestellte Debatte um die grundsätzliche Strategie nachhaltiger Entwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit der Green Economy, erfolgte meistens unter Hinweis auf die zu erwartende Rolle der beteiligten Akteure während der Verhandlung und darüber hinaus. Diese lassen sich im Politikfeld mit den Akteuren aus Staat, Wirtschaft, NGOs und Zivilgesellschaft auf einer Skala zwischen lokaler bis globaler Wirkung zuordnen.

Grundsätzlich wurden Industrieländer von Schwellen- und Entwicklungsländer unterschieden und diese auch als Länder des Nordens (etwa USA, die EU und Deutschland) denen des Südens gegenübergestellt. Konstatiert wurde ein Interessenskonflikt zwischen den am Umweltschutz interessierten Länder des Nordens und den am Wachstum orientierten Ländern des Südens (taz 16./17.6.). Insbesondere die Aufwertung des UNEP wurde zum Streitgegenstand zwischen diesen Gruppen, da diese als einseitiges Anliegen der Industrieländer verstanden wurde. Die Aufwertung ließe sich jedoch nur durchsetzen, wenn die Industrieländer sich zugleich zur Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern verpflichteten (taz 31.5., Die Zeit 14.6., OHP 16.6.). Green Economy als weiteres Hauptthema der Rio+20-Konferenz wurde zum „Kampftema“ der Schwellenländern, den sogenannten BRICS-Staaten¹, erklärt (taz 19.6.), weil sie Nachteile für ihr Wirtschaftswachstum befürchteten. Von China wurde dabei erwartet, dass es seinen Führungsanspruch in dieser Gruppe behaupten wird (FAZ 20.6.).

Im Zusammenhang mit der Green Economy aber wurde vor allem die Rolle der Industrie als unabdingbarer Partner bei der nachhaltigen Transformation der Gesellschaft betont (OHP 13.6., FAZ 20.6. und 21.6.). Hierzu wurden auch Beispiele für die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgeführt (FR 14.6., MOZ 15.6.). Betont wurde hierbei, dass die Politik gegenüber den Märkten nur die Oberhand gewinnen könne, wenn sie die zivilgesellschaftlichen Akteure einbinde. Angespornt werde eine solche Zusammenarbeit im Rahmen der Green Economy vor allem durch Positivbeispiele wie die deutsche Energiewende (Berliner Zeitung 19.6.). Weitere Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements wurden vor allem anhand lokaler Projekte vorgestellt, so zum Beispiel ein Theaterprojekt in Brasilien (taz 6.6.), ein Schüler-Kunstprojekt in Berlin (Berliner Zeitung 20.6.) sowie die Stadtgärten und die Lokale Agenda 21 in München (SZ 19.6.). Doch wurde über die zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere die NGOs, überwiegend als Kritiker der Rio+20-Konferenz und als Veranstalter des Gegengipfels berichtet (taz 16./17.6.). Sie wandten sich vor allem gegen die ressourcenverbrauchende Wachstumspolitik und die Präsenz von Wirtschaftsakteuren auf der Hauptkonferenz (FAZ 21.6.). Entsprechend misstrauten sie den Versprechungen der Green Economy.

Weitere Akteure wurden durch länderbezogene Hintergrundberichte zu deren Umweltproblemen vorgestellt, wobei nur mittelbar ihre Interessen als Verhandlungsakteure sichtbar wurden (taz 7.6., 13.6., 18.6., 20.6., 22.6.). Vor allem interessierten sich verschiedene Zeitungen für die Umweltprobleme in Brasilien und benannten hier als Akteur den vorsichtig zwischen Wachstum und Bewahrung agierenden Staat, der einer starken Agrarlobby gegenüberstehe. Dabei zeichneten die Beiträge ein eher negatives Bild der umweltpolitischen Lage in Brasilien. Zwar sei der Wohlstand in Brasilien gewachsen und Armut konnte erfolgreich bekämpft werden, jedoch gingen diese Erfolge zu Lasten der Umwelt und natürlicher Ressourcen (taz 29.5., FAZ 4.6. und 20.6., Die Welt 19.6., Spiegel 18.6., SZ 19.6., Berliner Zeitung und FR 13.6.).

¹ Die Abkürzung „BRICS“ steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

2.2.2 Verhandlungen und beschlossene Themen: Die dritte Berichtsphase

Die Berichte zur Konferenz in dieser Phase fokussierten im Wesentlichen auf die Darstellungen der Konflikte um die Themen des Abschlussdokuments. Ausgehend von den Verhandlungsergebnissen wurden die Rollen der Akteure aus Sicht der Medien erläutert.

Wiederholt wurde die Rolle Brasiliens als Verhandlungsführer hervorgehoben, der – statt in Streitpunkten zu vermitteln – diese von der Agenda strich. Darin wurde eine Strategie erkannt, die Konferenz unbedingt zu einem Erfolg zu führen, um ein Scheitern wie bei der Klimakonferenz 2009 zu verhindern (OHP 20.6., FAZ 20.6., Berliner Zeitung und FR 21.6.). Dennoch gab das rigorose Vorgehen Anlass zur Kritik, die durch die vorfristige Erklärung des Entwurfs zum eigentlichen Abschlussdokument noch verstärkt wurde (Bild 21.6., taz 21.6., MOZ 23./24.6.).

Mehr noch als in den ersten beiden Berichtsphasen wurde hervorgehoben, dass die Länder des Nordens, vor allem die EU und Deutschland, einerseits für Beschlüsse konkreter Maßnahmen plädierten und hier insbesondere die Green Economy etablieren sowie das UNEP aufwerten wollten (taz 21.6.). Doch erschienen diese Akteure angesichts des sich abzeichnenden Ergebnisses, welches als mager und unkonkret dargestellt wurde, insgesamt wenig kämpferisch. Vielmehr erschienen sie resigniert (OHP 20.6., Berliner Zeitung und FR 20.6.), weshalb die Umsetzung der Beschlüsse, besonders der Green Economy, den anderen Ländern überlassen werde (FAZ 21.6.).

Das Konzept der Green Economy war auch während dieser Phase das Verhandlungsthema, über das am meisten berichtet wurde. Die Ergebnisse zu diesem Thema aber trugen maßgeblich zum Eindruck eines unkonkreten und halbherzigen Entwurfes bei, da die grundlegenden Bedingungen, nämlich der Subventionsabbau für fossile Energieträger einerseits und konkrete Umsetzungsmaßnahmen andererseits, darin fehlten (SZ 20.6.). Auf diese Weise wäre das neue Leitbild von der Wachstumsideologie geprägt (taz 20.6.). Wirtschaftsinteressen der Nordstaaten erschienen als bestimmend für die Verhandlungen (taz 21.6.). Allerdings wurde auch betont, dass im Zusammenhang mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die Orientierung auf Wachstum gemäß der bestimmenden ökonomischen Logik nahezu unvermeidbar wäre (taz 21.6.).

Dies beeinflusste auch die Verhandlungen über andere Themen, wie die UNEP-Aufwertung, die von der Gruppe der G 77², dem Zusammenschluss der Entwicklungsländer, mit Hinweis auf die mangelnde Zahlungsbereitschaft des Nordens zur Disposition gestellt wurde (Berliner Zeitung und FR 20.6.). Eine Koalition der Ölproduzenten USA und Venezuela zur Blockade des Meereschutzabkommens wurde als Beleg verstanden, dass es bei den Verhandlungen weniger um ideologische Grenzen als vielmehr um die Wahrung wirtschaftlicher Interessen gehe (taz 20.6., MOZ 20.6.). Die EU und Deutschland hingegen stellten in den Berichten diejenigen Akteure dar, die gegen den Entwurf in der vorgelegten Form opponierten (FAZ 20.6.).

Die zivilgesellschaftlichen Akteure kritisierten die Verhandlungsergebnisse (MOZ 20.6., taz 21.6.) und äußerten sich enttäuscht vom Ergebnis (Berliner Zeitung und FR 21.6.). Sie zweifelten darüber hinaus generell an der Fähigkeit internationaler Politik zu globalen Vereinbarungen (taz 21.6.).

² Die Gruppe der 77 (G 77) ist ein loser Zusammenschluss von Staaten, die überwiegend zu den Dritte-Welt-Ländern gezählt werden.

Gegenüber den kritischen Stellungnahmen wurden aber Stimmen aus der deutschen Politik erhoben, die trotz aller Unzufriedenheit mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Verhandlungen betonten, dass das Abschlussdokument auf jeden Fall Vereinbarungen enthalte, auf deren Grundlage die zukünftige Umweltpolitik aufbauen könne. Diese aber werde sich verstärkt auf internationale bilaterale Kooperationen stützen müssen (Die Welt 20.6.). Hierfür könne etwa die Energiewende in Deutschland motivierend wirken (Zeit 21.6.).

2.2.3 Kommentare und Aussichten: Die vierte Berichtsphase

Das Ergebnis der Rio+20-Konferenz wurde in den Kommentaren der untersuchten Zeitungen überwiegend als unbefriedigend dargestellt. Die schon in den Beiträgen der Vorphase der Konferenz eher gedämpften Erwartungen wurden nach Meinung der Kommentatoren durch das Ergebnis noch unterboten. Von daher waren die bewertenden Kommentare vom Tenor der Enttäuschung beherrscht. Dabei beriefen sich die Kommentatoren vor allem auf Meinungen von Aktivisten der Umweltverbände, die mit Gegenüberstellungen der geplanten Verhandlungsthemen zu den letztlich Beschlüssen belegt wurden (OHP 22.6., MOZ 22./23.6., Berliner Zeitung 22./23.6.).

Die Ergebnisse wurden wiederum auf die Aktivitäten der Akteure zugerechnet. Hier wurde zunächst wiederholt auf die Durchsetzungsschwäche derjenigen Akteure hingewiesen, denen die Kommentatoren ein Interesse an weitreichenden Beschlüssen zu Themen der Rio+20-Konferenz unterstellten. Die Vereinten Nationen schien nach den Kommentaren nur unzureichend ihre Positionen bei den verhandelten Themen vertreten zu haben, sei es hinsichtlich der UNEP-Aufwertung, der Finanzierung der Green Economy durch Subventionsabbau, dem Meeresschutz oder den erst in der Reflexionsphase von wenigen Beiträgen aufgegriffenen Rechte für Frauen und indigene Völker (FAZ 22.6. und 26.6., taz 26.6.). In gleicher Weise erschienen die EU und aber auch Deutschland als schwache Verhandlungspartner.

Die Befürwortung oder Ablehnung des neuen Leitbildes der Green Economy durch die Akteure wurde nun noch als einziges konkretes Thema umfassender dargestellt. Die Green Economy wurde dabei in den Zusammenhang mit den Auffassungen der Verhandlungspartner zur globalen Machtverteilung, Verantwortlichkeit für Umweltprobleme und der Frage richtig verstandener Nachhaltigkeit als Effizienz oder Suffizienz diskutiert. Viele Entwicklungsländer wie auch einige BRICS-Staaten bewerteten die Green Economy als ein Konzept, das den sogenannten Nordstaaten die wirtschaftliche Vormachtstellung sichern soll. Insofern wollten sie die Beschlüsse zum Green-Economy-Konzept wenigsten behindern (taz 26.6.). Die Aktivisten der Umweltverbände und andere NGOs lehnten die Beschlüsse zur Green Economy aus dem gegenteiligen Grund ab, weil damit weiterhin wirtschaftliches Wachstum als maßgebliches Mittel zur Bewältigung der Umwelt- und Armutprobleme behauptet würde (Die Zeit 21.6., SZ 22.6.).

Als Akteure spielten Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Politik und der Wirtschaft herausgehobene Rollen. Die deutsche Politik nahm gemäß den Zeitungsbeiträgen zunehmend eine entgegengesetzte Position zu den kritischen Auffassungen der Verbände ein. Aus Sicht der Politik komme es zukünftig nämlich darauf an, Netzwerke von Vorreitern zu bilden und dabei zivilgesellschaftliche Initiativen einzubeziehen. Die von der Politik favorisierten Netzwerke sollten auf bi- und multilaterale zwischenstaatliche Vereinbarungen zielen. Damit sollten konkrete Probleme tatsächlichen Lösungen zugeführt werden. Der Behinderung durch „Zurückbleibende“, die sich diesen Problemsichten und Lösungsansätzen verschließen, sollte so begegnet werden. Das heißt auch, dass bei der zukünftigen Umwelt- und Entwicklungspolitik nicht mehr alle Interessen in einen Kompromiss gezwungen werden müssten. Das Interesse an solchen bi- und

multilateralen Netzwerken und Abkommen beruhe – so ein häufiger Kommentar – vornehmlich auf der Annahme, Umweltprobleme technologisch lösen zu können. Indem diese Lösungen technologische Formen annehmen, wurde im Weiteren davon ausgegangen, dass sich unter dem Erfordernis der ökonomischen Effizienz Märkte bilden, die in Zukunft über den Wohlstand entscheiden. Die Industrie erschien in den Darstellungen darum als logischer Partner der Politik, aber auch der Umweltaktivisten (FR 22.6., SZ 22.6., Berliner Zeitung 23./24.6., FAZ 23./24.6.).

Die mit der Perspektive einer Green Economy ins Auge gefasste Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft galt es aus Sicht der Aktivisten der Umweltverbände umso mehr durch zivilgesellschaftliche Akteure kritisch zu begleiten. Die Zivilgesellschaft könne als Korrektiv und Ideengeber nicht nur der Politik, sondern auch der Wirtschaft fungieren. Die Anregungen zu neuen Formen der Produktion und des Konsums, die hier entwickelt und ausprobiert werden, nämlich Tauschen oder gemeinschaftlich organisierte Produktion, können für die Wirtschaft wichtige Erneuerungspotenziale bieten (Die Zeit 21.6., Spiegel 28.6.). Die Eigeninitiative der Konsumentinnen und Konsumenten wurde mit Blick auf ein nachhaltigeres Konsumverhalten angemahnt, bei dem auf Produktionsbedingungen und Transportwege zu achten sei, was vor allem eine „Abkehr vom Billigprinzip“ bedeuten müsse (FR 21.6.). Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass auch auf kommunaler Ebene internationale Vereinbarungen getroffen werden können, etwa zur städtischen Emissionsbeschränkung (taz 26.6.).

2.2.4 Synopse: Rio+20 - Themen, Akteure und praktische Aufgaben

Über die vier Berichtsphasen zur Rio+20-Konferenz lassen sich für die Themen, Akteure sowie hinsichtlich der Rolle der Bürgerinnen und Bürger unterschiedliche Dynamiken der Präsentation feststellen.

Bei der Bilanzierung der Konferenz in den Printmedien wurden eine Reihe von Themen präsentiert, die seit der ersten Rio-Konferenz 1992 als wesentliche Aufgaben einer nachhaltigen Entwicklung galten (z. B. Biodiversität, Klimawandel, Wüstenbildung). Die Diskussion der Ursachen, die dazu führten, dass die zwanzig Jahre zuvor beschlossenen Ziele nicht oder nur ungenügend erreicht wurden, führte zur Gegenüberstellung der Aspekte Wachstum und Ressourcenschonung. Armutsbekämpfung und Verbesserungen bei Bildung und Gesundheit wurden dabei als Erfolge der Entwicklung hervorgehoben, die allerdings zu Lasten der Ressourcenschonung realisiert worden seien. Daher wurde die Gegenüberstellung von Wachstum und Ressourcenschonung häufig als ein Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie gedeutet. Auf die daraus entspringenden Behinderungen der ökologischen Nachhaltigkeit sollte auf der Rio+20-Konferenz mit dem Green-Economy-Konzept eine Antwort gegeben werden. Die Green Economy wurde als Motor einer tatsächlich nachhaltigen Entwicklung vorgestellt. Vor allem die Energiewirtschaft und das Recycling wurden als Beispiele angeführt, mit denen ein unmittelbarer Bezug zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger hergestellt werden könne. Jedoch zeigten schon die Erfahrungen der am Verhandlungsprozess maßgeblich beteiligten Akteure, dass die alte Kontroverse um den Stellenwert von Ökonomie und Ökologie im Konzept nachhaltiger Entwicklung mit dem neuen Konzept der Green Economy sich nicht ohne weiteres auflöst.

Die schon in der Vorphase neben dem Green-Economy-Konzept am häufigsten genannte Aufgabe war die Aufwertung des UNEP. Diese beiden Themen bestimmten vor allem die Berichte zum Verlauf der dreitägigen Konferenz und dem früh beendeten Abstimmungsprozess zum Abschlussdokument. Dabei wurde betont, dass die Finanzierung der Green Economy nicht gesichert sei, da der Subventionsabbau für fossile Energieträger nicht beschlossen wurde. In glei-

cher Weise erschienen die Maßnahmen zur Aufwertung des UNEP nur teilweise beschlossen. Das Green-Economy-Konzept wiederum wurde als eines herausgestellt, dass auf Wachstum zielt.

Auf diese Weise bestimmte die Kontroverse um Wachstumsorientierung oder Ressourcenschutz auch die Konferenzphase und trat erst recht in der Phase der Reflexion der Konferenzergebnisse hervor. Neben vereinzelt Hinweisen zu bisher noch nicht oder nur am Rand besprochenen Themen ging es vorwiegend um das neue Konzept der Green Economy. Das Konzept wurde sowohl als Antwort auf drängenden Nachhaltigkeitsprobleme aufgefasst als auch als Verstärkung des Trends zu einer Ökonomisierung aller verfügbaren natürlichen und sozialen Ressourcen.

Die Darstellung der Themen ist über die vier Berichtsphasen hinweg als eine zunehmende Fokussierung auf das Konzept der Green Economy zu charakterisieren. Die Green Economy wird zu Beginn wie am Ende der Konferenz einerseits als Chance beschrieben, die nachhaltige Gesellschaftstransformation anzutreiben. Andererseits trifft die Green Economy in den Zeitungsberichten und Kommentaren auf massive Ablehnung oder Vorbehalte. Wegen seiner zum Ende hin zunehmende Prominenz kann dieses Thema darum als bestimmend für die nachfolgende Debatte in Deutschland angenommen werden. Alle weiteren Diskussionen kommen kaum umhin sich mit diesem Konzept auseinanderzusetzen.

Die politischen, wirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteure wurden meistens im Zusammenhang der Diskussion der Themen dargestellt. Hier kann der Zusammenhang der Darstellung dahingehend unterschieden werden, ob es um die Umsetzung thematischer Ziele ging oder um die Rolle beim Zustandekommen thematischer Beschlüsse. Die von bilanzierenden Berichten geprägte Vorphase stellt wirtschaftliche und politische Akteure in einem eher unkonkreten Sinne vor, wenn es um die Rolle bei der Entwicklung in den zwanzig Jahren zuvor ging. Die Darstellung der Entwicklung auf nationalstaatlicher Ebene hatte hierbei illustrierenden Charakter für die Auseinandersetzung zwischen Politik, wirtschaftlichen Akteuren und der Ökologie. Schon in der Vorphase wird die Zivilgesellschaft als Partner dargestellt, mit dem sich die Politik den ökonomischen Interessen widersetzen kann.

Die interessenbezogene Gegenüberstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fand ihre Fortsetzung in den Darstellungen des Verhandlungsverlaufs. Den Schwellen- und Entwicklungsländern ging es demnach vor allem um die Sicherung der Möglichkeit wirtschaftlichen Wachstums. Indem sie ihre Zustimmung von der Bereitschaft der Industriestaaten abhängig machten, für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung aufzukommen, wurden viele Aufgaben zu unkonkreten Beschlüssen verkürzt. Die zuvor auch schon präsentierten Umweltverbände, die in der Vorphase hinsichtlich ihrer Erwartungen vorgestellt wurden, finden sich in der Konferenzphase als kritische Stimmen wieder.

In der Reflexionsphase wurden diejenigen, denen ein tatsächliches Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung zugetraut wurde, nämlich die UN, die EU und Deutschland als schwache Verhandlungspartner bewertet. Diese konnten sich nicht den Bestrebungen der USA, der BRICS-Staaten und der Entwicklungsländer widersetzen, konkrete Maßnahmen zu verhindern und Beschlüsse entweder ganz zu verhindern oder im Ungefähren zu belassen. Die Umweltverbände erschienen in dieser Phase nur noch in der Rolle der Kritiker. Deren Stimmen waren nun jedoch recht eindeutig der Suffizienz-Seite in der Kontroverse von Wachstum und Ressourcenschonung zuzuordnen. Die deutschen Vertreter aus Politik und Wirtschaft waren für die deutschen Zeitungen bei den Verhandlungen von besonderem Interesse. Waren sie während allen Berichtsphasen häufig Gegenstand von Artikeln, verstärkte sich das Interesse angesichts des

von den Kommentatoren einhellig als enttäuschend bewerteten Konferenzergebnisses. Entgegen dieser Bewertung aber präsentierte die deutsche Politik ausgehend von der Green Economy das Konzept der Vernetzung derjenigen Protagonisten, die sich mehr als durch die Rio-Beschlüsse gefordert für die nachhaltige Transformation der Gesellschaft einsetzen wollen. Als unabdingbar wurde hier die Partnerschaft zwischen politischen und wirtschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren artikuliert.

Die in der Vorphase aufgezeigten Konfliktlinien zwischen den Verhandlungspartnern bestätigten sich im Konferenzverlauf. Insofern war hier für die Leserinnen und Leser kaum Dynamik in den Berichten zu erkennen. Das Dilemma der divergenten Interessen an Wachstum auf der einen Seite und an Ressourcenschonung auf der anderen Seite aber fand eine Antwort in der am Konzept der Green Economy anschließenden Beanspruchung der Wirtschaft für die nachhaltige Transformation durch die Politik und die Zivilgesellschaft. Zukünftig solle nicht mehr auf Kompromisslösungen, sondern durch pragmatische Netzwerkbildung auf vorbildhaft wirkende optimale Lösungen gesetzt werden. Dabei wurde insbesondere die Energiewende in Deutschland als solch ein Beispiel hervorgehoben.

Die Rolle, die den Bürgerinnen und Bürgern in den Berichten bezüglich der Themen und von den Akteuren zugewiesen wurde, veränderte sich inhaltlich kaum. Schon in der Vorphase wurde nur vereinzelt und eher implizit auf Möglichkeiten von Eigeninitiative etwa im Umgang mit Energie hingewiesen. Stattdessen wurde aber die Bedeutung der Zivilgesellschaft, des Engagements und des Interesses der Bürgerinnen und Bürger für umweltpolitische Belange hervorgehoben. Denn mit ihren – in den Berichten nur vage ausformulierten – Aktivitäten könne die auf Nachhaltigkeit orientierte Politik gegenüber den wirtschaftlichen Verwertungsinteressen gestärkt werden. Die Kritik der Verbände lässt sich vor diesem Hintergrund als eine Unterstützung für und Mahnung an das andauernde Bewusstmachen der ökologischen Problemlagen deuten.

Traten die Bezüge auf die Bürgerinnen und Bürger in den Berichten der Konferenzphase ganz hinter der Schilderung des Verhandlungsverlaufs zurück, wurde deren Bedeutung in der Reflexionsphase erneut stark betont. Als Teil der Zivilgesellschaft, die sich in den Netzwerken der Willigen engagieren sollen, kommt den Bürgerinnen und Bürger die Aufgabe zu, alternative Formen der Produktion und Konsumption auszuprobieren und zu etablieren, sei dies nun ausgerichtet an Suffizienz- oder Effizienzkriterien. Sie sollen als Ideengeber der Wirtschaft und als Korrektiv der Politik wirken.

Damit vermittelten die Beiträge der untersuchten Zeitungen die Botschaft, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht auf die Vereinbarungen internationaler Politik verlassen können, sondern vielmehr selbst für eine nachhaltige Transformation einstehen müssen, gemeinsam mit der für die Umsetzung zuständigen Politik und Wirtschaft. Dazu ist ihre Teilnahme an der Erarbeitung konkreter Lösungen gefordert, für die der bewusste Lebensmittelkonsum oder ein sparsamer Umgang mit Energie nur wenige Beispiele waren. Als Ideengeber und kritische Begleiter könnten sich die Bürgerinnen und Bürger infolge der Berichte über die Jubiläumskonferenz in Rio zur Mitgestaltung an der nachhaltigen Transformation der Gesellschaft aufgefordert sehen.

2.3 Themen und Aufgaben in der nachfolgenden Diskussion in Deutschland

Die Themen und Aufgaben, die im Laufe der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 angesprochen wurden, regten die Diskussion der um-

weltpolitischen Akteure und anderer zivilgesellschaftlicher Verbände in Deutschland an. Im Anschluss an die Konferenz stellte sich die Frage, welche Themen für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland besonders relevant sind und wie die Zivilgesellschaft sich bei der Popularisierung und Umsetzung der Themen in Entscheidungen und Handlungen engagieren kann. Es geht auch darum, welche Erwartungen an die Bürgerinnen und Bürger in der Debatte um Effizienz und Suffizienz (Unmüßig/Sachs/Fatheuer 2012) gerichtet wurden, im Hinblick darauf ihr Alltagshandeln zu verändern.

Um diese Fragen zu beantworten, wurden im Folgenden ausgewählte Beiträge zivilgesellschaftlicher Verbände und Stiftungen sowie politischer Institutionen untersucht, die unmittelbar auf die Beschlüsse von Rio+20 Bezug nahmen. Von Interesse war dabei wiederum die Beantwortung der eingangs gestellten Frage nach dem Potenzial für die Umstellung der Alltagspraktiken der Bürgerinnen und Bürger. So interessiert auch hier, welche Themen von der Diskussion aufgenommen wurden und inwieweit diese eine Um- beziehungsweise Neuorientierung der Bürgerinnen und Bürger erwarten lassen. Gerade mit Blick auf die umweltpolitischen Verbände stellt sich wiederum die Frage, ob und welche konkreten Möglichkeiten für das Engagement aufgezeigt werden.

2.3.1 Dringendes Thema aus deutscher Sicht: Green Economy für die Energiewende

Eine erste umfassende Fortführung des zentralen Themas der Rio+20-Konferenz, der Green Economy, fand unter anderem durch eine Konferenz vom 4. bis 5. September 2012 in Berlin statt, die gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie vom Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU) durchgeführt wurde. Ziel der Konferenz war es, zur Weiterentwicklung des Green-Economy-Konzeptes einen Agenda-Prozess anzustoßen. Gleichzeitig sollte die Konferenz dazu dienen, die Forschung hinsichtlich der Green Economy neu zu justieren. Die Green Economy wird dabei als Leitbild für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft aufgefasst. Diese Transformation ist besonders auf Forschungsleistungen angewiesen, da sie sowohl technischer als auch organisatorischer wie auch sozialer Innovationen bedarf (BMBF 2012).

Auch die Autoren des „Jahrbuchs Nachhaltige Ökonomie 2012/2013“ (Rogall/Scherhorn 2012) bewerten die Green Economy als wichtiges Thema, das durch die Rio+20-Konferenz weltweit auf die Agenda aller gesellschaftlichen Akteure gesetzt wurde. Dabei muss die Transformation vor allem von Vorreitern wie Deutschland vorangetrieben werden. Aus Sicht der Politik erscheint die Green Economy ebenso als zentrales Thema der Rio+20-Konferenz, bei der es als Leitbild einer ressourcenschonenden Produktion herausgestellt wurde. Da jedoch die Rio+20-Konferenz keine verbindliche internationale Roadmap zur Umsetzung des Green-Economy-Konzeptes etablieren konnte, liegt es nun unter anderem an der Legislative, die Green Economy insbesondere im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung inhaltlich, konzeptionell näher zu bestimmen (Petermann/Poetzsch 2012).

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) betont die Bedeutung der ebenfalls unter dem Leitbild der Green Economy diskutierten Energieerzeugung und -versorgung sowie des Energiekonsums für die nachhaltige Transformation. Die Umstellung der Energieerzeugung auf nachhaltigere Formen verspricht in deren Augen positive Effekte für die Gesundheit und die Armutsbekämpfung, wenn diese als Teil eines sozio-kulturellen Wandels begriffen und durch entsprechende Regeln gerahmt werden. Dafür sei die Energienutzung an der Frage nach der Möglichkeit eines guten Lebens im Sinne von Wohler-

gehen auszurichten. Hierbei wird deutlich gemacht, dass es nicht auf die Quantität der verfügbaren Energie ankommt, sondern auf die Qualität der Energiedienstleistung (GEA 2012).

Auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) plädiert dafür, das Thema Green Economy mit Perspektive auf die Energiewende in Deutschland umfassender zu diskutieren. In diesem Zusammenhang solle die in der Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz nur wenig konkretisierte Green Economy deutlich als gesellschaftlicher Aufruf zum nachhaltigen Wirtschaften aufgefasst werden. Technischer Klimaschutz allein genüge nicht zur nachhaltigen Transformation (Thieme 2013).

Schließlich bewertet die Bertelsmann-Stiftung (2013) die Green Economy als Reaktion auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie wird als ein Mittel beschrieben, mit dem die Defizite bisherigen Wirtschaftens, nämlich die Kurzfristigkeit der Horizonte, die erzeugte Ungerechtigkeit und der verursachte Ressourcenverbrauch zu überwinden seien. Soll die Green Economy wirklich nachhaltig sein, muss sie den Autoren zufolge vor allem fair sein. Ähnlich weist das Bischöfliche Hilfswerk Misereor darauf hin, dass bei der Umsetzung der Green Economy auch die Menschenrechte vorangebracht werden müssen (Misereor 2012).

Aus Sicht der Umweltverbände ist ebenfalls die Green Economy das zentrale Thema, welches durch die Rio+20-Konferenz vorgegeben wurde. Zwar wird die Green Economy als Konzept grundsätzlich begrüßt, doch sehen die Verbände die politische Regulierung als notwendige Ergänzung zu den Bemühungen der Wirtschaft an. Wichtig sind aus Sicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) die auf der Rio+20-Konferenz gefundenen problem-spezifischen Lösungen, wie die Beschlüsse zum Schutz der Ozonschicht, zur Meeresverschmutzung, dem Trinkwasserzugang und die Bleireduzierung bei Kraftstoffen. Doch auch für den BUND stellt die Green Economy das wichtigste Thema dar, wenngleich es nicht als Lösung der Umweltprobleme zu verstehen sei, sondern als ein wichtiges Mittel zur nachhaltigen Transformation der Wirtschaft. Dabei komme es vor allem darauf an zu verhindern, dass die Green Economy nicht zum bloßen Image-Instrument wird und dem sogenannten „green washing“ dient (BUND 2012). Darum muss Greenpeace zufolge die Green Economy mit klaren Obergrenzen für den Energie- und Ressourcenverbrauch verknüpft werden (Greenpeace 2012a). Übereinstimmend mit BUND und Greenpeace wird auch vom Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) die Green Economy als eine mögliche Lösung akzeptiert. Sie bedarf aber einer stärkeren inhaltlichen Konkretisierung sowie Beschlüsse zu deren Regulierung. Darum verlangt der NABU für die Umsetzung der Green Economy einen „verbindlichen Rahmen“ und „konkrete Zeitpläne“ (NABU 2012). In ähnlicher Weise bewerten auch die „Naturfreunde“ den Stellenwert der Green Economy und verlangen, dass die Politik solche regulierenden Vorgaben aktiv beschließt und nicht der Wirtschaft die Gestaltung überlässt (Naturfreunde 2012). Für eine Konkretisierung der Umsetzung der Green Economy plädiert schließlich auch der World Wide Fund For Nature (WWF) (2012).

2.3.2 Aufgaben für zentrale Akteure und die Zivilgesellschaft

Die Umsetzung des Green-Economy-Konzeptes, etwa im Fall der Energiewende, fordert die Unterstützung und Mitarbeit von allen Akteuren auf allen Ebenen (Thieme 2013). Dafür müssen zunächst die divergenten Vorstellungen über die Green Economy auf einen verbindlichen Nenner gebracht werden. Solch ein Verständigungsprozess wurde vor allem mit der Konferenz von BMBF und BMUB im September 2012 angestoßen. In der Debatte wird davon ausgegangen, dass die soziale Marktwirtschaft für die nachhaltige Ausgestaltung der Green Economy aufgrund der garantierten Teilhabe und sozialen Sicherung prädestiniert sei (BMBF 2012, so auch

Rogall/Scherhorn 2012). Durch neue Governance-Formen sollen förderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Deutschland letztlich auch im internationalen Wettbewerb aufgrund der so hergestellten Krisenresilienz bestehen kann. Hier kommt es neben der Bestimmung der Rolle von Bund und Ländern darauf an, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Doch auch Wirtschaftsakteure werden in die Pflicht genommen. Sie sollen Anreize für Investitionen in die Green Economy erfahren, nachhaltige Konsummöglichkeiten entsprechend zu organisieren und auch andere Entscheidungen an diesem Leitbild auszurichten. Die kurzfristigen und regional begrenzten Perspektiven sollen langfristigen und globalen weichen. Die Wirtschaftsakteure sollen für den Schutz natürlicher Ressourcen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie des wirtschaftlichen Leistungsvermögens sorgen. Möglich wird dies durch die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung in jeweils konkreten Handlungsbezügen, die von den Autorinnen und Autoren aber nicht konkreter benannt wurden. Die eingeladenen Stakeholder des initiierten Agenda-Prozesses aus Politik, Wissenschaft, Umwelt- und zivilgesellschaftlichen Verbänden vertraten die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerseite, sowie die Produzenten- als auch die Verbraucherperspektive (BMBF 2012).

Produzenten- wie auch Konsumenten-Verantwortung ist auch im Umweltforschungsplan (UFOPLAN) 2013 und den ausgeschriebenen Forschungsprojekten des BMUB und UBA ein zentrales Thema. Als Akteure werden hier unter thematischen Bezügen wie Ressourcenschonung und ressourcenleichter Produktion und Konsumtion, die an die Debatte um Green Economy anschließen, auch die Konsumentinnen und Konsumenten angesprochen. Ausgehend von ihrer Mitverantwortung für eine ressourcenleichte Wirtschaft sollen einerseits die Funktion und Wirkung von Leitbildern auf das Konsumverhalten untersucht und andererseits Potenziale und Hemmnisse identifiziert werden. Beispielhaft ist hier das Forschungsvorhaben „Umsetzung der nationalen Roadmap im Post-Rio+20-Prozess in Aktionsplattformen zur Förderung des nachhaltigen Konsums“ (FKZ 3713 17 319) zu nennen (BMU 2012).

Damit die nachhaltige Transformation der Gesellschaft erfolgreich sein kann, muss die soziale Marktwirtschaft zu einer „(sozial-ökologischen) nachhaltigen Marktwirtschaft“ (Rogall/Scherhorn 2012: 35) umgebaut werden. In der Vision einer solchen wirtschaftspolitischen Ordnung kommen auf die Akteure zwar nicht gänzlich neue Rollen zu, doch müssen sich deren Prämissen und ihre Anforderungen verändern. Es wird deutlich mehr gemeinnütziger Besitz an Produktionsmitteln von den Autoren erwartet. Entscheidungen werden durch die Eigentümerinnen und Eigentümer aufgrund von Nachhaltigkeitskriterien getroffen. Die Produktion wird zunehmend von Konsumentinnen und Konsumenten unmittelbar in Richtung Nachhaltigkeit beeinflusst. Der Staat Sorge für einen Standard an meritorischen Gütern, wobei zugleich die Nutzung demeritorischer Güter durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen (z. B. Zölle) und Standards verringert werden solle. Schließlich bestimmt die Politik Kriterien der Nachhaltigkeit und sorgt für eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft. Um hierfür wirksame Rahmenbedingungen zu schaffen, ist auch das Parlament gefordert, um die Dimensionen der Green Economy und ihren Beitrag für die nachhaltige Gesellschaftstransformation in breiter Zusammenarbeit mit allen Fachpolitikerinnen und -politikern zu bestimmen (Petermann/Poetzsch 2012).

Diese Vorstellungen korrespondieren mit der Forderung des NABU, dass die Politik (wieder) ihre Steuerungshoheit in der Gesellschaft zurückerlangen muss (Tschimpke 2013). Sie muss etwa beim Konsum für solche Rahmenbedingungen sorgen, die die nachhaltigen Möglichkeiten bewusst machen und für deren Realisierung sorgen. Der Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) empfiehlt dazu, dass staatliche Entscheidungs- und Steuerungsprozesse so ausgerichtet sein sollen, dass sie zur Solidarität etwa beim Energiekonsum ermutigen (Thieme 2012). Schon heu-

te zeige sich, dass auf diese Weise die notwendige breite Zusammenarbeit aller relevanten Akteure möglich wird: So stellen viele lokale Umweltinitiativen, Bürgergenossenschaften und Kommunen ihre Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen um oder Industrieunternehmen sichern ihre Energieversorgung selbst ab. Neben solchen alternativen Lösungen der Energieversorgung werden zunehmend Kooperationen zwischen Energieversorgern eingegangen, etwa von Industrie und Stadtwerken. Da der Wandel zur Green Economy nur durch die Teilhabe aller Akteursgruppen an Entscheidungsprozessen für möglich gehalten wird, plädiert der RNE für umfassende Multi-Stakeholder-Dialoge mit Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Mit dem Transparenzstandard „Deutscher Nachhaltigkeitskodex“ (DNK) sollen gemeinsam die wichtigsten Schritte auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften bestimmt werden. Die deutsche Regierung sieht insbesondere die deutsche Wirtschaft in der Pflicht, für die nachhaltige Ausgestaltung der Produktion und Konsumtion Verantwortung zu übernehmen. Als wichtige Instrumente nennt auch sie neben der Nachhaltigkeitsberichterstattung die freiwillige Anwendung des DNK (Bundesregierung 2013).

Dabei geht es auch darum, eine Veränderung von Lebensstilen in den alltäglichen Handlungsfeldern Ernährung, Wohnen und Mobilität einzuleiten (GEA 2012). Dabei sollen Labels wie „Energy-Star“ oder „Blauer Engel“ helfen. Weiterhin gilt es Investitionsbarrieren für Haushalte und mittelständische Unternehmen zu verringern. Privathaushalten, kleinen und mittelständischen Unternehmen soll dabei geholfen werden, Energiegenossenschaften zu gründen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Dazu sollen sie besseren Zugang zu Risikokapital erhalten (WBGU 2012).

Der Bertelsmann-Stiftung (2013) gilt die Politik als ein Akteur, der langfristig und ressortübergreifend die Produzenten und Konsumenten zu mehr Nachhaltigkeit anregt und dabei ganzheitliche und partizipative Nachhaltigkeitsstrategien in allen Politikbereichen umsetzt. Die Wirtschaft wird aufgefordert, die eigenen Erfolge nicht nur an Gewinn und Umsatz, sondern auch an Nachhaltigkeitskriterien zu bemessen, entsprechende Richtlinien zu beachten und zwecks Nachhaltigkeit zu kooperieren. Nicht zuletzt sollen die Bürgerinnen und Bürger als Konsumentinnen und Konsumenten aktiv an der Produktion und Konsumtion sowie politischen Entscheidungsprozessen partizipieren, indem sie nachhaltige Produkte und Dienstleistungen nachfragen und so für nachhaltige Produktion und für nachhaltige Politik sorgen. Nach Misereor weist die Politik der Wirtschaft durch die Beschlüsse der Rio+20-Konferenz allerdings schon zu viel Gestaltungsmacht zu und vergisst dabei die Zivilgesellschaft. Deshalb kommt es auf deren Aufwertung im Rahmen der nachhaltigen Gesellschaftstransformation an (Misereor 2012).

Wenngleich weitgehend Einigkeit darin besteht, dass die EU und vor allem Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Realisierung der Green Economy einnehmen, wird auch betont, dass dies besonders viel Verantwortung von der Politik verlangt (WWF 2012). Doch bezüglich der konkreten Ausgestaltung und Übernahme dieser Verantwortung wird Kritik deutlich. So betont etwa der BUND, dass die Zivilgesellschaft Druck auf die Politik ausüben müsse, damit diese ihrer Verantwortung nachkommt und konkrete Richtlinien für die Umsetzung der Green Economy beschließt (BUND 2012). Ebenso meint Greenpeace, dass vor allem die Politik von der Zivilgesellschaft zum Handeln bewegt werden muss. Denn wie schon der NABU ist auch Greenpeace der Ansicht, dass die Politik der zentrale Akteur bei der nachhaltigen Gesellschaftstransformation sei (Greenpeace 2012b), der das Ziel der Green Economy nach der Rio+20-Konferenz nunmehr über multilaterale Verträge voranbringen muss (NABU 2012). Auch die „Naturfreunde“ sind der Auffassung, dass durch die zentrale Stellung des Green-Economy-Konzepts die Wirtschaft eine zu große Gestaltungsmacht und Verantwortung zugesprochen bekommt, die

sie nicht erfüllen könne. Darum sei vor allem die Politik gefordert, hier regulierend einzugreifen (Naturfreunde 2012).

2.3.3 Möglichkeiten für das Engagement von Bürgerinnen und Bürger

Neben den Akteuren aus Politik und Wirtschaft sowie den umweltpolitischen und anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden werden auch die Bürgerinnen und Bürger in der Debatte um das neue Leitbild Green Economy direkt angesprochen. Während der vom BMBF und BMUB (BMBF 2012) veranstalteten Konferenz zur Green Economy wurden unter anderem Workshops zur Gestaltung des zukünftigen Konsums und zur Erwerbsarbeit durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten sollen durch ihr Kaufverhalten und einer entsprechenden Nachfrage auf Produzenten einwirken, damit diese nachhaltig produzieren. Als notwendiges Mittel für ihr aktives Nachfrageverhalten wurden Labels diskutiert, wenngleich man sich darüber im Klaren ist, dass deren Aussagekraft sich mit ihrer quantitativen Zunahme eher reduziert. Um den Konsumentinnen und Konsumenten dennoch zu einer informierten nachfrageorientierten Steuerungsaufgabe zu verhelfen, sei eine Reduktion auf wenige, aussagekräftige Labels notwendig. Die Politik müsse darüber hinaus dafür sorgen, dass die Wahrnehmung von Wahlmöglichkeiten beim Konsum nicht an das Einkommen gekoppelt bleibt. Die von manchen für notwendig erachtete politische Einflussnahme auf suffiziente Lebensstile wurde von wissenschaftlicher Seite jedoch mit Blick auf die damit verbundenen demokratietechnischen Probleme kontrovers diskutiert. Suffizienzstrategien sollten darum von Konsumentinnen und Konsumenten sowie Produzentinnen und Produzenten mittels Partizipation am Produktionsprozess gemeinsam entwickelt werden. Aber schon als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten die Bürgerinnen und Bürger aktiv Einfluss auf die Produktion nehmen, indem sie die Nachhaltigkeit der Produkte wie auch der implizierten Konsumpraktiken befragen, wie im Workshop zum Thema „Arbeit“ festgestellt wurde. Dazu aber müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch fortlaufende Weiterbildung befähigt werden.

Auch der NABU setzt auf die Veränderung der Lebensstile. Zwar seien alle Akteure auf allen Ebenen bei der nachhaltigen Transformation angesprochen, doch kommt es gerade auf einen nachhaltigen Konsum an. Dass nur etwa zehn Prozent aller deutschen Haushalte Ökostrom bezieht, zeige vor allem, wie langsam der Wandel der Lebensstile vorangeht. Darum müsse die Politik hier Rahmenbedingungen schaffen, damit sich ein Bewusstsein für nachhaltigen Konsum durchsetzen kann (Tschimpke 2013). Dieses Ziel wird auch vom BMUB/UBA mit der Ausschreibung entsprechender Projekte unterstützt (BMU 2012).

Auch die Bertelsmann-Stiftung (2013) hebt die Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Konsumentinnen und Konsumenten hervor, wenn deren Nachfrageverhalten nach nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen als entscheidend dargestellt wird. Ebenso aber sollen die Bürgerinnen und Bürger durch ihre Partizipation für eine an Nachhaltigkeit orientierte Politik sorgen.

2.3.4 Synopse: Zukunftsgestaltung nach Rio+20 aus Sicht politischer Institutionen, zivilgesellschaftlicher und Umweltverbände

Die Reaktionen der politischen Institutionen, zivilgesellschaftlichen und Umweltverbände nach Rio+20 waren von Anfang an stark auf das Thema Green Economy fokussiert. Die von politischer Seite begonnene inhaltliche Bestimmung des Konzepts der Green Economy soll einerseits als Initialisierung eines breiten Agenda-Prozesses dienen, andererseits überhaupt eine Arbeits-

grundlage für die Gestaltung der zukünftigen Umweltpolitik bilden. Vor allem die Energie- wende wird aus deutscher Sicht als aktueller Anwendungsfall der Green Economy dargestellt. Jedoch sollte die Green Economy nicht mit technischem Umweltschutz verwechselt werden. Gesundheitsschutz und Armutsbewältigung sollen durch sie ebenfalls erreicht werden. Doch kann die Green Economy solche Ziele nur erreichen, wenn sie sich langfristig orientiert und sozial gerecht gestaltet wird. Dafür aber bedarf das Konzept weiterer Konkretisierungen, die mit dem angestoßenen Agenda-Prozess erreicht werden sollen.

Deshalb wird die Bestimmung der Green Economy von der Formulierung von Ausgestaltungsaufgaben flankiert. Die Umsetzung der Green Economy wird als eine gesellschaftliche Aufgabe vorgestellt, an der sich alle Akteure beteiligen müssen, indem sie ihre spezifische Verantwortung wahrnehmen. Vor allem aber wird der Politik eine Führungsrolle bei der nachhaltigen Transformation der Gesellschaft zugewiesen. Die Zivilgesellschaft soll die Politik nachdrücklich daran erinnern, mit fordernden und fördernden Maßnahmen die nachhaltige Transformation und die Umsetzung der Green Economy zu steuern, indem sie der Wirtschaft einerseits klare Richtlinien setzt. Andererseits sollen nicht näher konkretisierte neue Governance-Formen einen förderlichen Rahmen setzen, der dazu anhält, Ressourcen zu schonen und die Produktion sowie den Konsum nachhaltig zu gestalten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Bürgerinnen und Bürger vor allem als Konsumentinnen und Konsumenten angesprochen werden. In dieser Rolle sollen sie für die nachhaltige Ausrichtung ihres Konsums sorgen und so indirekten Einfluss auf eine nachhaltigere Produktion nehmen. Dabei wird auch die Forderung erhoben, den Lebensstil in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern. Vor allem in diesem Zusammenhang werden Hinweise auf die Notwendigkeit einer suffizienten Lebensweise gegeben. Aber die Bürgerinnen und Bürger sollen auch ihre Möglichkeit als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrnehmen und direkt durch Mitbestimmung auf die Produktion einwirken.

2.4 Das Potenzial und die Möglichkeiten für die alltagspraktische Umorientierung der Bürgerinnen und Bürger durch die Debatten um Rio+20

Die nachhaltige Transformation der Gesellschaft bedarf einer Mitwirkung aller Akteure der Gesellschaft. Nicht nur die politische Rahmensetzung und ihre juristische Ausgestaltung oder die Umgestaltung der Wirtschaft, sondern auch das nachhaltige Verhalten der Bürgerinnen und Bürger ist dazu notwendig. Von der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in Rio 2012 wurden Impulse für die Veränderung des Alltagshandelns der Bürgerinnen und Bürger erwartet, die dazu beitragen, ihr Engagement für eine nachhaltige Transformation der Gesellschaft zu steigern. Daher wurde mit der Analyse der Berichte in Tages- und Wochenzeitungen die Frage gestellt, inwiefern die Berichte für die Um- beziehungsweise Neuorientierung auf nachhaltige Alltagspraktiken Impulse geben können. Um Antworten auf diese Frage zu erhalten, wurden zunächst die Medienberichte chronologisch nach ihrem Erscheinen geordnet sowie hinsichtlich der angesprochenen Themen und der dabei erwähnten Akteure untersucht. Hier galt es insbesondere solche Aufgaben zu identifizieren, deren Lösung von den Bürgerinnen und Bürger erwartet wird. In der anschließenden Untersuchung der Stellungnahmen und Aktionen der politischen Institutionen, der zivilgesellschaftlichen und Umweltverbände spiegeln sich insbesondere die für Deutschland als besonders relevant erscheinenden Themen und daraus abgeleiteten Aufgaben wider. Diese Stellungnahmen sind von großem Interesse, weil sie auf konkrete Aktionen auch von Bürgerinnen und Bürger schließen lassen, die wiederum eine Wirkung auf deren Um- und Neuorientierung entfalten können.

Im Ergebnis verweist die Medienanalyse sehr deutlich auf die große Dominanz des Themas Green Economy. Wurde es anfangs noch als eines von vielen weiteren dargestellt, beherrschte die Green Economy zunehmend die Berichte der Zeitungen. Vor allem die Stellungnahmen der Verbände hoben das Thema Green Economy als ein zentrales, aber auch problematisches Zukunftsthema der Umweltpolitik hervor. Die nachfolgende nationale Debatte machte nachdrücklich deutlich, dass vor allem Deutschland bei der Umsetzung der Green Economy als globales Vorbild gefordert sei. Begründet wird dies mit dem ohnehin schon hohen Umweltstandard, aus dem die spezifische Verantwortung erwachse, sich weiter als Vorreiter zu engagieren. Andererseits betreibe Deutschland mit der Energiewende einen realen Versuch, sich nachhaltig zu transformieren. Gelingt dies, würde sich daraus eine globale Vorbildwirkung ergeben.

Weil aber die Green Economy als Konzept auf der Rio+20-Konferenz noch wenig konkretisiert wurde, betonten die meisten Kommentare, dass es notwendig sei, dieses Konzept in einer breiten Debatte in Deutschland näher zu bestimmen. Dabei setzt die Politik auf freiwillige Verpflichtungen der Wirtschaft und die Partnerschaft mit ihr sowie zivilgesellschaftlichen und Umweltverbänden. Die Umwelt- und Entwicklungsverbände zweifeln dagegen häufig an der Fähigkeit der Wirtschaft, von sich aus die Green Economy nachhaltig auszugestalten. Darum verlangen die Umweltverbände von der Politik, durch verbindliche Regeln und Rahmensetzungen die nachhaltige Transformation maßgeblich zu gestalten. Die Vertreter der Zivilgesellschaft sehen die Verbände hier in der Rolle, die Politik entsprechend zu unterstützen und auf diese Rolle hinzuweisen.

Das wenig konkrete Green-Economy-Konzept könne dann Relevanz entwickeln, wenn es an bestehende Probleme und Prozesse gekoppelt wird. Hier wurden zum einen die Energiewende und zum anderen das Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger genannt. Im Zusammenhang mit der Energiewende wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor allem erwartet, dass sie diese akzeptieren und unterstützen. Insofern die Energiewende schon auf das Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger verweist, ist auch das Leitmotiv der Beiträge in den Zeitungen und Stellungnahmen plausibel: Es ist überwiegend auf Suffizienz im Sinne von Verzicht und Genügsamkeit ausgerichtet. Gleichwohl wird betont, dass es nicht zu Einbußen des Lebensstandards führe, sondern ihn im Gegenteil verbessern solle, weil statt materiellem Besitz Werte wie z. B. Gemeinschaftlichkeit, Genügsamkeit, Entschleunigung und Gesundheit im Ansehen steigen könnten. Zudem sollen sich auch Bürgerinnen und Bürger engagieren, indem sie an Nachhaltigkeitskriterien orientiert einkaufen und sich am zivilgesellschaftlichen Druck auf die Politik zur Übernahme ihrer Führungsrolle beteiligen.

Zu bedenken ist dabei allerdings, dass die Aufforderungen zur Lebensstilveränderung sowie zur Akzeptanz der Energiewende große Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger darstellen, weil diese erheblich in das Alltagsleben einwirken können, insofern sie eine starke Irritationen der Alltagspraktiken auslösen können. Andererseits sind solche Irritationen aber auch wichtig als Anlass für Veränderungsbereitschaft. Die neuen Möglichkeiten werden nur dann nicht ignoriert, wenn sie auf adäquate Bedingungen für die Realisierung eines nachhaltigen Wandels treffen. Das heißt, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger Gelegenheiten im Sinne infrastruktureller Realisierungsmöglichkeiten, gesetzlicher Vorgaben oder kultureller Bewertungen braucht, die die politischen und wirtschaftlichen Akteure gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen neuer Governance-Formen bereitstellen müssen. Dazu aber müssen die politischen Entscheidungsträger den Bürgerinnen und Bürgern sowie den zivilgesellschaftlichen Akteuren eine aktivere Rolle zutrauen und ihnen größere – und das heißt auch: über ihre Konsumentenrolle hinausgehende – Beteiligungsmöglichkeiten einräumen. Deren Realisierung ist auch auf ein hinreichendes Problembewusstsein der Bürgerinnen und Bürger ange-

wiesen – daher beschäftigen sich die folgenden Kapitel in dieser Vertiefungsstudie zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten 2012 mit den Veränderungspotenzialen, welche in der Bevölkerungsumfrage und in den begleitenden Gruppendiskussionen deutlich wurden.

3 Aktuelle Herausforderungen für nachhaltiges Alltagshandeln: Qualitative und quantitative Befunde

Gegenstand dieses Kapitels sind die handlungsbereichsspezifischen Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2012“. Zunächst werden die Ergebnisse der ersten Diskussionsrunde vorgestellt. Diese waren der Frage gewidmet, welchen Stellenwert Umweltprobleme generell im Alltag der Menschen haben. Inhaltliche Schwerpunkte waren hierbei die Rolle umweltrelevanten Verhaltens der Bürgerinnen und Bürger im Alltag, biographische Ereignisse und Veränderungen der Alltagsroutinen, der Umgang mit widersprüchlichen umweltrelevanten Normen sowie Einschätzungen des eigenen Engagements der Befragten.

Im Anschluss daran werden die Handlungsfelder Mobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsorganisation und Wohnen genauer betrachtet, die auch in der Repräsentativbefragung im Zentrum standen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Einschätzungen der aktuellen Umweltpolitik sowie die Frage, inwieweit die „Rio+20-Konferenz“ den Bürgerinnen und Bürgern bekannt war. Zu diesen Themen werden jeweils die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage im Zusammenhang mit den Ergebnissen der zweiten Runde der Gruppendiskussionen dargestellt und diskutiert.

3.1 Ergebnisse der vorbereitenden Gruppendiskussionen

Rolle der Umweltprobleme im Alltag

Bis auf wenige Ausnahmen gab die Mehrheit der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer an, dass ihr alltägliches Handeln von verschiedenen Aspekten der Umweltproblematik beeinflusst sei, jedoch ohne dass sie diese immer ausdrücklich reflektierten. Stattdessen handeln die Menschen im Alltag oft so routiniert, dass sie sich der Implikationen ihres Handelns teilweise nicht bewusst sind. Erst im Nachdenken darüber werden die umweltrelevanten Entscheidungen sichtbar. Allgemein stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppendiskussionen fest, dass sie sich nur in bestimmten Bereichen von umweltrelevanten Fragen leiten lassen. Vor allem fühlen sich viele von der aufscheinenden Komplexität der Umweltprobleme überfordert.

Thematisch verhandelten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ihr Umweltverhalten zunächst als Effekt von Sparmotiven. Beispiele dafür führten sie vor allem aus dem Bereich von Wasser und Strom an. Der Verzicht auf das Auto zugunsten der Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), häufiger aber noch des Fahrrades, ist ein weiteres Beispiel für ein umweltbewusstes Handeln der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Alltag. Umweltmotive spielen beim Konsum von Lebensmitteln, Kleidung und Haushaltselektronik eine deutlich geringere Rolle.

In der Reflexion über das Alltagshandeln bemerkten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass sie bestimmte, aber jeweils individuell verschiedene Bereiche eher aus einer Umweltperspektive betrachten als andere. Gründe für eine unterschiedliche Berücksichtigung konnten häufig nicht angegeben werden. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer darin, dass umweltgerechtes Verhalten im Alltag leichter umsetzbar sein sollte und dabei vor allem ökonomische Spareffekte – vor allem bei Wasser und Strom – überzeugend wirken können.

Begleitet wurden die Alltagsdarstellungen der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer von Schilderungen persönlicher Entscheidungen etwa zum Konsumverzicht. Eine solche individuelle Maßnahme wurde von ihnen als generelle Bedingung für ein umweltgerechtes Verhalten dargestellt. Dabei wiesen sie vor allem auf marktwirtschaftliche und medial vermittelte, vermeintliche Konsumzwänge hin, mit denen ein Konsumverzicht letztlich untergraben wird.

Immer wieder stellten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine überfordernde Komplexität der Umweltproblematik fest, die sie oft mit skeptischen Beiträgen zu den gebotenen Orientierungsmöglichkeiten kommentierten. Im Wesentlichen besteht der Umgang der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit der Komplexität des Themas in der Ausbildung von fokussierten Alltagsroutinen, sei es, dass sie bestimmte Anbieter von Lebensmitteln oder von Strom auswählen – vor allem orientiert an Bio- oder Öko-Labels – oder dass sie in bestimmten Bereichen ein umweltbewusstes Verhalten praktizieren – wie etwa Mülltrennung und Autoverzicht.

Biographische Ereignisse und andere Anlässe für Veränderungen des Alltagshandelns

Nur einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer konnten konkrete biographische Ereignisse angeben, anhand derer ihnen die Umweltproblematik mehr oder weniger plötzlich deutlich wurde. Wenn derartige Ereignisse von ihnen genannt wurden, sind das altersabhängige wahrgenommene, globale Ereignisse wie die sogenannte Ölkrise, die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl oder Fukushima. Solche Ereignisse mit ihren globalen Auswirkungen waren für einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer der Auslöser dafür, sich politisch zu engagieren. Überwiegend zeigte sich jedoch in den Gruppendiskussionen ein allgemeines Interesse an der Umweltproblematik aufgrund von populären Publikationen wie zum Beispiel den Berichten des Club of Rome. Ansonsten waren den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gruppendiskussionen die Umweltpolitik konsolidierende Ereignisse wie etwa der Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 nahezu unbekannt. In den Diskussionsgruppen waren nur zwei Personen mit den Lokalen-Agenda-Prozessen vertraut, da sie aktiv daran beteiligt sind.

Überwiegend verblieben die genannten Anlässe der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer für eine aktive Auseinandersetzung mit der Umweltproblematik im privaten Rahmen und wurden nur sehr generell und meist ungenau von massenmedialen Globalinformationen flankiert. Wie zu erwarten, sind biographische Ereignisse der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, wie die Geburt eigener Kinder, ein wesentlicher Grund, die Umweltproblematik in den Aufmerksamkeitsfokus zu rücken. Weitere, aber nachgeordnete Anlässe für die Auseinandersetzung der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit Umweltthemen treten im Übergang zur wirtschaftlichen Selbständigkeit oder mit Krankheitserfahrungen auf. Anlässe für eine stärkere Auseinandersetzung mit Umweltthemen sind also eher im Bereich der langfristigen, biographischen Orientierungen zu finden, ohne dass diese auch immer mit konkreten Verhaltensweisen einhergehen müssen. Das unmittelbare Umwelterleben anhand emphatischer Naturerlebnisse benannten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer zwar, es spielt aber insgesamt als Anlass für eine stärkere Auseinandersetzung mit der Umweltproblematik eine eher nachgeordnete Rolle.

Umgang mit widersprüchlichen umweltrelevanten Normen

Der Umgang mit umweltbezogenen Problemen im Alltag führt nur selten zu paradoxen und unentscheidbaren Situationen, da sich die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer routi-

niert auf bestimmte, erprobte Kernbereiche ihres Alltages beziehen und dabei von Reflexionen eher absehen. Demgegenüber wurden Handlungsbereiche außerhalb des Alltags häufig nicht in der Perspektive von Umweltproblemen thematisiert. Diese differenzierten Wahrnehmungen und Lösungen konnten aber auf Nachfrage schnell von den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern problematisiert werden, wenngleich sie meist dazu führten, auf die Komplexität der Umweltproblematik hinzuweisen. Umweltschutz wird dann mit Stichworten wie Nachhaltigkeit, Klimawandel und globaler Gerechtigkeit verbunden, wodurch neben der ökologischen Dimension umweltgerechten Verhaltens oft auch die soziale und ökonomische Dimension angesprochen werden. Allerdings endeten solche Diskussionen oft in einer gewissen Ratlosigkeit, wenn es um die Frage ging, wie diese Komplexität im Alltagsleben eingelöst werden kann.

Als Antwort hierauf thematisierten einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer normative Forderungen hinsichtlich Beschränkung und Konsumverzicht, was jedoch in seiner Sinnhaftigkeit auch bei anderen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern Zweifel weckte. Solche Problematisierungen paradoxen Verhaltens betreffen unter anderem das primäre Motiv des Sparens – gleich, ob dabei Umweltressourcen oder Geld gespart werden. Weiterhin problematisierten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in diesem Zusammenhang die Wirksamkeit von umweltbezogenem Kaufverhalten. Ebenfalls wiesen sie darauf hin, dass umweltbewusstes Verhalten auch durch förderliche infrastrukturelle Bedingungen unterstützt wird. Außerdem merkten sie an, dass frühere Lebenssituationen, in denen Menschen über weniger Konsummöglichkeiten verfügten, zwar einerseits umweltverträglicher erscheinen, andererseits Umweltverschmutzung erst massiv hervorbrachten. Auch die Alltagspraktiken der Mülltrennung, die die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer schnell als umweltbewusstes Alltagshandeln darstellten, konnten in der Gruppendiskussion leicht durch gegenteilige Auffassungen zu den positiven Umweltwirkungen irritiert werden.

Insgesamt überwiegte bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gruppendiskussion bei eher ungenauem Wissen eine große Skepsis gegenüber Labels, die die Umweltverträglichkeit von Produkten nachweisen sollen. Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer vermuteten auch hier vor allem Initiativen von Marktakteuren, die die potenziell informationstechnisch unterlegenen Konsumentinnen und Konsumenten ausnutzen wollen oder es ihnen unmöglich machen, sich umweltbewusst und ökonomisch zu verhalten. Von hier aus wurden in den Gruppen stets allgemeine Diskussionen zur Beschleunigung eines gesellschaftlichen Wertewandels angestrengt. Dabei wurde vor allem die Verantwortung, die die heutige Generation der Jugendlichen künftig tragen wird sowie die Verantwortung ihrer Eltern und von Schulen hervorgehoben.

Einschätzungen des eigenen Engagements

Neben den nur selten ausgeführten biographischen Anlässen spielt das konkrete Erleben von Umweltproblemen für die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine aktivierende Rolle. Hier wurde zum Beispiel die massenmediale Vermittlung von komplexen Zusammenhängen der globalen Nahrungsmittel- oder Energieproduktion in Dokumentarfilmen genannt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppendiskussionen lehnen jedoch eine eventmäßige Dramatisierung von Umweltkatastrophen eher ab. Eine positive Rolle für das Verständnis von Umweltproblemen spielen dagegen Erlebnisparks und Veranstaltungen, die auf Umweltprobleme Bezug nehmen.

Das eigene Engagement für den Umweltschutz erschien den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern zwiespältig. Zwar erachteten sie eigene Beiträge durchaus als relevant für die Be-

wältigung von Umweltproblemen, schätzten ihre Bedeutung aber vor deren globalen Ausmaß als gering ein. Einhellig wurde hier die Rolle und Verantwortung des Staates angesprochen. Zwar sei die Politik der Wirtschaft hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten tendenziell unterlegen. Dennoch sei sie in der Pflicht, durch striktere Regulation für Einschränkungen und Ermöglicungen zu sorgen. In diesem Zusammenhang forderten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer immer wieder die Etablierung von Sanktions- und Anreizstrukturen ein. NGOs halten sie nur selten für bedeutsam bei der Lösung von Umweltproblemen; als Möglichkeit des eigenen Engagements werden sie dagegen für wichtig erachtet. Nur in einer Gruppe wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ideen genannt, ihre Konsumentenmacht politisch umzusetzen. Dazu zählen zum Beispiel produktbezogene Nachfragen in Einkaufsstätten, die Beeinflussung des Freunde- und Bekanntnetzwerkes oder die Beteiligung an kleinteiligen, lokalen oder regionalen Konsumstrukturen.

Generell zeigte sich, dass die Diskussionen zum eigenen Engagement oft weniger auf das konkrete Alltagshandeln statt auf allgemeine und globale Umweltproblematiken bezogen sind. Wenn solche Debatten in den Gruppen initiiert wurden, erweiterten sich diese schnell zu grundsätzlichen Werte- und Normdebatten, die dann oft zu Hinweisen auf die Verantwortung des Staates führten, der nach Ansicht vieler Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht hinreichend nachgekommen wird.

Die folgende Darstellung orientiert sich an einzelnen alltäglichen Handlungsfeldern, wie zum Beispiel Mobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsorganisation oder Wohnen, die auch in der Bevölkerungsumfrage thematisiert wurden. Denn in der zweiten Runde der Gruppendiskussionen bestanden die Impulse nicht mehr aus allgemeinen Themenvorgaben, sondern vielmehr aus Thesen, die auf den Ergebnissen der Umfrage basierten und die den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern in zugespitzter Form vorgelegt wurden. Auf diese Weise können die Aussagen der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer als Vertiefung der in der Umfrage erhobenen Daten interpretiert werden. Dies ist Gegenstand der folgenden Abschnitte.

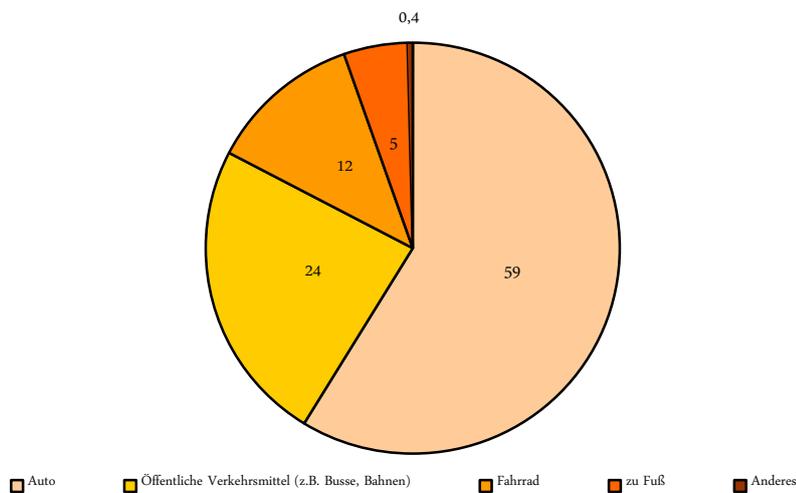
3.2 Handlungsfeld Alltagsmobilität

Die in einzelnen alltäglichen Handlungsfeldern vorherrschenden Alltagsroutinen und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger haben für die Umweltbelastungen und die Umweltpolitik eine sehr große Bedeutung. Dabei handelt es sich um teilweise aus Nachhaltigkeitsperspektive schwierige Themenbereiche wie zum Beispiel den Wunsch nach einem eigenen Haus im Grünen. Dieser Wunsch ist ebenso emotional verankert wie der Wunsch, im eigenen Auto individuell mobil zu sein – dabei ist das Wohnen im Grünen oft auf die individuelle Nutzung des Autos angewiesen, da in den städtischen Randgebieten und ländlichen Räumen der öffentliche Personennahverkehr oftmals nicht hinreichend komfortabel ist.

Hauptverkehrsmittel im Alltag und Gründe für die Wahl

In der Bevölkerungsumfrage wurde zu diesem Handlungsfeld zunächst die Frage nach der Wahl des Hauptverkehrsmittels im Alltag und nach den Gründen und Anlässen dafür gestellt. Der Anteil derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die ihre alltäglichen Wege überwiegend mit dem Auto erledigen beträgt 59 Prozent. Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen 24 Prozent. Mit dem Fahrrad fahren 12 Prozent und zu Fuß gehen täglich 5 Prozent. Andere Verkehrsmittel, das heißt zum Beispiel das Motorrad, nutzen täglich lediglich 0,4 Prozent (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Hauptverkehrsmittel im Alltag (Angaben in Prozent der Befragten)



Frage: Welches Verkehrsmittel nutzen Sie normalerweise, um Ihre Wege im Alltag zu erledigen? Bitte benennen das Verkehrsmittel, welches Sie am häufigsten nutzen! N=2.000

Die größte Nutzergruppe der Autofahrerinnen und Autofahrer dominieren Männer (67 Prozent) im Vergleich zu Frauen (50 Prozent). Den größten Anteil nach Altersgruppen haben Personen zwischen 30 und 49 Jahren. Von ihnen fahren 69 Prozent mit dem Auto. Hinsichtlich der Lebenssituation stellen Paare mit Kindern den größten Anteil: 71 Prozent dieser Gruppen nutzen das Auto. Auch fahren alltäglich eher Dorfbewohnerinnen und -bewohner sowie Kleinstädter. Betrachtet man die Autofahrerinnen und Autofahrer nach ihrem Einkommen, dann sind es vor allem Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro. Die zweitgrößte Gruppe, die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs leben erwartungsgemäß überwiegend in der Großstadt. Es sind eher Frauen (27 Prozent) als Männer (21 Prozent). Hierbei handelt es sich eher um Alleinstehende mit und ohne Kinder (35 Prozent) sowie um Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro (36 Prozent).

Was sind nun die hauptsächlichen Einflussfaktoren für die bevorzugte Autonutzung? Mittels einer Regressionsanalyse wurde geprüft, welche der Faktoren, nämlich das Vorhandensein von Kindern, der Wohnort, das Haushaltsnettoeinkommen und auch der symbolische Statuswert des Autos, den größten Einfluss auf die Autonutzung haben. Es stellte sich heraus, dass das Vorhandensein von Kindern die größte Erklärungskraft für die Autopräferenz hat (Beta= .396, $p < 0.001$). Ein höheres Haushaltsnettoeinkommen hat einen mäßigen Einfluss darauf (Beta= .103, $p < 0.001$). Der Symbolwert des Autos (Beta= .093, $p < 0.001$) und der Wohnort (Beta= .067, $p < 0.005$) haben nur jeweils einen geringen Einfluss auf die Autopräferenz.

Autofahrerinnen und Autofahrer sind mit 94 Prozent überwiegend zufrieden mit ihrer Verkehrsmittelwahl.³ Auch die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs (mit 79 Prozent), die Fahrradfahrer (mit 94 Prozent) und Fußgänger (mit 90 Prozent) äußern sich ähnlich zufrieden mit ihrer Wahl. Bei der Wahl des alltäglichen Verkehrsmittels spielen darum

³ Die Frage lautete: Alles in allem, sind Sie heute mit Ihrem am häufigsten genutzten Verkehrsmittel zufrieden? Ja oder Nein.

weitere Gründe eine Rolle.⁴ So werden diese sowohl von Autonutzerinnen und -Nutzern (mit 99 Prozent) als auch von Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Personennahverkehrs (mit 83 Prozent) überwiegend als bequem und schnell bewertet. Jedoch spielt für jeweils drei Viertel der Autonutzerinnen und -Nutzer wie auch der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs die Gewohnheit eine große Rolle für ihre Präferenz. Beide Gruppen meinen zudem zu jeweils drei Vierteln, keine Alternative zu ihrem bevorzugten Verkehrsmittel zu haben. Allein hinsichtlich des Preises als auch der Umweltverträglichkeit des Verkehrsmittels unterscheiden sich die beiden Nutzergruppen: Autofahrerinnen und Autofahrer finden ihre Wahl eher nicht preisgünstig oder umweltverträglich (mit einer Zustimmung von 25 Prozent beziehungsweise 21 Prozent). Hingegen sind die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs mehrheitlich vom günstigen Preis (zu 69 Prozent) und der Umweltverträglichkeit (mit 82 Prozent) ihres bevorzugten Verkehrsmittels überzeugt. Am ehesten sind Autonutzerinnen und Autonutzer mit dem teuren Unterhalt des Autos unzufrieden, doch wird dies nur von sehr wenigen moniert. Die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs nennen am häufigsten die Unpünktlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel als Grund ihrer Unzufriedenheit.

Die von allen Mobilitätsgruppen geäußerte hohe Zufriedenheit mit der Wahl ihres alltäglichen Verkehrsmittels lässt eine hohe Stabilität bei deren Nutzung erkennen. 80 Prozent der Autofahrerinnen und Autofahrer geben an, bislang noch kein anderes Hauptverkehrsmittel genutzt zu haben. Auch 74 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs haben bislang immer auf dieses Hauptverkehrsmittel gesetzt.

Gründe für das Auto und seine Nachteile

Auch in den Gruppendiskussionen war Mobilität ein zentrales Thema. In den Diskussionen wurden das Auto und der öffentliche Personennahverkehr häufig im Vergleich und im Kontrast diskutiert. Für die Gruppendiskussionen wurde folgender Stimulus vorgelegt: „Die alltäglichen Wege legt man mit den gewohnten Verkehrsmitteln zurück. Aus welchen Gründen aber werden diese Gewohnheiten verändert? Wir fanden, dass man vom öffentlichen Personennahverkehr zum Auto wechselt, um Wege für die Familie und zur Arbeit besser zu bewältigen. Umgekehrt wechselt man vom Auto zum öffentlichen Personennahverkehr häufig wegen des hohen Alters.“

Diese These löste unter den Teilnehmerinnen und -teilnehmern Diskussionen um Vor- und Nachteile der Autonutzung aus. Häufige Gründe für die Autonutzung und -anschaffung sind für die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer die Verlässlichkeit, Flexibilität und Unabhängigkeit, die vor allem bei der Gestaltung des Alltags mit Kindern, aufgrund einer dezentralen Wohnlage und weiter Entfernung zum Arbeitsplatz von hoher Bedeutung sind.

Das Pendeln mit dem Auto, insbesondere der Zwang in der „Rushhour“ unterwegs sein zu müssen, empfinden die Autonutzerinnen und -nutzer aber dennoch als Belastung. Zusätzliche Nachteile sind die Parkplatzsuche und Verkehrsstaus sowie die mit dem Autobesitz verbundenen hohen Kosten. Gleichwohl beurteilen sie die Notwendigkeit beziehungsweise Abhängigkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln als negativ.

⁴ Die Frage hierzu lautete: Welches sind die Gründe dafür, dass Sie dieses Verkehrsmittel am häufigsten nutzen? (Auswahl aus einer vorgegebenen Liste mittels Ja- oder Nein-Stellungnahme)

Statussymbol Auto?

In der Bevölkerungsumfrage war die überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung (74 Prozent), dass das Auto ein Statussymbol für jüngere Leute sei (siehe Tabelle 2). Hierbei gibt es keine soziodemografischen Unterschiede im Antwortverhalten der Befragten. Diese Aussage wurde in den Gruppendiskussionen jedoch unterschiedlich bewertet. Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die zur Erledigung ihrer täglichen Wege überwiegend das Auto nutzen, sind der Meinung, dass der Autobesitz für viele Menschen weiterhin ein Statussymbol ist. Für viele Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer scheint es fast schon natürlich, dass bei entsprechender finanzieller Ausstattung ein Auto zum Haushalt gehört. Deshalb stellt das Auto einen Wohlstandsindikator dar: Man muss es sich auch leisten können.

Andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich dagegen einig, dass ein Auto heute kein Prestigeobjekt mehr ist, da es vielmehr pragmatisch gebraucht wird. Diese Personen sind froh, wenn sie je nach Gelegenheit auf die Nutzung eines Autos auch verzichten können.

Familienplanung und die Notwendigkeit eines Autos

Auch zur These, dass ein Auto notwendig für die Bewältigung des Alltags mit Familie und Kind(ern) ist, gab es Pro- und Contra-Argumente. Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage zeigen, dass eine große Mehrheit der Befragten dieser Aussage zustimmen (36 Prozent „voll und ganz“, 46 Prozent „eher“) (siehe Tabelle 2). Hierunter sind vor allem Personen zwischen 30 und 49 Jahren (86 Prozent) und solche, die in Partnerschaft mit Kindern leben (87 Prozent). Im Haushalt lebende Kinder sind – wie durch die Regressionsanalyse oben gezeigt wurde – ein wichtiges Argument für die alltägliche Nutzung des Autos. So ist die Geburt eines Kindes beziehungsweise die Gründung einer Familie neben dem Wechsel der Arbeitsstelle mit 21 Prozent der zweithäufigste Anlass für den Wechsel des Hauptverkehrsmittels hin zum Auto.

Tabelle 2: Meinungen zum Gebrauch des Autos und des öffentlichen Personennahverkehrs, Angaben in Prozent

Aussage	Voll und ganz	Eher	Eher	Voll und ganz	Aussage
Für die Bewältigung des Alltags mit Kind(ern) und Familie braucht man ein eigenes Auto.	36	46	13	5	Für die Bewältigung des Alltags mit Kind(ern) und Familie braucht man kein eigenes Auto.
Öffentliche Verkehrsmittel sind in der Großstadt unbequemer als Autos.	13	24	35	28	Öffentliche Verkehrsmittel sind in der Großstadt bequemer als Autos.
Für jüngere Leute ist das Auto ein Statussymbol.	31	43	19	7	Für jüngere Leute ist das Auto kein Statussymbol.
In der Großstadt ist es praktisch ein Auto zu besitzen.	21	32	33	14	In der Großstadt ist es praktisch ein Auto zu mieten.

Frage: Zur Nutzung des Autos kann man unterschiedlicher Meinung sein. Sagen Sie mir, welcher Variante der folgenden Aussagen Sie voll und ganz oder eher zustimmen. (Keine Aussage zur Nutzung des Autos machten jeweils weniger als 1 Prozent der Befragten.) N=2.000

Auch in den Gruppendiskussionen bestätigten viele der Teilnehmerinnen und -teilnehmer diese These und waren der Meinung, dass die Bewältigung alltäglicher Wege mit Kindern und Familie eine Autonutzung notwendig macht. Die Situation, dass gerade die städtischen Randgebiete familienfreundliche Wohnlagen sind, diese aber eine weniger dichte Struktur des öffentlichen Personennahverkehrs aufweisen und einen Autobesitz geradezu verlangen, sahen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer als paradox an. Denn von hier müssen Wege zur Arbeit, Kinderbetreuung und zu anderen Familienmitgliedern sowie Versorgungseinrichtungen zurückgelegt werden. Ein weiteres Argument für die Auto-Nutzung ist das der Obhut beziehungsweise Sicherheit der Kinder.

Für jüngere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer erscheint hingegen ein Autokauf für die spätere Familienplanung nicht zwingend notwendig. Betont wurde allerdings, dass gute infrastrukturelle Voraussetzungen notwendig sind, um mit Kindern auch ohne Auto und stattdessen mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder Fahrrad zurechtzukommen. Für städtische Randlagen, in denen Aufstiegsorientierte möglicherweise bevorzugt leben wollen, sind dagegen ein ausgebautes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs und Fahrradwege bis in die Innenstadt notwendig.

Argumente für und gegen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Vor allem Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppendiskussionen, die in Großstädten wohnen, nutzen überwiegend die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs. Gründe dafür sind vor allem Flexibilität und Zeitersparnis. Ältere, mobile Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer schätzen vor allem die günstigen Tarife für Senioren. Diese Ergebnisse werden auch durch Befunde der Bevölkerungsumfrage bestätigt. 63 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger stimmten der Aussage „Öffentliche Verkehrsmittel sind in der Großstadt bequemer als Autos“ entweder „voll und ganz“ oder „eher“ zu (siehe Tabelle 1). Dieser Meinung sind vor allem jüngere Personen bis 29 Jahre (69 Prozent) und Personen ohne Kinder (67 Prozent).

Die oben genannten Gründe, die für das Auto sprechen, kehren hier als Vorteile des öffentlichen Personennahverkehrs wieder. In den Gruppendiskussionen unterschieden die Nutzerinnen und -Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs jedoch zwischen ländlich-peripheren Raum und der Großstadt. Im ländlichen Raum erscheint den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gruppendiskussionen das Auto als durchaus sinnvoll und notwendig. Die angeführten Vorteile des öffentlichen Personennahverkehrs werden vielmehr auf städtische Regionen bezogen.

Aus Sicht der Autofahrerinnen und -fahrer, die an den Gruppendiskussionen teilnahmen, ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel – unabhängig von der räumlichen Lage – überwiegend wenig alltagstauglich. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ist mit zusätzlichem Aufwand verbunden, wie zum Beispiel mit Fahrplan-Recherchen, und der öffentliche Personennahverkehr ist zudem wenig verlässlich. Für diese Gruppe kommt die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs daher eher in der Freizeit in Frage. Als positiv wurden in diesem Zusammenhang günstige Tarife für Ausflüge in andere Städte genannt.

Gründe und Bedingungen für einen Wechsel zum öffentlichen Personennahverkehr

Was sind nun Gründe, weshalb Bürgerinnen und Bürger ihr Mobilitätsverhalten verändern, das heißt konkret vom Auto als Hauptverkehrsmittel zu den öffentlichen Verkehrsmitteln wechseln?⁵ Die Bevölkerungsumfrage zeigt, dass vom Auto zu den öffentlichen Verkehrsmitteln eher Personen ab 30 Jahre und häufiger mit zunehmendem Alter wechseln (Cramers $V = .33$, $p < 0.001$; $N = 126$). Als konkrete Gründe für diesen Wechsel wurden am meisten gesundheitliche Gründe und das Alter, gefolgt vom Wohnort- und Arbeitsplatzwechsel sowie Preisargumente (Preissteigerungen, Kosten und attraktive Ticketpreise) genannt.

Diese Befunde spiegeln sich auch in den Aussagen der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer wieder. Ältere Menschen steigen wegen gesundheitlicher Gründe oder auch der hohen Kosten für Autobesitz und -nutzung auf öffentliche Verkehrsmittel um. Generell sind die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer aber auch der Meinung, dass die mehrheitlich sinkenden Haushaltseinkommen in Deutschland der Grund dafür sind, dass weniger Menschen ein Auto besitzen oder kaufen und die Zulassungszahlen insgesamt rückläufig sind.

Chancen für einen Umstieg zum öffentlichen Personennahverkehr sehen einige der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in einem Umzug in die Großstadt. Diese Veränderung der Lebensumstände wird aus ihrer Sicht bislang in Kommunikationsstrategien für eine Nutzung der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs noch zu wenig berücksichtigt. Ein positives Argument sollte nach Meinung einiger Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer die „Erlebnisqualität“ des öffentlichen Personennahverkehrs sein, da der öffentliche Personennahverkehr Begegnungen zwischen ganz unterschiedlichen Menschen fördert. Dieses Argument

⁵ Die Frage hierzu lautete: Was war der konkrete Anlass für Sie, zu Ihrem heutigen Hauptverkehrsmittel zu wechseln? (Auswahl aus einer vorgegebenen Liste; nur eine Nennung möglich).

wurde von anderen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern jedoch negativ aufgefasst, denn es verlangt Toleranz gegenüber „anderen Lebensformen“. So ist die für einige erkannte spannende Vielfalt für Andere Grund dafür, lieber allein „im Stau zu sitzen und Musik zu hören“.

Viele Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich einig, dass es zukünftig darum gehen muss, die Spontanmobilität und Multimodalität, das heißt die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zu fördern. Hierunter verstehen sie vor allem das flexible, auch private Autoteilen und die Kurzzeitznutzung von Leihwägen kombiniert mit Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ausgereifte Fahrradverleihsysteme. Als ganz wesentlich sehen sie es hierbei an, dass der öffentliche Personennahverkehr attraktiver gestaltet wird. Allein das Wort „öffentlicher Personennahverkehr“ empfinden sie als „sperrig“. Ein derartiges multimodales Konzept bietet Chancen, um aus der „Abhängigkeit vom Autobesitz rauszukommen“.

Gründe zu Fuß zu gehen und das Fahrrad zu nutzen

Nicht nur mit dem Auto und dem öffentlichen Personennahverkehr werden Wege im Alltag zurückgelegt. In den Gruppendiskussionen berichteten die Teilnehmerinnen und -teilnehmer, dass sie ihre alltäglichen Wege im näheren Umfeld zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigen, weil ihnen das für das eigene Wohlbefinden wichtig ist, sie sich gesund halten, sich bewegen wollen oder sportlich betätigen möchten. Etwaige Unbequemlichkeiten des Fahrradfahrens werden dabei auch mit dem Motiv des Umweltschutzes in Kauf genommen. Konkret wurden hierbei ein „ökologisches Bewusstsein“ und das Ideal einer CO₂-rückstandslosen Mobilität genannt.

Voraussetzungen für ein derartiges Mobilitätsverhalten sind eine zentrale Wohnlage und eine kurze Entfernung zum Arbeitsplatz, was häufig in Großstädten gegeben ist. Oft besitzen diese Personen gar kein Auto; sie nutzen die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs, vor allem in kälteren Jahreszeiten und bei unbeständigen Wetterverhältnissen. Um dieses Mobilitätsverhalten zukünftig stärker zu fördern, ist es hilfreich, wenn selbst Arbeitgeber dazu aufrufen, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren oder wenn dieser Trend durch Stadtverwaltungen unterstützt wird.

Akzeptanz umweltfreundlicher Alternativen zur privaten Autonutzung

Für nachhaltige Mobilitätskonzepte sind die in der Bevölkerungsumfrage festgestellte hohe Stabilität der Mobilitätspraktiken und die hohe Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger eine große Herausforderung, denn wie deutlich wurde, fällt meistens die Wahl des Verkehrsmittels auf das Auto. Deshalb interessierte in der Bevölkerungsumfrage, ob umweltfreundliche Alternativen der privaten Autonutzung wie Elektrofahrzeuge und Car-Sharing bekannt sind und wie diese von den Befragten in ihrem Potential für die innovative Veränderung der Mobilitätspraktiken bewertet werden.

Neben der Autonutzung und anderen Verkehrsmitteln, wie dem öffentlichen Personennahverkehr oder Fahrrädern, werden seit einiger Zeit weitere alternative Angebote populär wie zum Beispiel Elektromobilität und verschiedene Modelle des Car-Sharing, aber auch Fahrgemeinschaften. In der Bevölkerungsumfrage wurde vor dem Hintergrund eines nachhaltigeren Mobilitätsverhaltens auch nach diesen Alternativen gefragt. 68 Prozent der befragten Bürgerinnen

und Bürger ist Elektromobilität bekannt, 39 Prozent haben schon von der Möglichkeit des Car-Sharing gehört und 11 Prozent beteiligen sich in irgendeiner Form an Fahrgemeinschaften.⁶

Eine große Mehrheit (93 Prozent) derjenigen, die von Elektromobilität wissen, sind der Meinung, dass es sich hierbei um eine umweltfreundliche Alternative zum herkömmlichen Auto handelt.⁷ Jedoch können sich lediglich zwei Drittel vorstellen, ein Elektrofahrzeug einmal auszuprobieren.⁸ Bei denjenigen, die Elektromobilität kennen und ausprobieren wollen (61 Prozent), handelt es sich vor allem um Jüngere bis 29 Jahre, männliche Personen und Hochgebildete. Interessant ist für die Bewertung von Elektromobilität als Alternative zur Nutzung herkömmlicher Verkehrsmittel, dass 91 Prozent der Personen, denen diese Möglichkeit bekannt ist, mit ihrer aktuellen Verkehrsmittelwahl zufrieden sind und dass sich davon eine Mehrheit (62 Prozent) dafür näher interessiert. Insofern stellt Elektromobilität aus praktischer Sicht (noch) keine Alternative zu den herkömmlichen Formen dar, sondern erscheint eher als eine interessante Ergänzung, die auf ihre Alltagstauglichkeit hin geprüft wird. Als offensichtliche Hemmnisse gilt es bei der Gestaltung von Alternativen auch zu berücksichtigen, dass die Mehrheit derjenigen, die um Elektromobilität wissen, Elektrofahrzeuge als zu teuer bewerten (87 Prozent). Zudem herrscht in diesem Bereich ebenso (noch) ein Informationsdefizit (74 Prozent).

Ähnlich verhält es sich mit Car-Sharing-Angeboten. Zwar sagen 86 Prozent derjenigen, die um die Möglichkeit des Car-Sharing wissen, dass Car-Sharing umweltfreundlich ist.⁹ Jedoch geben lediglich 36 Prozent von ihnen an, dass sie Car-Sharing attraktiv finden.¹⁰ Für diese Gruppe an Befragten sind im Grunde keine besonderen soziodemografischen Muster festzustellen. Zwar finden 39 Prozent der Männer im Vergleich zu 33 Prozent der Frauen solche Angebote attraktiv, doch sind keine belastbaren Aussagen hinsichtlich Bildung, Einkommen oder Alter zu machen. Selbst der Wohnort – unter der Annahme, dass Car-Sharing-Angebote vor allem in Großstädten zu finden sind – hat keine Vorhersagekraft hinsichtlich der Attraktivität von Car-Sharing-Angeboten. Bei einer weiteren Gestaltung von Car-Sharing Angeboten ist jedoch der

⁶ Die entsprechenden Fragen hierzu lauteten: Haben Sie schon einmal von folgenden Alternativen zur herkömmlichen Autonutzung gehört? Bitte antworten Sie mit Ja oder Nein. (1) Elektrofahrzeuge, z. B. E-Bike oder E-Auto, (2) Car-Sharing, d. h. das geplante gemeinschaftliche Teilen eines Autos. Weitere Frage: Beteiligen Sie sich in irgendeiner Weise an einer Fahrgemeinschaft, d. h. teilen Sie sich mit anderen ein Auto, um tägliche Wege zu bewältigen? Antwortmöglichkeiten: Ja oder Nein.

⁷ Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte sagen Sie, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Aussage „Elektrofahrzeuge sind eine umweltfreundliche Alternative zum herkömmlichen Auto.“

⁸ Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte sagen Sie, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Aussage „Ich kann mir vorstellen, ein Elektrofahrzeug einmal auszuprobieren.“

⁹ Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte sagen Sie, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Aussage „Car-Sharing ist umweltfreundlich.“

¹⁰ Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte sagen Sie, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Aussage „Car-Sharing finde ich für mich attraktiv.“

Befund Ernst zunehmen, dass die Mehrheit der Befragten (75 Prozent) der Meinung ist, dass Autos beim Car-Sharing nur begrenzt verfügbar sind.¹¹

Als weitere Alternative interessierte die Beteiligung an Fahrgemeinschaften. Diese Frage richtete sich an diejenigen Personen, die als Hauptverkehrsmittel das Auto nannten. Von ihnen beteiligen sich 18 Prozent an Fahrgemeinschaften. Wie beim Car-Sharing können auch bei den Nutzerinnen und Nutzern von Fahrgemeinschaften keine besonderen Gruppenmerkmale festgestellt werden. Allein in der Altersgruppe von 30 bis 49 Jahre beteiligen sich mit 21 Prozent überzufällig mehr Personen an Fahrgemeinschaften als Personen anderer Altersgruppen.

Mitfahrgelegenheiten und Fahrgemeinschaften als zukunftssträchtige Mobilitätsstrategien waren auch Themen in den Gruppendiskussionen. Bislang würden aus Sicht der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern allerdings nur wenige Menschen diese in Anspruch nehmen, weil sie noch nicht ausreichend öffentlich organisiert werden und deshalb unkomfortabel sind. Allerdings gibt es auch gute Beispiele für gelingende alternative Mobilitätskonzepte, wenn zum Beispiel besondere Parkplätze eingerichtet werden, an denen sich die Mitfahrerinnen und Mitfahrer außerhalb der Stadt treffen können.

Der mit dem Wohnen am Stadtrand verbundenen Verursachung von Verkehr kann nach Meinung von Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern dadurch entgegengewirkt werden, dass ein Wohnortwechsel an den Stadtrand häufiger mit einem Arbeitsplatzwechsel kombiniert wird. Auch wenn andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer dieser Idee zustimmten, sehen sie doch Schwierigkeiten der Umsetzung darin, dass der Arbeitsplatz für gewöhnlich häufiger gewechselt wird als der Wohnort.

Die hier diskutierten Alternativen zu den üblichen Verkehrsmitteln vermitteln insgesamt eher nicht den Eindruck, dass diese kurzfristig die etablierten Mobilitätsstrukturen verändern können. Selbst die Unzufriedenheit mit den gewählten Verkehrsmitteln führt nicht dazu, dass Elektromobilität oder Car-Sharing als ernsthafte Alternativen in Betracht gezogen werden. Ein Wechsel der Verkehrsmittel findet überwiegend zwischen der Nutzung von Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs und der individuellen Autonutzung statt.

Zustimmung zu umweltentlastenden Verkehrsmaßnahmen

Angesichts dieser Situation finden vor allem den Individualverkehr einschränkende umweltentlastende Verkehrsmaßnahmen eine deutliche Zustimmung unter den Befragten.¹² Für eine autounabhängige Stadtentwicklung und verkehrsberuhigte Wohngebiete sprechen sich etwa 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger aus. Der Sperrung von Innenstädten für den Autoverkehr begrüßen rund 45 Prozent der Befragten. Die gleiche Zustimmung findet sogar das umstrittene Thema einer Tempobegrenzung von 130 Kilometer pro Stunde auf Autobahnen. Der innerörtlichen Tempobegrenzung auf 30 Kilometer pro Stunde stimmen immer noch etwa 40 Prozent zu und eine City-Maut können sich ein Viertel der Befragten vorstellen. Mit Blick auf soziodemo-

¹¹ Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte sagen Sie, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Aussage „Die Autos beim Car-Sharing sind nur begrenzt verfügbar.“

¹² Die entsprechende Frage hierzu lautete: Wie stehen Sie zu den folgenden Maßnahmen zur Verminderung der Umweltbelastungen durch den Verkehr? Bitte sagen Sie für jede Maßnahme, ob Sie sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen sind.

grafische Merkmale der Befragten ist deutlich erkennbar, dass die Zustimmung zu diesen Maßnahmen mit dem Alter und teils auch mit dem Bildungsgrad zunimmt. Deutlich wird aber auch, dass es für die meisten Maßnahmen keine Mehrheiten unter den Bürgerinnen und Bürgern gibt.

Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage zum Handlungsfeld Mobilität machen deutlich, dass die Problematik des Autoverkehrs für die Umwelt den Bürgerinnen und Bürger bekannt ist. Das erhöht aber kaum ihre Bereitschaft, sich umweltverträglichen Alternativen zuzuwenden. Ein maßgeblicher Grund ist hierfür sicherlich die hohe Zufriedenheit mit dem persönlich gewählten Hauptverkehrsmittel. Wenn Alternativen bekannt sind, dann werden sie sehr positiv bewertet und auch als umweltfreundliche Alternative erkannt. Dennoch werden sie nur selten praktisch genutzt. Ernstzunehmende Barrieren, wie Verfügbarkeit, Preis und Informationen, sollten bei einer weiteren Gestaltung der Alternativen zukünftig stärker berücksichtigt werden.

Insgesamt erweisen sich die dominanten Muster der individuellen Mobilität als ein schwieriges Thema für die Umweltpolitik. Die Vorstellungen über den Wert des Autos als Statussymbol, aber auch dessen Bedeutung bei der Bewältigung des familiären Alltags mit Kindern weisen darauf hin, dass alternative Angebote massiv ausgebaut werden müssen, wenn auch gewohnheitsmäßige Autofahrerinnen und Autofahrer von der Attraktivität und Praktikabilität öffentlicher Verkehrsmittel überzeugt werden sollen.

3.3 Handlungsfeld Wohnen

Das automobile Verkehrsaufkommen wird wesentlich durch die Wohn- und Siedlungsformen mitbestimmt. Diese sind aber auch strukturelle Bedingungen für das persönliche Verkehrsverhalten. Daher stellt sich in diesem Bereich die Frage, wie nachhaltige Wohn- und Siedlungsformen entwickelt werden können. Dabei ist es wichtig zu wissen, welche Wohnformen aus Sicht der Bevölkerung wünschenswert sind.

Laut der Bevölkerungsumfrage kommen auf einen Eigentümer beziehungsweise eine Eigentümerin einer Wohnung oder eines Hauses (N=662, 33 Prozent) zwei Mieterinnen beziehungsweise Mieter (N=1.329, 67 Prozent). Dabei beträgt die gemietete Wohnfläche durchschnittlich 70 Quadratmeter, die Fläche von Wohneigentum beträgt durchschnittlich 109 Quadratmeter. Betrachtet man den Wohnquotient, also die Wohnfläche, die einer Person einer Wohnung unter Berücksichtigung der gesamten Bewohnerzahl zur Verfügung steht, ist auch dieser gemäß der Umfragedaten für Eigentümerinnen und Eigentümer mit durchschnittlich 57 Quadratmeter größer als der von Mieterinnen und Mietern mit durchschnittlich 38 Quadratmeter.

Wodurch zeichnen sich Eigentümerinnen und Eigentümer im Unterschied zu Mieterinnen und Mieter aus? Eigentümerinnen und Eigentümer verfügen erwartungsgemäß eher über ein höheres monatliche Haushaltsnettoeinkommen (Cramers V= .261, $p < 0.001$). Sie wohnen mehrheitlich in Kleinstädten und Dörfern. Zur Miete wohnt man hingegen eher in der Großstadt. Außerdem steigt mit zunehmendem Alter bis zur Rente der Anteil der Wohnungs- und Hauseigentümerinnen und -eigentümer an. Jüngere wohnen hingegen eher in Mietwohnungen oder die Jüngeren bis 29 Jährigen noch bei den Eltern sowie in Wohngemeinschaften. Auffällig ist, dass der Anteil unter den über 65 Jährigen, die diese Wohnform gewählt haben, ähnlich hoch ist wie bei der jüngsten Altersgruppe.

Insgesamt lässt sich eine sehr hohe Zufriedenheit der Befragten mit ihrer Wohnsituation feststellen.¹³ Lediglich eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger trägt sich mit Umzugsgedanken (17 Prozent).¹⁴ Von Straßenverkehrslärm fühlen sich die Befragten zwar am meisten beeinträchtigt, doch wird die Lärmbelästigung selbst als nicht sehr stark empfunden. Als Umzugsgrund spielt Lärm daher nur eine sehr nachgeordnete Rolle. Ebenso spielt die Wohnungsgröße hierbei keine Rolle. Nur wenige Jüngere bis 29 Jahre, Großstädter und Alleinlebende sind mit der Größe ihrer Wohnung unzufrieden und äußern die Absicht, wegzuziehen.

Die Bevölkerungsumfrage macht auch deutlich, dass ein eigenes Haus und das individuelle Wohnen wichtige Werte in der heutigen Gesellschaft sind (siehe Tabelle 3). Die hohe Zustimmung zur Aussage „Die Wohnungsgröße sollte sich nach individuellen Kriterien richten“ (74 Prozent, stimme „voll und ganz“ oder „eher“ zu) im Vergleich mit der geringen Zustimmung zur Gegenaussage „Die Wohnungsgröße sollte sich nach ökologischen Kriterien richten“ (26 Prozent, stimme „voll und ganz“ oder „eher“ zu) weist darauf hin, dass die Art des Wohnens vorrangig nicht nach umweltbezogenen Kriterien entschieden wird, sondern sich primär nach den persönlichen Bedürfnissen richtet. Das schließt ökologische Motive nicht aus, diese erscheinen nur eben nicht notwendigerweise als Entscheidungskriterium für die Mehrheit der Befragten. Zugleich findet die Aussage „Ein eigenes Haus zu besitzen, stellt für mich ein wichtiges Lebensziel dar“ eine deutliche Zustimmung (54 Prozent, stimme „voll und ganz“ oder „eher“ zu), wobei es sich hier vor allem um Personen bis 49 Jahren handelt, die in Partnerschaften mit Kindern leben und über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr verfügen.

¹³ Die Frage hierzu lautete: Wie zufrieden sind Sie im Großen und Ganzen mit ihrer derzeitigen Wohnsituation? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen. Aussage: „Ich fühle mich in meiner Wohnung sehr wohl.“

¹⁴ Frage: Wie zufrieden sind Sie im Großen und Ganzen mit ihrer derzeitigen Wohnsituation? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen. Aussage: „Ich möchte eher früher als später wegziehen.“

Tabelle 3: Meinungen zum Wohnen, Angaben in Prozent der Befragten

Aussage	Voll und ganz	Eher	Eher	Voll und ganz	Aussage
Große Wohnungen, in denen wenige Menschen wohnen, sind durch ihren hohen Energieverbrauch umweltbelastend.	16	46	27	11	Große Wohnungen, in denen wenige Menschen wohnen, sind durch ihren hohen Energieverbrauch nicht umweltbelastend.
Das Wohnen im Einfamilienhaus am Stadtrand verursacht eine Zunahme des Verkehrs.	18	42	32	8	Das Wohnen im Einfamilienhaus am Stadtrand verursacht keine Zunahme des Verkehrs.
Ein eigenes Haus zu besitzen, stellt für mich ein wichtiges Lebensziel dar.	23	31	31	15	Ein eigenes Haus zu besitzen, stellt für mich kein wichtiges Lebensziel dar.
Die Wohnungsgröße sollte sich nach den individuellen Kriterien richten.	35	39	21	5	Die Wohnungsgröße sollte sich nach den ökologischen Kriterien richten.

Frage: Zum Wohnen kann man unterschiedlicher Meinung sein. Sagen Sie mir, welcher Variante der folgenden Aussagen Sie voll und ganz oder eher zustimmen. (Keine Aussage zum Wohnen machten jeweils weniger als 1 Prozent der Befragten.) N=2.000

Wohnen am Stadtrand als Lebensziel!?

Auch in den Gruppendiskussionen waren die Wohnformen der Menschen in städtischen und ländlich-peripheren Lagen sowie die damit verbundenen Umweltbelastungen ein Thema. Hierzu bot die folgende These einen Diskussionsimpuls: „Das Wohnen am Stadtrand im Einfamilienhaus stellt für die Mehrheit der Menschen in Deutschland ein wichtiges Lebensziel dar, wenngleich erkannt wird, dass hierdurch eine Zunahme des Verkehrs verursacht wird.“

Für einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer stellt das Wohnen am Stadtrand, zum Beispiel im Einfamilienhaus, ein wichtiges Lebensziel dar. Sie waren sich mehrheitlich auch darin einig, dass Autos – das heißt nicht nur eines, sondern auch mehrere pro Familie – zum Leben am Stadtrand dazu gehören. Das scheint von ihnen als Normalität akzeptiert zu werden und stellt keinen Widerspruch zur Idylle am Stadtrand dar.

Sehr wohl erkannten andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer hierin die Ursachen für zunehmenden Verkehr und eine Ausweitung der Städte. Viele der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer nehmen eine zunehmende Lärmbelastung in den Städten wahr und fühlen sich hierdurch in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Ein Teil von ihnen sucht deshalb wiederum die Ruhe in städtischen Vororten beziehungsweise am Stadtrand. Die Idylle am

Stadtrand ist aber mehr als nur Ruhe, nämlich auch dörfliche beziehungsweise kleinräumliche Übersichtlichkeit und Vertrautheit, etwas, was die Stadt nur bedingt bieten kann.

Zugleich sind laut der Bevölkerungsumfrage 60 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass das Wohnen im Einfamilienhaus am Stadtrand eine Zunahme des Verkehrs verursacht (siehe Tabelle 3). Vor allem Jüngere bis 29 Jahre, Großstädter und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 2.000 Euro äußern sich so. Ebenso meinen 62 Prozent, dass große Wohnungen, die von wenigen Menschen bewohnt werden, wegen des hohen Energieverbrauchs umweltbelastend sind (siehe Tabelle 3). Dieser Ansicht sind vor allem Großstädter und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro.

Diese Befunde weisen auf eine Diskrepanz zwischen Wunsch und tatsächlichem Verhalten und deren umweltbezogener Bewertung hin. Diese wurde ebenso schon bei der Einschätzung der Autofahrerinnen und -fahrer deutlich. Zwar weiß man um die umweltbelastenden Auswirkungen, strebt aber gleichwohl ein Leben in einer großen Wohnung oder im Haus am Stadtrand an und fährt Auto. Die Gründe, welche dafür sprechen, nämlich das Primat individueller Lebensgestaltung und die Zwang zur Mobilität mit Kindern, werden getrennt von der Umweltwirkung des konkreten Verhaltens betrachtet.

Die Befunde der Bevölkerungsumfrage machen auch deutlich, dass die Umweltprobleme zu individuellen, gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können.¹⁵ Es sind vor allem Ältere über 65 Jahren (36 Prozent im Vergleich zu 26 Prozent der Personen aller anderen Altersgruppen) und Frauen (30 Prozent im Vergleich zu 26 Prozent Männer), die sich gesundheitlich sehr stark oder stark durch Umweltprobleme belastet fühlen.

Auch zentrale städtische Wohnlagen werden von einigen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern als erstrebenswert und positiv gesehen. In der Großstadt lässt sich zum Beispiel in autofreien Wohngebieten Ruhe und Idylle finden. Hierin könnte ein Grund für den oben schon aufgeführten Befund einer hohen Zustimmung von 72 Prozent der Befragten in der Bevölkerungsumfrage für die Schaffung verkehrsberuhigter Wohngebiete liegen.

Gemeinschaftliches Wohnen in der Jugend und im Alter

Die heute vorherrschenden, vor allem auf Individualisierung setzenden Wohnformen sind nicht nur im Hinblick auf ihre verkehrsinduzierenden Wirkungen sehr problematisch. Auch wenn die Menschen älter werden, sind sie oft auf altersgerechte Wohnformen und Mobilitätsmöglichkeiten angewiesen.

Wenngleich die Bevölkerungsumfrage zeigt, dass sich die Art des Wohnens nach individuellen Kriterien ausrichtet, sind doch aber immerhin 21 Prozent der Befragten gegenüber gemeinschaftlichen Wohnformen aufgeschlossen.¹⁶ Vor allem Jüngere bis 29 Jahre und Ältere über 65 Jahre sowie Singles können es sich vorstellen, mit anderen Menschen in gemeinschaftlichen Wohnformen zusammen zu leben (je 27 Prozent im Vergleich zu 18 Prozent der Personen aller

¹⁵ Die Frage lautete: Wie stark, glauben Sie, belasten Umweltprobleme derzeit Ihre Gesundheit? Sehr stark, stark, weniger, überhaupt nicht.

¹⁶ Die relevante Frage lautete: Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie irgendwann einmal mit anderen Menschen in gemeinschaftlichen Wohnformen zusammen wohnen, zum Beispiel durch Untervermietung oder in Gemeinschaftssiedlungen und ähnlichem? Antwortmöglichkeiten: Ja oder Nein.

anderen Altersgruppen). Hierbei handelt es sich vor allem um Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro und ab 3.000 Euro, was deutlich macht, dass das Interesse an dieser Wohnform biografisch motiviert ist. Als Hauptgrund steht die Gemeinschaftlichkeit im Vordergrund (61 Prozent). Die Mehrheit der Befragten (51 Prozent) gibt als Grund zudem an, „damit sich im Alter jemand um mich kümmert“, wobei hier insbesondere ein Zusammenhang mit den älteren Jahrgängen festgestellt werden kann (Cramers $V = .421$, $p < 0.000$). Daneben spielt aber auch die Kostenreduktion für 41 Prozent der Bürgerinnen und Bürger eine Rolle, die jedoch eher Jüngere interessiert (Cramers $V = .39$, $p < 0.000$).¹⁷

Diese Befunde wurden auch in den Gruppendiskussionen mittels folgender These zu gemeinschaftliche Wohnformen aufgegriffen: „Für einige Menschen ist gemeinschaftliches Wohnen ist in der Jugend eine Option um Kosten zu sparen und in Gemeinschaft zu leben, im Alter um Vereinsamung und Versorgungsmangel zu entgehen.“ Einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer befürworten das gemeinschaftliche Wohnen als denkbare Alternative für das Wohnen im Alter. Dieses wird aus ihrer Sicht künftig auch deshalb eine große Rolle spielen, weil die heutige Jugendgeneration später vermutlich weniger Rente beziehen und deshalb stärker auf soziale Beziehungen zur Altersbetreuung angewiesen sein wird. Zudem sehen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in gemeinsamen Wohnformen Chancen, einer Vereinsamung durch das soziale Miteinander Gleichaltriger vorzubeugen und einem reglementierten Leben im Altersheim zu entgehen. Gerade die älteren Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer bemerken, dass Alten-WGs im Trend liegen.

Als nachteilig sehen sie es aber an, dass bislang nur wenige Angebote gemeinschaftlichen Wohnens existieren und man sich deshalb bereits frühzeitig darum kümmern muss, aber erst im vorangeschrittenen Lebensalter das Interesse daran entwickelt oder die Notwendigkeit erkennt. Auch in Bezug auf Formen des gemeinschaftlichen Wohnens wird die Erwartung an die Politik formuliert, stärker als bisher gemeinschaftliches Wohnen zu fördern.

Für die älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppendiskussionen ist vor allem das generationsübergreifende Wohnen wegen der gemischten Altersgruppen interessant, allerdings eher nicht mit den eigenen Nachkommen. Das Wohnen sollte sich um gemeinsame Interessen herum organisieren. Als Problem sehen sie jedoch die intergenerationale Kommunikation an, die häufig nur Wunsch, aber keine Realität ist. Für andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist die vermutete fehlende Trennung des Privaten und des Kollektiven das wesentliche Problem für gemeinschaftliches Wohnen. Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die im beruflichen Leben stehen, äußern eher den Wunsch, sich ins Private zurückziehen zu können, ohne sich den Zumutungen eines Kollektivs auszusetzen. Im Alter hingegen erwarten sie, den Rückhalt des Kollektivs, zum Beispiel im Fall von gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

In den Gruppendiskussionen sind hingegen die jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Meinung, dass für sie gemeinschaftliches Wohnen nicht nur wegen der geringeren Wohnkosten attraktiv ist, sondern vor allem auch wegen der Gemeinschaftlichkeit und der Vielfalt, die das Zusammenleben mit anderen bietet. Selbst mit einer eigenen Familie und Kindern können

¹⁷ Frage: Welche Gründe könnten hierfür eine Rolle spielen? Antwortmöglichkeiten: Um meine Kosten für Wohnung beziehungsweise Haus zu reduzieren (1), Um in Gemeinschaft zu leben (2), Damit sich im Alter Jemand um mich kümmert (3), Anderes (bitte nennen!).

sich die Jüngeren die Einbettung in eine solche Gemeinschaft vorstellen. Allerdings schätzen sie es als schwierig ein, ihre eigenen privaten Wünsche mit denen anderer Personen in Übereinstimmung zu bringen und hierfür gemeinsame Regeln zu finden.

Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage zum Handlungsfeld Wohnen machen deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger um die Umwelteffekte des Wohnens und die Einsicht in die Notwendigkeit, neue Wohn- und Siedlungsformen zu etablieren, wissen. Diese Einsichten haben jedoch kaum Einfluss auf die Handlungsbereitschaften oder Präferenzen der Menschen. Grund hierfür ist vermutlich die große Zufriedenheit mit den bestehenden Wohnverhältnissen. Eine starke Orientierungskraft im Bereich des Wohnens haben nach wie vor das eigene Haus und individuelle Kriterien. Gleichwohl finden bei einigen Bürgerinnen und Bürger nachhaltige Alternativen des Wohnens zunehmend an Akzeptanz.

3.4 Handlungsfeld Lebensmitteleinkauf

Der Lebensmitteleinkauf ist ein wichtiges Handlungsfeld im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Mit den Entscheidungen der Konsumentinnen und Konsumenten sind nicht nur persönliche und auf die eigene Gesundheit bezogene Auswirkungen verbunden, sondern auch globale, wenn zum Beispiel für die Herstellung von Soja für tierische Futtermittel großflächig Regenwälder abgeholzt werden. Der Lebensmitteleinkauf von Privathaushalten spielt darum eine große Rolle bei der Frage, wie das Alltagshandeln nachhaltiger gestaltet werden kann.

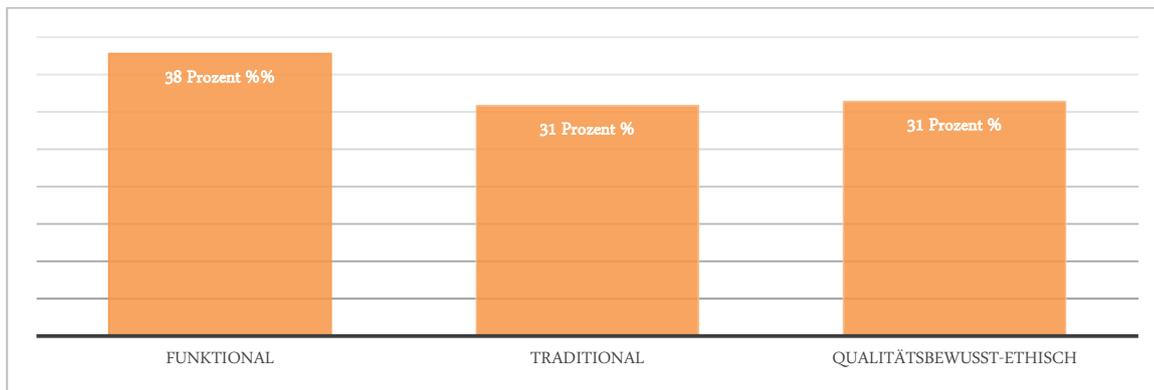
Nachhaltigkeitskriterien bei der Auswahl von Lebensmitteln

Der Rat für nachhaltige Entwicklung benennt in seiner Ratgeber-Broschüre „Der nachhaltige Warenkorb. Einfach besser einkaufen“ folgende Kriterien, die Konsumentinnen und Konsumenten beim Lebensmitteleinkauf beachten sollten (Rat für nachhaltige Entwicklung 2012). Hierzu zählen: Bio-Qualität, regionale Herkunft der Produkte, jahreszeitliche Produkte (Saisonalität), geringer Fleischverzehr, fair gehandelte Produkte sowie die Nutzung von Mehrwegverpackungen.

In der Bevölkerungsumfrage wurden in diesem Zusammenhang zunächst Fragen zum derzeitigen Kaufverhalten, den Gründen und zu Hindernissen einer nachhaltigeren Art des Lebensmitteleinkaufs gestellt. Mittels einer Faktoranalyse konnten Muster beim Lebensmitteleinkauf bestimmt werden, die nach verschiedenen Auswahlkriterien klassifiziert und auf die befragten Personen bezogen wurden.¹⁸ Auf diese Weise wurden drei Gruppen gebildet, die sich durch unterschiedliche Prioritäten beim Lebensmitteleinkauf leiten lassen (siehe Abbildung 3).

¹⁸ Die Frage hierzu lautete: Was ist Ihnen bei der Auswahl von Lebensmitteln besonders wichtig? Bitte wählen Sie von den Karten die drei wichtigsten aus! N=2.000 (Es wurden nicht von allen Befragten drei Karten gewählt, so dass es insgesamt nur 5.597 Nennungen gab.)

Abbildung 3: Unterschiedlich orientierte Gruppen beim Lebensmitteleinkauf (basierend auf rotierter Faktoranalyse Varimax mit Kaiser-Normalisierung, $p < 0.001$)



Funktional orientierte Lebensmittelkäuferinnen und -käufer richten sich bei ihren Entscheidungen vorrangig nach einer einfachen Zubereitung, dem niedrigen Preis und der langen Haltbarkeit der Produkte. Hierbei handelt es sich überdurchschnittlich um Jüngere bis 29 Jahre und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.000 und unter 2.000 Euro (44 Prozent im Vergleich zu 36 Prozent der Personen aller anderen Einkommensgruppen). Überwiegend sind dies Alleinstehende mit und ohne Kinder (47 Prozent im Vergleich zu 36 Prozent der Personen aller anderen Haushaltsformen) sowie Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau (42 Prozent im Vergleich zu 27 Prozent der Hochgebildeten).

Traditional orientierte Lebensmittelkäuferinnen und -käufer bevorzugen saisonale und regional hergestellte Produkte. Diese Gruppe wird überdurchschnittlich von Personen repräsentiert, die älter als 65 Jahre sind (38 Prozent im Vergleich zu 27 Prozent der Personen aller Altersgruppen) und in Paarhaushalten ohne Kinder leben (36 Prozent im Vergleich zu 27 Prozent der Personen aller anderen Haushaltsformen) und dabei über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab 2.000 Euro verfügen (34 Prozent im Vergleich zu 28 Prozent der Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro).

Der faire Handel, die Bio-Qualität wie auch die Freiheit von Zusatzstoffen sind für die qualitätsbewusst-ethisch orientierten Lebensmittelkäuferinnen und -käufer ausschlaggebend. Überdurchschnittlich häufig finden sich hier Personen mit hoher Bildung (41 Prozent im Vergleich 28 Prozent der Personen anderer Bildungsgruppen).

In der Gruppe der qualitätsbewusst-ethisch orientierten Lebensmittelkäuferinnen und -käufer finden sich auch die regelmäßigen Bio-Käuferinnen und -Käufer (insgesamt 11 Prozent)¹⁹, die sich eher durch eine hohe Bildung und einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro auszeichnen. Häufig handelt es sich dabei um Frauen. Den Bio-Käuferinnen und -Käufern gelten die Bio-Produkte als sicherer (77 Prozent), umweltfreundlicher (75 Prozent) und gesünder (82 Prozent) und besser im Geschmack (67 Prozent).²⁰

¹⁹ Frage: Wie häufig werden in Ihrem Haushalt Bio-Produkte eingekauft? Regelmäßig, Gelegentlich, Selten, Nie.

²⁰ Die Frage hierzu lautete: Warum werden in Ihrem Haushalt Bio-Produkte gekauft? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen. (Nur für Personen, die regelmäßig, gelegentlich oder selten Bio-Produkte kaufen). N=1.282

Diejenigen, die keine Bio-Lebensmittel kaufen (36 Prozent, N=718), sind überwiegend Alleinstehende ohne Kinder und Personen mit niedriger Bildung. Ihnen sind die Bio-Produkte zu teuer (91 Prozent). Außerdem aber misstrauen sie der damit verbundenen Umweltfreundlichkeit (83 Prozent).²¹

Vertrauen in die Qualität von Lebensmitteln

Ohne Vertrauen in alternative Produkte wird sich eine nachhaltigere Ernährung jedoch nicht durchsetzen können. Das Misstrauen gegenüber den Produktversprechen von Lebensmitteln ist jedoch allgemein verbreitet (siehe Tabelle 4). Fast 80 Prozent der Befragten fällt es schwer, an die Produktversprechen der Produkte ihrer Wahl zu glauben. Rund 60 Prozent finden die Angaben auf den Verpackungen schwer verständlich. Allerdings orientieren sich 46 Prozent beim Lebensmitteleinkauf an Gütesiegeln, wie dem EU-Bio-Siegel oder Regionalmarken. Produkte bekannter Hersteller oder Handelsketten kaufen vorrangig 51 Prozent der Befragten. So geben vor allem die traditionsorientierte Lebensmittelkäuferinnen und -käufer an, dass sie die Angaben auf den Lebensmitteln kompliziert und irreführend finden, weshalb sie sich an Gütesiegeln und Regionalmarken orientieren. Die qualitätsbewusst-ethischen Lebensmittelkäuferinnen und -käufer orientieren sich ebenfalls an Gütesiegeln und Regionalmarken sowie an Hersteller- und Handelsmarken.

Tabelle 4: Einstellungen zu Produktversprechen im Lebensmittelbereich (Angaben in Prozent der Befragten)

	Voll und ganz	Eher	Eher nicht	Überhaupt nicht
Es fällt mir schwer, den Produktversprechen der Lebensmittel zu glauben.	21	58	19	2
Die Angaben auf den Lebensmittelverpackungen sind schwer verständlich.	24	37	31	8
Ich orientiere mich beim Einkauf an den Gütesiegeln für Lebensmittel (wie EU-Bio-Siegel, Regionalmarken).	12	34	41	13
Ich kaufe vorrangig Markenprodukte, d. h. Produkte bekannter Hersteller oder Handelsketten.	8	43	38	11

Frage: Nun zurück zu Lebensmittel im Allgemeinen. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen für die von Ihnen gekauften Lebensmittel zu? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. N=2.000

²¹ Frage: Warum werden in Ihrem Haushalt keine Bio-Produkte gekauft? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen. (Nur für Personen, die nie Bio-Produkte kaufen). N=718

Auch in den Diskussionsgruppen wurde das Thema Vertrauen in die Qualität von Lebensmitteln und die Rolle von Labels und Gütesiegeln diskutiert. Da sich schon in der ersten Runde der Gruppendiskussionen eine gewisse Skepsis gegenüber Labels und Qualitätssiegel zeigte, wurde ein zweiter Stimulus zum Thema Skandale vorgelegt. Dieser nimmt Bezug auf ein zentrales Ergebnis der Bevölkerungsumfrage, nach dem Lebensmittel- und Umweltskandale ein entscheidender Anlass vieler Bürgerinnen und Bürger für Umorientierungen beim Lebensmittelkauf, nämlich dem verstärkten Kauf von Bio-Produkten, sind.

Die zwei vorgelegten Thesen lauteten wie folgt: (1) „Auf Lebensmitteln finden sich mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Label, Siegel und Hinweise. Wer diesen Angaben nicht oder weniger vertraut, für den zählen vor allem der Preis und die Haltbarkeit der Ware. Das Vertrauen dieser Käuferinnen und Käufer in das Produkt sinkt eher, wenn sie Labels auf der Packung sehen. Sie können mit diesen Informationen einfach nichts anfangen. Wer sich aber an Labels orientiert, schätzt vor allem faire und ökologische Produkte und fühlt sich in seinen Entscheidungen sicherer als andere Käufergruppen.“ (2) „Immer wieder liest oder hört man in den Nachrichten von Skandalen in der Produktion von Lebensmitteln, Mobiltelefonen oder Kleidungsstücken. Diese Skandale führen dazu, dass Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkaufen aufmerksamer und kritischer werden. In manchen Bereichen wie bei Lebensmitteln ist das leichter, in anderen wie Elektronik oder Kleidung aber eher schwierig.“

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Ergebnisse der Gruppendiskussionen zum Handlungsfeld Lebensmitteleinkauf diskutiert, das Thema Kleidung und dessen Herkunft – welches in der Umfrage keine Berücksichtigung fand – findet sich im Kapitel 3.6, das von den Erwartungen an die Politik handelt.

Auch in den Gruppendiskussionen wurde deutlich, dass viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Labels, Siegel oder Produktmarken im Lebensmittelbereich eher misstrauen. Sie unterstellen den Produkthanbietern auch häufig eine Täuschungsabsicht, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel mit vermeintlich einheimischer Ware in die Irre geführt werden. Herkunftsbezeichnungen im Produktnamen empfinden sie als unglaubwürdig, da sie Regionalität nur vortäuschen. Ein Misstrauen der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer wird vor allem durch Medienberichte über Produktionsskandale geschürt. Hiermit werden aus ihrer Sicht Unsicherheiten verbreitet.

Für die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer wirken Lebensmittelskandale vor allem enttäuschend. Für den Bio-Produktbereich trifft das ganz besonders zu, da die Verbraucherinnen und Verbraucher hier von höheren Auflagen und stärkeren Kontrollen ausgehen. Auch aufgrund der vergleichsweise höheren Preise erwarten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine bessere Qualität und eine höhere Sicherheit. Skandale, wie die um Bio-Eier, verstärken ein Misstrauen in Bio-Produkte und bestätigen die Skeptiker. Eine Ursache für derartige Skandale sehen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer darin, dass „Bio für Alle“ proklamiert wird, die Bio-Produktion aber nur über begrenzte Ressourcen verfügt.

Neben dem Vertrauensverlust beklagen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer einen Orientierungsverlust. Die Produkte sind mit Labels übersät, ohne dass für die Verbraucherinnen und Verbraucher erkennbar ist, was es damit auf sich hat. Labels und Siegel erfüllen aus ihrer Sicht die Orientierungsfunktion nicht mehr. Vielmehr sind sie für viele Verbraucherinnen und Verbraucher eine Zumutung oder gar Störung.

Labels und Siegel haben eine unterschiedliche Vertrauens- und Glaubwürdigkeit

Auch wenn die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer von einem Vertrauens- und Orientierungsverlust bezüglich Labels und Siegel berichten, sind sie mehrheitlich der Meinung, dass Labels und Siegel im Lebensmittelbereich doch nicht pauschal beurteilt werden können, sondern vielmehr hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Aussagekraft, Vertrauens- und Glaubwürdigkeit betrachtet werden müssen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren sich deshalb an ganz unterschiedlichen Kriterien, wie beispielsweise einer bestimmten Supermarktkette, der sie vertrauen, an Bio-Marken (wie Bioland und Demeter), oder verzichten auf bestimmte industriell gefertigte Produkte. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Labels und Siegels ist zudem vom Kontext, das heißt den Einkaufsstätten abhängig, in denen die Produkte angeboten werden. So ist auch zu verstehen, dass es einerseits einen Vertrauensverlust und eine damit einhergehende Verunsicherung gibt, andererseits Labels und Siegels trotzdem als Orientierung dienen.

Bei Produkten mit dem EU-Bio-Siegel, die nicht nur im Bio-Laden, sondern auch im konventionellen Supermarkt angeboten werden, bezweifeln die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer durchaus die Bio-Qualität: „Weiß man, ob das wirklich Bio ist?“. Dieses Misstrauen ist weit verbreitet, wie auch die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage zeigen. 78 Prozent der Nicht-Bio-Käuferinnen und -Käufer stimmen der Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu: „Ich kaufe keine Bio-Produkte, weil ich nicht weiß, ob wirklich Bio drin ist, wo Bio drauf steht“.

Den Kauf von Bio-Produkten im Bio-Laden schilderten einige der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer deshalb als eine Strategie, Sicherheit zu erlangen, indem sie diesen Läden vertrauen. Denn sie gehen davon aus, dass dort „die Ware in Ordnung ist“. Für diejenigen, die ihren gesamten Lebensmitteleinkauf im Bio-Laden erledigen, ist damit zusätzlich eine enorme Vereinfachung verbunden, da sie sich an keinem weiteren Kriterien als Bio-Qualität orientieren, die bereits durch die Einkaufsstätte vorgegeben ist. Der Kauf von Bio-Produkten wird von einer Minderheit der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer auch als politisches Statement verstanden, dass mit einem gutem Gefühl und einer Selbstbestätigung verbunden ist.

Personalvertrauen statt Systemvertrauen durch regionale Produkte und Anbieter

Als Alternative zu Labels, die eine Form des Systemvertrauens darstellen, bevorzugen einige Teilnehmerinnen und -teilnehmer der Gruppendiskussionen persönliche Kontakte zu Händlern, sei es in speziellen Läden oder auf dem Wochenmarkt, was als Personalvertrauen zu verstehen ist. Der Wochenmarkt ist für die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer auch wegen des „Erlebniswerts“ interessant. Hier kaufen sie eher die nicht-alltäglichen Lebensmittel, was sie auch mit den höheren Preisen begründen.

In diesem Zusammenhang sind die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer regionalen und frischen Produkten – im Unterschied zu global und industriell hergestellten sowie Convenience Produkten – gegenüber mehrheitlich positiv aufgeschlossen. Dennoch ist es ihrer Meinung nach schwierig, verlässliche Informationen zur Herkunft der Produkte oder überhaupt einen Zugang zu in Deutschland hergestellter Ware zu erhalten.

Für die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer in der ostdeutschen Kleinstadt stellt sich Vertrauen im Lebensmittelbereich auch über traditionelle Orientierungen her. Sie sind sich einig, dass die Aufmachung und Etikettierung von Produkten und vor allem Lebensmittel früher allgemein verständlicher waren. Früher, so glauben sie, war noch „alles Bio“. Produkte, an

deren Herstellungsprozess man selbst in irgendeiner Form beteiligt ist, wie zum Beispiel das eigene Obst zur Mosterei zu bringen, empfinden sie als vertrauenswürdig.

Auch in der Bevölkerungsumfrage wurde die regionale Herkunft der Produkte von einem Viertel der Befragten als eines von den drei wichtigsten Kriterien bei der Lebensmittel-auswahl bewertet.²² Vor allem die traditionsorientierten Lebensmitteleinkäuferinnen und -einkäufer legen besonderen Wert auf Regionalität. Interesse an regionalen Produkten zeigen sogar 81 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, wobei dies überdurchschnittlich häufig von Personen ab 50 Jahre geäußert wird.²³

Anlässe für Umorientierungen im Einkaufsverhalten

Bio-Lebensmittel, regionale und auch fair gehandelte Produkte werden bereits von vielen Verbraucherinnen und Verbraucher nachgefragt. Aber wie lässt sich diese Nachfrage steigern und was sind besondere Anlässe für eine Umorientierung im Einkaufsverhalten in Richtung einer nachhaltigeren Ernährung? Aus der sozial-ökologischen Forschung ist bekannt, dass bestimmte Lebensereignisse, wie die Geburt eines Kindes oder Krankheiten, durchaus Potenziale für eine Umorientierung aufweisen (Jaeger-Erben 2010, Schäfer/Jaeger-Erben 2012, Brunner 2007). Laut der Bevölkerungsumfrage sind Lebensmittel- oder Umweltskandale die am häufigsten genannten Auslöser (37 Prozent) für einen verstärkten Kauf von Bio-Produkten.²⁴ Dieser Anlass differenziert jedoch nicht nach dem Lebensalter der Befragten und wird somit von allen Altersgruppen genannt. Vor allem für qualitätsbewusst-ethische Lebensmitteleinkäuferinnen und -einkäufer sind Lebensmittel- und Umweltskandale Anlässe für eine Umorientierung ihres Einkaufsverhaltens.

Auch neue Einkaufsmöglichkeiten (14 Prozent) sowie die Geburt eines Kindes oder die Familiengründung (7 Prozent) waren für die befragten Bürgerinnen und Bürger entscheidende Anlässe für einen verstärkten Kauf von Bio-Produkten. Diese Anlässe werden überwiegend von Personen genannt, die in Familien mit Kindern leben und über ein höheres monatliches Haushaltsnettoeinkommen verfügen. Zu einem beträchtlichen Anteil sind es aber auch Alleinerziehende und Jüngere, die für Bio-Produkte auch Mehrkosten in Kauf nehmen. Oft werden Bio-Lebensmittel aber auch spontan oder je nach Angebot gekauft (20 Prozent). Gerade für Personen mit einem niedrigeren Bildungsniveau stellen die Angebote im Supermarkt einen wichti-

²² Die Frage hierzu lautete: Was ist Ihnen bei der Auswahl von Lebensmitteln besonders wichtig? Bitte wählen Sie von den Karten die drei wichtigsten aus! Kriterien: Hohe Qualität, Frische, regionale Herkunft, Saisonalität, fair gehandelte Produkte, frei von Zusatzstoffen, einfache Zubereitung, Preisgünstig, lange Haltbarkeit, Bio-Produkte.

²³ Die Frage hierzu lautete: Zu Lebensmitteln kann man unterschiedlicher Meinung sein. Sagen Sie mir, welcher Variante der folgenden Aussagen Sie voll und ganz oder eher zustimmen. Statement „Regionale Produkte sind interessant für mich.“ Die hier nicht angegebenen Anteile der Befragten haben der jeweiligen alternativen Aussagenvariante voll und ganz oder eher zugestimmt. Die alternative Aussage lautete: „Regionale Produkte sind uninteressant für mich.“

²⁴ Frage: Was war der konkrete Anlass, verstärkt Bio-Produkte zu kaufen? (Nur eine Nennung möglich) Mögliche Anlässe: Geburt eines Kindes/Familiengründung, Lebensmittel- oder Umweltskandale, Krankheit/gesundheitliche Probleme, Neue Einkaufsmöglichkeiten, Neue Angebote im Supermarkt, kein konkreter Anlass.

gen Anlass für einen verstärkten Kauf von Bio-Produkten dar (insgesamt 14 Prozent). Krankheiten und gesundheitliche Probleme als Anlässe werden überwiegend von älteren Personen ab 50 Jahre genannt.

Verbraucherinformationen und Aufgaben des Verbraucherschutzes

In den Gruppendiskussionen wurden weitere Themen, nämlich die der Verbraucherinformationen und des Verbraucherschutzes diskutiert. Ein Verbraucherverhalten, das sich an unterschiedlichen Kaufkriterien orientiert, um Vertrauen und Sicherheit zu erlangen, ist – da sind sich die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig – aufwendig. Es setzt voraus, dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher intensiv mit dem Thema befassen und informieren. Das betrifft nicht nur Labels, sondern auch Produktmarken und Anbieter. Einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer erwarten daher einfachere, das heißt schneller erfassbare, aber nicht unterkomplexe, Verbraucherinformationen, die die Einkaufsentscheidungen erleichtern. Eine entscheidende Verantwortung hierfür wird beim Staat gesehen.

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer der ostdeutschen Kleinstadt sind sich zudem einig, dass im Fall von Lebensmittelskandalen auch die Strafverfolgung der Schuldigen konsequenter betrieben werden muss. Vielmehr werden die Verbraucherinnen und Verbraucher im Unklaren über die Schuldigen gelassen, sodass sie auch keine Möglichkeit des gezielten Vermeidens betrügerischer Ware haben.

Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage im Bereich Lebensmitteleinkauf machen deutlich, dass auch hier ein hohes Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger vorherrscht, was am Kauf von Bio-Produkten deutlich wird, aber auch am Interesse an fair gehandelten und regionalen Produkten. Bei den Aussagen zur Kaufbereitschaft zeigt sich jedoch, dass der höhere Preis im Vergleich zu konventionellen Produkten eine wesentliche Barriere darstellt. Ein weiteres Hindernis stellt das Misstrauen hinsichtlich des Produktversprechens dar, das sehr hoch ist. Das wurde auch in den Gruppendiskussionen deutlich. Als Lösung erscheinen den Bürgerinnen und Bürgern vor allem Labels und Marken, die zusätzlich auf Personalvertrauen setzen. In diesem Zusammenhang kommt vor allem regionalen Produkten eine hohe Bedeutung zu. Gleichzeitig wünschen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher passgenauere Informationen, die die Einkaufsentscheidung erleichtern. Anlässe für Umorientierungen beim Lebensmitteleinkauf in Richtung einer nachhaltigeren Ernährung sind vor allem Lebensmittel- und Umweltskandale, aber auch biografische Ereignisse, wie die Gründung einer Familie oder die Geburt eines Kindes. Bio-Lebensmittel werden häufig aber auch spontan gekauft oder je nach Angebot im Supermarkt, was vor allem für Personen mit einem niedrigeren Bildungsniveau interessant ist.

3.5 Handlungsfeld Haushaltsorganisation

Der Konsum der Privathaushalte ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Eine nachhaltige Gestaltung der Haushaltstätigkeiten kann daher erheblich zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Ein sparsamer und effizienter Umgang mit Energie und Wasser sowie Mülltrennung und Abfallvermeidung sind alltägliche Gelegenheiten für umweltschonende Verhaltensweisen. Darüber hinaus gibt es aber auch Möglichkeiten, sein Geld in erneuerbare Energien anzulegen oder finanzielle Kompensationen für selbstverursachte Klimagase, zum Beispiel im Verkehr, zu leisten.

In der Bevölkerungsumfrage wurden die Bürgerinnen und Bürger deshalb zu ihren Gewohnheiten der Haushaltsführung gefragt. Dabei zeigt sich, dass es zwischen den beiden letzten Befragungen zum Umweltbewusstsein eine enorme Steigerung beim Bezug von Ökostrom gab, der 2010 bei 8 Prozent lag, im Jahr 2012 aber bei 20 Prozent. Ebenfalls erlangten Geldanlage in erneuerbare Energien (8 Prozent in 2010, 20 Prozent in 2012) und finanzieller Kompensationen für selbstverursachte Klimagase zunehmende Bedeutung (3 Prozent in 2010 und 9 Prozent in 2012).²⁵

Fasst man die verschiedenen umweltrelevanten alltäglichen Handlungen der Haushaltsführung zusammen²⁶, zeigt sich, dass diese überdurchschnittlich von hochgebildete Personen (69 Prozent im Vergleich zu 56 Prozent der Personen aller anderen Bildungsgruppen) und solchen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 2.000 Euro getätigt werden (66 Prozent im Vergleich zu 45 Prozent der Personen mit einem geringeren Haushaltsnettoeinkommen). Unterdurchschnittlich oft werden diese alltäglichen Handlungen von Jüngeren bis 29 Jahre, Alleinstehenden ohne Kinder und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro praktiziert.

Häufige Motive für umweltrelevante alltägliche Handlungen der Haushaltsführung, wie zum Beispiel einer sparsamen Art beim Wasser- und Energieverbrauch sowie den Heizkosten oder einer sorgsamen Art beim Umgang mit Müll, sind Kostenersparnis sowie Umweltschutz und Ressourcenschonung. Häufig wird auch darauf hingewiesen, dass diese Verhaltensweisen erlernt wurden, was sich mit den Äußerungen in beiden Runden der Gruppendiskussionen deckt (siehe Tabelle 5 und 6).

²⁵ Welche der folgenden Maßnahmen praktizieren Sie in Ihrem Haushalt? Bitte antworten Sie mit Ja oder Nein. N=2.000. Maßnahmen u. a.: „Ich beziehe Ökostrom.“, „Ich lege Geld in erneuerbare Energien an, z. B. Anteile an Anlagen, Fonds.“, „Ich leiste finanzielle Kompensationen (Ausgleichszahlungen) für die selbstverursachten Klimagase, z. B. im Verkehr.“

²⁶ Hierzu wurde ein Summenindex aller abgefragten Maßnahmen berechnet.

Tabelle 5: Gründe für eine sparsame Art der Haushaltsführung beim Wasser- und Energieverbrauch sowie den Heizkosten (Angaben in Prozent derjenigen, die angegeben haben, dass sie hierauf achten)

„Ich achte darauf, weil ...“	Voll und ganz	Eher	Eher nicht	Überhaupt nicht
... ich das so gelernt habe.	25	47	22	6
... ich dadurch meine Ausgaben verringern will.	60	33	6	1
... Energie und Wasser wertvolle Ressourcen sind.	36	46	17	1
... ich so zum Umweltschutz beitrage.	31	51	17	1

Frage: Warum achten Sie auf einen geringen Wasser-, Energieverbrauch und/oder geringe Heizkosten? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen. N=1.770

Tabelle 6: Gründe für eine sorgsame Art der Haushaltsführung beim Umgang mit Müll (Angaben in Prozent derjenigen, die angegeben hatten, dass sie getrennt sammeln und auf Müllvermeidung achten)

„Ich achte darauf, weil ...“	Voll und ganz	Eher	Eher nicht	Überhaupt nicht
... es in meinem Elternhaus so gemacht wurde.	18	41	27	14
... ich damit Kosten spare.	36	37	21	6
... Müll ein wiederverwertbarer Wertstoff ist.	33	47	18	2
... ich so zum Umweltschutz beitrage.	31	50	17	2

Frage: Warum achten Sie darauf, Ihren Müll zu trennen oder zu vermeiden? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen. N=1.684

Auch in der zweiten Runde der Gruppendiskussionen wurden Motive und Gründe für eine umweltverträgliche Haushaltsführung diskutiert. Hierzu wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der folgende Diskussionsstimulus vorgelegt: „Im eigenen Haushalt hat Strom- und Wassersparen für viele Menschen eine hohe Bedeutung. Immer wichtiger wird es für viele aber auch, auf Ökostrom umzusteigen und sein Geld ökologisch anzulegen. Manche zahlen auch zusätzliche Gebühren als Kompensation für die Klimagase, die durch ihr Verhalten ausgestoßen werden, etwa bei Flugreisen.“

Gründe für und gegen Ökostrom

Einige der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer bestätigten, dass zu ihren nachhaltigen Haushaltspraktiken heute bereits der Bezug von Ökostrom gehöre. Als Motiv für ihr Verhalten

spielt die eigene Gewissensberuhigung eine zentrale Rolle. Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer verstehen es zudem als Kritik an der atomaren Stromerzeugung oder als eine Überzeugungstat. Jüngere, studentische Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer verfolgen hiermit die Absicht, unabhängig von den großen deutschen Stromanbietern zu sein. Auch die Entscheidung jedes Einzelnen für Ökostrom sei wichtig, denn damit werde der Ausbau erneuerbarer Energien befördert. Befürworterinnen und Befürworter von Atomstrom betonen hingegen die günstigeren Preise und üben Kritik der Strompreisentwicklung durch die Subvention erneuerbarer Energien. Ihrer Meinung nach ist der Bezug von Ökostrom keine alltagsrelevante Option für Privathaushalte.

Auch diejenigen, die Ökostrom beziehen, merken hierzu kritische Aspekte an, so zum Beispiel, dass hiermit lediglich umwelt- und nachhaltigkeitsbewusste Kunden-Gruppen angesprochen werden und Nachhaltigkeit seitens der Anbieter häufig als Marketingstrategie gesehen wird. Die jungen Studierenden sind der Meinung, dass das Image des Ökostroms durch die gesellschaftliche Diskussion um Preissteigerungen beschädigt werde und die Skeptiker bestärke. Dabei werden ihrer Meinung nach die tatsächlichen Kosten des Atomausstiegs verschwiegen und dem Ökostrom angelastet. Als interessante Konkurrenz für Energiekonzerne sehen die Studierenden bürgerschaftliche Energieprojekte an. Gleichwohl beurteilen sie ihre Chancen für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz skeptisch.

Barrieren für den Bezug von Ökostrom

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die sich den Bezug von Ökostrom perspektivisch vorstellen können, schreckte bislang der mit dem Wechsel verbundene Aufwand ab. Eine weitere Barriere ist für viele der aus ihrer Sicht schwer nachvollziehbare Tatbestand, dass, wenn man Ökostrom kauft, man unter Umständen doch Atomstrom geliefert bekomme, weil es hierbei lediglich um die Einspeisemengen gehe. Dies verunsichert die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, wenn sie Strom kaufen, den sie dann nicht geliefert bekommen. Sie äußern Skepsis, ob die Angaben der Anbieter auch wirklich stimmen würden.

Eine weitere Barriere für den Bezug von Ökostrom stellt für viele Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer der nach ihrer Ansicht höhere Preis dar. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen scheinen der Mehrzahl der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer nachhaltigkeitsrelevante Alltagspraktiken nur möglich, wenn sie sich finanziell auch auszahlen. Andere sind hingegen der Meinung, dass gesellschaftliche Anerkennung höher bewertet wird als Geld. Nachhaltigkeitsrelevante Alltagspraktiken, wie der Bezug von Ökostrom, würden bislang zu wenig in der Öffentlichkeit verhandelt und anerkannt. Hier wird ein wesentlicher Beitrag der Medien gesehen.

Für einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist es schwierig, ihren Bezug von Ökostrom zu begründen, wenn sie allgemein eine fehlende Akzeptanz von Ökostrom in der Gesellschaft empfinden. Auch für sie war die Entscheidung für Ökostrom teilweise nicht leicht, da der Strommarkt insgesamt undurchsichtig sei und die Relevanz und Folgen des eigenen Handelns schwer einschätzbar seien. Sie empfehlen deshalb gezielte Kampagnen für Ökostrom.

Zufriedenheit mit der Art der Haushaltsführung

Die diskutierten Barrieren spiegeln sich auch in den Antworten der Befragten der Bevölkerungsumfrage zur Beurteilung ihrer Art der Haushaltsführung wieder. Mit einer Frage gaben sie Auskunft darüber, inwieweit sie zufrieden oder unzufrieden mit ihrer Art der Haushaltsführung sind.²⁷ Den Verbrauch von Strom und Wasser gering zu halten, gelingt 51 Prozent. In Bezug auf die Heizkosten sind 65 Prozent der Befragten davon überzeugt. Zufrieden mit ihrer Mülltrennung sind 72 Prozent und 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger reduzieren den Müll auf das Notwendigste.

Alles in allem sind 61 Prozent der Befragten mit ihrer Art der Haushaltsführung eher zufrieden.²⁸ Voll und ganz zufrieden sind 14 Prozent. Ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger ist eher nicht zufrieden. Personen, die mit ihrer Haushaltsführung voll und ganz zufrieden sind, verfügen mehrheitlich über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro (24 Prozent im Unterschied zu 10 Prozent der Personen anderer Einkommensgruppen). Zu ihnen zählen ebenfalls Hochgebildete (24 Prozent im Unterschied zu 10 Prozent der Personen anderer Bildungsgruppen), die im Partnerhaushalt ohne Kinder leben.

Die eher Unzufriedenen machen immerhin ein Viertel der Befragten aus. Dabei handelt es sich überdurchschnittlich häufig um Jüngere bis 29 Jahre (34 Prozent im Unterschied zu 22 Prozent der Personen anderer Altersgruppen), Personen mit niedriger formaler Bildung (29 Prozent im Unterschied zu 22 Prozent der Personen aller anderen Bildungsgruppen) und solchen in Partnerhaushalten mit Kindern (30 Prozent im Vergleich zu 22 Prozent der Personen aller anderen Haushaltstypen).

Hierbei fällt auf, dass die besser gestellten sozialen Milieus zufriedener mit ihrer Art der Haushaltsführung sind als Menschen, die aufgrund ihrer ungünstigen sozialen Lage, also ihrem geringeren Ausstattungsgrad, den niedrigeren Einkommen und kleineren Wohnungen, in der Regel weniger Umweltbelastungen verursachen als Gutsituierte. Damit zeigt sich erneut das Spannungsverhältnis von Umwelt und Gerechtigkeit, das schon in den früheren Umweltbewusstseinsumfragen zum Thema wurde.

Kompensationszahlungen für Klimagase

In der Bevölkerungsumfrage wird deutlich, dass Kompensationszahlungen für selbstverursachte Klimagase, zum Beispiel im Verkehr, zwar einen eher geringen doch zunehmenden Zuspruch erfahren, wie die Steigerung von 3 Prozent (2010) auf 9 Prozent im Jahre 2012 der Befragten zeigt. In den Gruppendiskussionen diskutierten die Teilnehmerinnen und -teilnehmer auch über finanzielle Kompensationen. Bisher haben von ihnen nur wenige Kompensationszahlungen geleistet. Deren Sinn wird von einigen vor allem in der Beruhigung des Gewissens gesehen, auch wenn einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer gar nicht wissen oder es auch nicht wissen wollen, was mit dem Geld passiert. Andere wollen das jedoch erfahren, um über rationale Gründe für die Zahlung zu verfügen. Für weitere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer gilt die Kompensationszahlung als eine Spende für den Umweltschutz. Als

²⁷ Die Frage hierzu lautete: „Alles in allem, wie beurteilen Sie Ihre Art der Haushaltsführung? Bitte sagen Sie für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zutreffen.“

²⁸ Zusammenfassung der Beurteilungskriterien: „Mir gelingt es kaum, den Verbrauch von Strom und Wasser gering zu halten.“, „Mir gelingt es gut, meine Heizkosten gering zu halten.“, Mülltrennung finde ich einfach zu erledigen.“, „Ich habe meinen Müll auf das Notwendigste reduziert.“ N=1.986

problematisch erachten sie es allerdings, dass nicht öfter auf das Fliegen ganz verzichtet wird. Damit habe dieses Instrument tendenziell negative Folgen. Viele Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer kennen hingegen die Möglichkeit der Kompensationszahlungen gar nicht. Die Unwissenheit zu diesem Thema führt bei einigen von ihnen dazu, die Sinnhaftigkeit von Kompensationen in Frage zu stellen und entsprechende Effekte zu bezweifeln. In diesem Zusammenhang kommt bei einigen auch grundsätzlicher Zweifel auf, ob man derartigen Angeboten überhaupt trauen kann beziehungsweise ob die entsprechenden Anbieter geprüft werden.

Anlässe für eine nachhaltigere Art der Haushaltsführung

Neben der Bewertung der gegenwärtigen Art der Haushaltsführung wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Bevölkerungsumfrage auch danach gefragt, welche konkreten Anlässe es gab, stärker als bisher auf nachhaltige Aspekte der Haushaltsführung, wie zum Beispiel einen geringen Wasser- und Energieverbrauch, die Reduzierung von Heizkosten und Mülltrennung sowie -vermeidung zu achten (siehe Tabelle 7).

Eine nachhaltige Art der Haushaltsführung beruht am häufigsten auf der Absicht des Sparens. Das trifft für 46 Prozent der Bürgerinnen und Bürger beim Verbrauch von Wasser, Strom und Heizung als auch für 24 Prozent der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit Müll zu. Andere wichtige Anlässe sind die Gründung eines eigenen Haushalts (jeweils 13 Prozent) und neue Verordnungen zur Mülltrennung (22 Prozent). Auch die Vorbildwirkung anderer spielt eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für eine nachhaltigere Organisation der Haushaltsführung (jeweils 11 Prozent).

Tabelle 7: Anlässe, auf nachhaltige Aspekte der Haushaltsführung zu achten (Angaben in Prozent derjenigen, die hierauf achten)

Anlässe	Wasser-, Stromverbrauch und Heizkosten (N=1.770)	Umgang mit Müll (N=1.684)
Ich begann einen eigenen Haushalt zu führen.	13	13
Mich hat die Art des Haushaltens bei anderen überzeugt.	11	11
Ich wollte meine Haushaltskasse entlasten.	46	24
Neue Haushaltsgeräte boten die Sparmöglichkeiten an.	7	4
Neue Verordnungen zur Mülltrennung erforderten das.	--	22
In den Medien habe ich erfahren, dass die Privathaushalte durch ...		
- ihren Wasser- und Stromverbrauch sowie die Heizung	9	--
- ihr Müllaufkommen	--	9
... hohe Umweltbelastungen verursachen.		
Anderes	1	1
Es gab keinen konkreten Anlass.	13	17

Fragen: Was war der konkrete Anlass dafür, dass Sie verstärkt auf einen geringen Wasser-, Stromverbrauch und/oder geringe Heizkosten achten? (Nennung des wichtigsten Grundes!), N=1.770. Was war der konkrete Anlass dafür, dass Sie verstärkt auf Mülltrennung oder -vermeidung achten? (Nennung des wichtigsten Grundes!), N=1.684.

Neue Haushaltsgeräte, die Sparmöglichkeiten anbieten, spielen als Anlass für etwa 10 Prozent der Personen mit einem hohen Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro eine Rolle und damit mehr als bei den unteren Einkommensgruppen. Weniger begüterte Milieus, die am meisten unter Sparzwang stehen, können sich diese neuen Geräte oft nicht leisten. Erwartungsgemäß geben vor allem Jüngere die Gründung eines eigenen Haushalts mit 23 Prozent am häufigsten als Grund für eine nachhaltigere Haushaltsführung an.

Verordnungen zur Mülltrennung werden hingegen von einem Viertel der Älteren ab 50 Jahren als ein Anlass zur Umstellung der häuslichen Praktiken angegeben. Für die Jüngeren ist die Mülltrennung und -vermeidung hingegen selbstverständlicher. Das zeigten schon die Ergebnisse der ersten Gruppendiskussionen. Mit zunehmender Bildung spielen das Sparmotiv und Verordnungen als Anlässe für eine nachhaltigere Haushaltsführung eine geringere Rolle.

Dafür aber erlangen für etwa 14 Prozent der Höhergebildeten (und damit mehr als für andere) die Medienberichte anteilig einen höheren Stellenwert.

Neben den abgefragten Anlässen für eine stärkere Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte der Haushaltsführung (siehe Tabelle 7) wurde auch geprüft, ob die geäußerte Unzufriedenheit mit der Art der Haushaltsführung bei 25 Prozent der Befragten ein Potenzial für Veränderungen darstellt. Bezieht man die Unzufriedenheit auf die Einschätzung einer zukünftigen zunehmenden Bedeutung nachhaltiger Maßnahmen der Haushaltsführung, zeigt sich in den Antworten der Bevölkerungsumfrage nur ein geringer Zusammenhang (Cramers $V = .205$, $p < 0.000$).²⁹ Vielmehr motiviert umgekehrt die Zufriedenheit mit der Haushaltsführung dazu, (noch) mehr Anstrengungen in Richtung einer nachhaltigeren Haushaltsführung zu unternehmen oder die Bedeutung der vorgeschlagenen Handlungen als gleichbleibend einzuschätzen. Vor allem Hochgebildete (14 Prozent im Vergleich zu 11 Prozent der Personen aller anderen Bildungsgruppen) und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr meinen (19 Prozent im Vergleich zu 8 Prozent der Personen aller anderen Einkommensgruppen), dass die nachhaltigkeitsorientierten Maßnahmen im eigenen Haushalt zukünftig an Bedeutung zunehmen.

Leihen und Mieten als nachhaltige Alternative zum Kaufen und Besitzen

Mit Angeboten des „Nutzen statt Besitzens“ von Gebrauchsgegenständen kann durch den geringeren Ressourcenverbrauch und höhere Nutzungsgrade ein positiver Beitrag zur Umweltbilanz geleistet werden. Sie brechen jedoch mit bislang üblichen Vorstellungen von Eigentum und Besitz und sind deshalb nicht für alle Bürgerinnen und Bürger von Interesse. Laut Bevölkerungsumfrage finden immerhin mehr als die Hälfte der Befragten Miet- und Ausleihangebote für Gebrauchsgegenstände sehr oder eher attraktiv (60 Prozent).³⁰ Zu den Interessierten zählen vor allem die Hochgebildeten (66 Prozent im Unterschied zu 58 Prozent der Personen aller anderen Bildungsgruppen) und Personen zwischen 30 und 49 Jahre (65 Prozent im Unterschied zu 58 Prozent der Personen aller anderen Altersgruppen). Weniger oder kein Interesse an diesen Mietangeboten haben weniger Gebildete (42 Prozent im Vergleich zu 38 Prozent der Personen aller anderen Bildungsgruppen) und Ältere über 65 Jahre (48 Prozent im Vergleich zu 38 Prozent der Personen aller anderen Altersgruppen). Diese Unterschiede machen deutlich, dass vor allem für sozial benachteiligte Milieus Eigentum und Besitz eine wichtige Rolle spielen.

²⁹ Die Frage hierzu lautete: Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwiefern diese zukünftig für Ihre Haushaltsführung bedeutsam sind, das heißt nimmt die Bedeutung zu, bleibt sie gleich oder wird die Bedeutung geringer oder hat sie gar keine Bedeutung für Sie? $N=2.000$. Die verschiedenen nachhaltigen Handlungen der Haushaltsführung wurden zu einem Summenindex zusammengefasst. Hierzu zählen: Bezug von Ökostrom, Abfälle getrennt zu halten und in den entsprechenden Müllsystemen getrennt abzugeben, Abschalten gerade nicht benötigter Geräte und Lichtquellen, Kauf energieeffizienter Geräte, Geldanlagen in erneuerbare Energien, z. B. Anteile an Anlagen, Fonds; Finanzielle Kompensationen (Ausgleichszahlungen) leisten für die selbst verursachten Klimagase, z. B. im Verkehr.

³⁰ Frage: Angenommen in Ihrem näheren Wohnumfeld gäbe es die Möglichkeit, Gegenstände, die Sie in Ihrem Alltag nicht ständig brauchen, (z. B. elektrische Haushaltsgeräte, Gartengeräte oder Renovierungstools), gegen Gebühr zu leihen. Wie attraktiv fänden Sie es, solche Gegenstände zu leihen oder gemeinschaftlich zu nutzen, statt diese zu kaufen oder selbst zu besitzen? $N=2.000$

Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage machen eine hohe Sensibilität der Befragten für die Umweltsrelevanz im Bereich der Haushaltsorganisation deutlich. Dabei ist das Sparmotiv zentral. Innovationspotenziale für eine nachhaltigere Art der Haushaltsführung sind vor allem bei höher Gebildeten und Personen mit höheren Haushaltsnettoeinkommen festzustellen. Nachhaltige Alternativen, wie der Bezug von Ökostrom, finden eine zunehmende Akzeptanz. Hierbei müssen jedoch zukünftig noch stärker gesellschaftliche Barrieren, wie der Preis, eine beklagte geringe Akzeptanz in der Bevölkerung und ein mangelndes Verständnis für die Funktionsweise des Strommarktes berücksichtigt werden. Auch Möglichkeiten des „Nutzens statt Besitzens“ finden ein zunehmendes Interesse. Für diejenigen, die mit ihrer Art der eigenen Haushaltsführung unzufrieden sind, müssen nachhaltige Maßnahmen zukünftig plausibel als Lösungen für dieses Problem dargestellt werden. Hierbei sollten Motivallianzen mit dem Sparmotiv berücksichtigt werden.

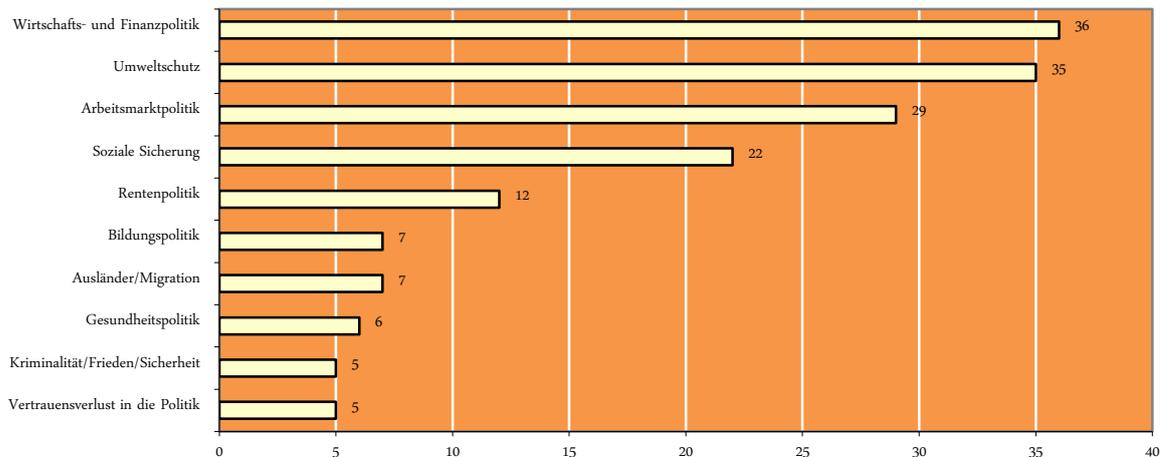
3.6 Bewertung der Umweltpolitik und der Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

Neben den Handlungsfeldern und den Veränderungspotenzialen der Bürgerinnen und Bürger, ist ein zentrales Thema der Umweltbewusstseinsstudie die Umweltpolitik. Es interessieren vor allem die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zum Engagement der Bundesregierung für den Umweltschutz sowie ihre Zufriedenheit mit der aktuellen Umweltpolitik. Hierzu sollen im Folgenden zunächst zentrale Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage vorgestellt werden, bevor dann im Anschluss die Ergebnisse der Gruppendiskussionen präsentiert werden.

Umweltschutz als politisches Thema

Wie in den Vorjahren wurden die Bürgerinnen und Bürger mit einer offenen Frage ohne Vorgaben danach gefragt, welches ihrer Meinung nach das wichtigste Problem ist, dem sich unser Land heute gegenüber sieht. Die Interviewerinnen und Interviewer notierten nur die ersten zwei Nennungen. 35 Prozent der Befragten nannten darunter Probleme des Umweltschutzes. Häufiger werden von 36 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nur Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik genannt (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Rangliste politischer Aufgabenfelder (Angaben in Prozent der Befragten)



Frage: Was, glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenüber sieht? (Notiert wurde die erste und zweite Nennung bei offener Fragestellung, N=2.000. Insgesamt wurden 3.705 Nennungen abgegeben)

Offene Fragen dieser Art müssen bei der Auswertung kategorisiert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich Themenstellungen und Begriffe im Laufe der Zeit ändern. Bei der Zuordnung von Nennungen zu Kategorien besteht daher ein gewisser Interpretationsspielraum.

Umweltprobleme werden häufiger von Hochgebildeten (44 Prozent im Vergleich zu 31 Prozent der Personen aller anderen Bildungsgruppen) sowie von Personen, die in einem Partnerhaushalt ohne Kinder leben (42 Prozent im Vergleich zu 34 Prozent der Personen in allen anderen Lebenssituationen), genannt.

Einschätzung des Engagements der Bundesregierung für den Umweltschutz

Wie die im Sommer 2012 vom Bundesamt für Naturschutz vorgelegte Studie „Naturbewusstsein 2011“ gezeigt hat (BfN/BMU 2012), stimmt eine große Mehrheit der Bevölkerung dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu. Auch in den früheren Umweltbewusstseinsstudien haben sich nur knapp 15 Prozent der Befragten grundsätzlich skeptisch über politische Maßnahmen zur Förderung von Energieeinsparung geäußert. In der Öffentlichkeit wird aber auch diskutiert, dass die Energiewende erhebliche Veränderungen von Natur und Landschaft mit sich führen kann, wenn Windenergie- und Solaranlagen errichtet oder vermehrt Energiepflanzen wie Mais und Raps angebaut werden. Diesbezüglich hat die Naturbewusstseinsstudie ergeben, dass diese Nebenfolgen keinen Rückgang der allgemeinen Akzeptanz der Energiewende bedeuten, selbst wenn bis zu 60 Prozent der dort Befragten dem Bau von Hochspannungsleitungen und einer vermehrten (energie-)wirtschaftlichen Nutzung von Feldern und Wäldern durchaus kritisch gegenüber stehen.

Die Umweltbewusstseinsstudie 2012 belegt, dass eine offene Diskussion unvermeidbarer Zielkonflikte gerade nicht dazu führt, dass umweltpolitische Anliegen insgesamt an Bedeutung verlieren – eher im Gegenteil: Fast zwei Drittel der Bevölkerung (64 Prozent) fordern noch mehr aktives Handeln von der Bundesregierung für den Umweltschutz. Eine Verringerung von Umweltschutzbemühungen verlangt nur eine kleine, wenngleich im Zeitverlauf größer werdende Minderheit der Befragten (6 Prozent). Im Zeitvergleich seit 2008 ist die Forderung nach einem höheren Engagement der Bundesregierung stetig gestiegen (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Engagement der Bundesregierung für den Umweltschutz im Zeitvergleich (Angaben in Prozent der Befragten)

	2000	2002	2004	2006	2008	2010	2012
... soll mehr für den Umweltschutz tun	73	65	63	70	56	62	64
...soll weniger für den Umweltschutz tun	2	3	3	2	7	6	6
...ist so richtig, wie es derzeit ist	25	32	34	28	36	32	30

Frage: Wenn Sie die Politik der Bundesregierung bewerten, soll die Regierung Ihrer Meinung nach insgesamt mehr für den Umweltschutz tun, weniger für den Umweltschutz tun, oder ist es so richtig, wie es derzeit ist? N=2.000 (2012)

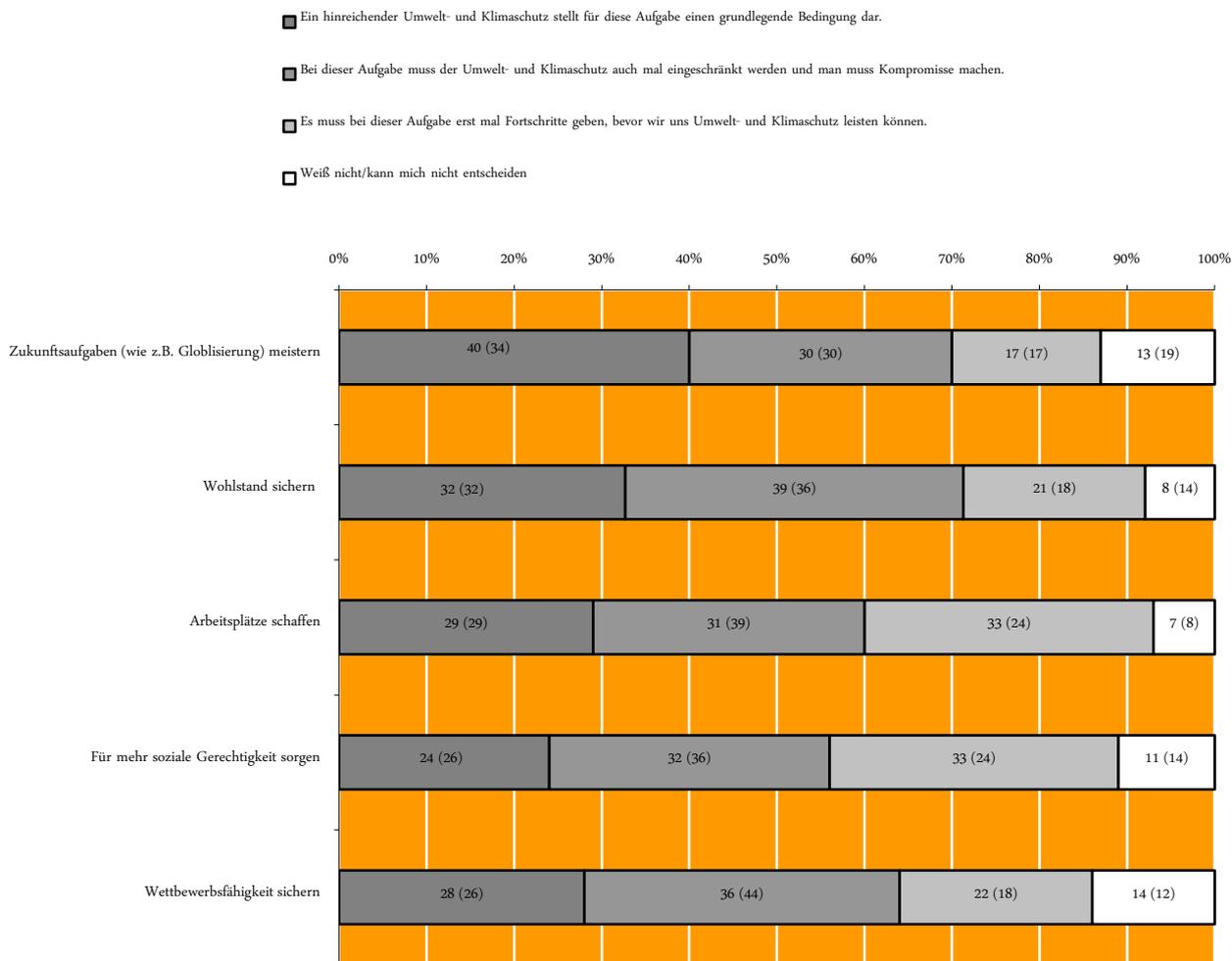
Vor allem höher Gebildete (74 Prozent im Vergleich zu 60 Prozent der Personen anderer Bildungsgruppen), Frauen (66 Prozent im Vergleich zu 62 Prozent Männer) und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro (75 Prozent im Vergleich zu 62 Prozent der Personen aller anderen Einkommensgruppen) fordern ein höheres Engagement von der Bundesregierung für den Umweltschutz. Mit dem Engagement sind eher die Befragten mit einem niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss (34 beziehungsweise 32 Prozent im Vergleich zu 22 Prozent der Personen mit hoher Bildung), Ältere ab 65 Jahren (35 Prozent im Vergleich zu 29 Prozent der Personen aller anderen Altersgruppen) und Personen, die in mittelgroßen Städten wohnen, zufrieden.

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor der Meinung ist, dass die drängenden Umweltprobleme unserer Zeit nicht ohne ein stärkeres Engagement der Bundesregierung zu lösen sind. Diesbezüglich haben auch die Gruppendiskussionen im Vorfeld der Repräsentativbefragung gezeigt, dass der Bundesregierung eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Umweltpolitik beigemessen wird. Das höhere Engagement der Bundesregierung wird nicht zuletzt deshalb als besonders wichtig angesehen, um das eigene Engagement zu motivieren und eine persönliche Verhaltensänderung zu unterstützen.

Umwelt- und Klimaschutz in Verbindung mit anderen politischen Aufgabenbereichen

Da es zwischen der Umweltpolitik und anderen politischen Aufgabenbereichen zu Zielkonflikten kommen kann, interessierte in der Bevölkerungsumfrage auch die Einschätzung der Beziehung zwischen Umweltpolitik und anderen Politikfeldern (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: **Priorität politischer Aufgabenbereiche** (Angaben in Prozent der Befragten, in Klammern die Werte aus der Studie im Jahre 2010)



Frage: Ich gebe Ihnen nun eine Liste mit wichtigen politischen Aufgaben. Welche Rolle spielt nach Ihrer Meinung der Umwelt- und Klimaschutz im Hinblick auf diese Aufgaben? Dazu gebe ich Ihnen drei Karten. Sie enthalten verschiedene Bewertungen über die Verbindung des Umwelt- und Klimaschutzes zu den jeweiligen Aufgaben. Bitte ordnen Sie jeder Aufgabe auf der Liste eine Karte zu. N=2.000 (2012)

Im Vergleich der Befunde mit denen von 2010 zeigen sich einige nicht sehr große, aber interessante Veränderungen hinsichtlich der Akzentsetzungen der Bürgerinnen und Bürger. So wird dem Umwelt- und Klimaschutz in der Bevölkerung 2012 eine noch größere Bedeutung bei der Bewältigung allgemeiner Zukunftsaufgaben beigemessen. Demgegenüber hat die Sorge um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit zu einem deutlichen Anstieg des Anteils derjenigen Befragten geführt, die den Umwelt- und Klimaschutz zurückstellen wollen, bis in diesen Problembereichen Fortschritte zu erkennen sind.

Hinsichtlich Alter und Geschlecht der Befragten lassen sich keine Unterschiede bei der Bewertung des Stellenwertes politischer Aufgaben feststellen. Gutgebildete und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro nennen häufiger als andere einen hinreichenden Umwelt- und Klimaschutz als grundlegende Bedingung für die anderen genannten politischen Aufgaben. Menschen mit geringer Formalbildung wählen besonders häufig die Ka-

tegorie „weiß nicht/kann mich nicht entscheiden“, wenn sie die Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes beurteilen sollen.

Bewertung des Klimaschutz-Engagements der Politik

Um die Folgen des Klimawandels bewältigen zu können, ist das Engagement verschiedener Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft notwendig. Wie bei den Befragungen 2008 und 2010 zeigten sich die Befragten auch in diesem Jahr vor allem mit dem Engagement der Umweltverbände zufrieden („genug“ oder „eher genug“). In Bezug auf die anderen Akteure sind die Einschätzungen während der letzten Jahre ebenfalls stabil geblieben (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Klimaschutz-Engagement verschiedener Akteure im Zeitvergleich (Angaben in Prozent der Befragten)

	2008				2010				2012			
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
Umweltverbände	21	49	24	7	24	47	24	5	22	55	19	4
Städte/Gemeinden	13	39	38	10	9	38	45	8	9	41	43	7
Bundesregierung	11	38	39	12	8	30	48	14	7	39	44	10
Bürger/innen	11	33	45	11	11	35	44	10	11	40	37	12
Industrie	3	14	39	44	2	9	41	48	1	13	40	46

Skala: 1 - genug, 2 - eher genug, 3 - eher nicht genug, 4 - nicht genug, Frage: Wird von den genannten Akteuren in Deutschland genug für den Klimaschutz getan? N=2.000 (2012)

Bei der Bewertung des Klimaschutz-Engagements der Bundesregierung ist nach dem Rückgang in 2010 im Bevölkerungsdurchschnitt wieder eine höhere Zufriedenheit festzustellen (2008: 49 Prozent, 2010: 38 Prozent, 2012: 46 Prozent).

Unzufrieden mit dem Klimaschutzengagement der Bundesregierung sind viele Frauen (57 Prozent) sowie Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro (56 Prozent im Vergleich zu 43 Prozent der Personen aller anderen Einkommensgruppen). Personen mit einem hohen Bildungsabschluss schätzen zusätzlich noch mehr als andere das Klimaschutzengagement der Industrie als ungenügend ein. Das Klimaschutzengagement der Industrie wird auch im Bevölkerungsdurchschnitt von einer überwältigenden Mehrheit (86 Prozent) als ungenügend eingeschätzt.

Bei der Beurteilung des Engagements der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure lassen sich keine Altersunterschiede feststellen. Die mitunter in Medien und Öffentlichkeit geäußerte Ansicht, dass jüngere Menschen in Bezug auf die Beurteilung von Umweltschutzengagement besonders kritisch seien, findet in den Daten keine Bestätigung.

Vereinbarkeit von Umweltschutz mit sozialen und wirtschaftlichen Belangen

Auch in den Gruppendiskussionen wurde über die Erwartungen an die Bundesregierung beim Umweltschutz in Verbindung mit anderen politischen Aufgaben debattiert. Dazu wurde den Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmern der folgende Stimulus vorgelegt: „Eine Mehrheit ist der Meinung, dass die Bundesregierung mehr für den Umweltschutz tun soll. Wichtiger ist es jedoch, dass sie sich um die Sicherung von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit kümmert.“

Dazu gehören auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.“

Das Verhältnis von Ökologie beziehungsweise Umweltschutz, Sicherung von Wohlstand und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bestimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Gruppendiskussionen unterschiedlich. So war „soziale Gerechtigkeit“ ein zentrales Thema der Gruppendiskussion in der ostdeutschen Kleinstadt, worunter die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer vor allem die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen verstehen.

Andere thematisierten vor allem die Arbeitslosigkeit junger Menschen in Deutschland und ihre berufliche Perspektivlosigkeit als Problem. In diesem Zusammenhang werden auch mehr Investitionen der Regierung in die Bildung erwartet. Unter sozialer Gerechtigkeit diskutierten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer auch die Pflicht der Menschen für staatliche Hilfen eine Gegenleistung in Form gemeinnütziger Arbeit zu erbringen.

Andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer räumten der Ökologie als existenzielle Grundlage von Gesellschaft und Wirtschaft und damit dem Umweltschutz Priorität ein. Grundbedürfnisse der Menschen dürfen hierbei nicht missachtet werden. Sie argumentieren, dass ökologische und soziale Belange miteinander vereinbar sind, auch wenn dieser Zusammenhang von der Politik und den Medien häufig als Widerspruch dargestellt wird. Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind der Meinung, dass grüne Märkte, wie die der Energietechnik, Arbeitsplätze schaffen.

Die Kosten der ökologischen Modernisierung – da waren sich einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig – müssen dabei gerecht verteilt werden. Andere erkannten eher die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Ökologie, sozialer Belange und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie antizipierten vielmehr die Angst der Menschen, dass Umweltschutz Kosten verursacht, die dann an anderer Stelle fehlen.

Die Rolle der Regierung und des Staates im Bereich des Umweltschutzes

Die Rolle der Regierung im Bereich des Umweltschutzes sehen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer darin, dass sie Vorschriften erlässt, aber nicht bis ins Private hinein dirigieren soll. Hierbei sollte die Politik auf Anreize sowie Belohnungen und nicht auf Verbote setzen. Regeln sollten nicht die Bürgerinnen und Bürger beschränken, sondern ihr Bewusstsein für Umweltprobleme unterstützen. Als Beispiel für eine derartige Politik wurde von einigen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern das Pfand auf Einwegverpackungen diskutiert. Zudem hat der Atomausstieg ihnen gezeigt, dass die Regierung sehr wohl handlungsfähig ist. Andere argumentierten, dass die Regierung effektive Maßnahmen eher vermeidet, da sie von Lobbyinteressen bestimmt wird. Sie unterstellen den Marktmechanismen eine wirkungsvollere Regulierung als der Politik.

Eine Orientierung für staatliche Regulierung im Bereich des Umweltschutzes sollte nach Ansicht einiger Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ein angemessener Konsum sein, der sich an der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse orientiert. Sie betonten, dass ein Überkonsum nicht gleichbedeutend mit einer guten, funktionierenden Wirtschaft ist.

Alternative Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer formulierten jedoch nicht nur Erwartungen an die Politik, sondern erkannten sehr wohl eigene, alternative Handlungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit dem bereits vorgestellten Diskussionsstimulus zu Lebensmittel- und

Umweltskandalen³¹ diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer alternative Handlungsmöglichkeiten nicht nur für den Lebensmittelbereich, sondern ebenso für den Bereich Elektronik und Textilien. Diese Ergebnisse sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Für die Textilbranche kritisierten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass Kleidung heute kaum noch in Deutschland, sondern vielmehr im globalen Maßstab hergestellt wird, was mit langen Transportwegen zu Lasten der Umwelt verbunden ist. Zudem problematisierten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer die sozialen Bedingungen der Produktion, die sich für sie vor allem in billiger Kleidung ausdrücken. In Läden, die diese Kleidung anbieten, da „riecht [man], dass etwas nicht stimmt“. Auch für die Elektronik- und IT-Branche problematisierten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer fragwürdige ökologische Produktionsbedingungen.

Viele der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sehen keine alternativen Handlungsmöglichkeiten und vermuten, dass sie nichts gegen die Produzenten und Produktionsstrukturen ausrichten können. Vielmehr sind sie durch „Sollbruchstellen“ immer wieder zu Neukäufen gezwungen. Verbraucherinnen und Verbraucher, so sind sich viele Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig, haben kaum eine Möglichkeit, den mannigfaltigen Skandalen etwas entgegenzusetzen. Sie fühlen sich von der Industrie manipuliert, was vor allem für die Elektronik- und IT-Branche zutrifft. Die Textil- und Kleidungsbranche bietet demgegenüber mehr Alternativen. Einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind der Meinung, dass es bereits viele Anbieter ökologischer und fairer Kleidung mit akzeptablen Preisen gibt. In diesem Zusammenhang sehen sie auch die Konsumentinnen und Konsumenten in der Pflicht, sich über Kennzeichnungen und Labels, wie Fairtrade, zu informieren und diese Kleidung zu bevorzugen.

Andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sehen hingegen eine alternative Strategie darin, bestimmte Produkte, zum Beispiel aus billigen Kleidermärkten, zu vermeiden. Gleichwohl sind sie sich im Klaren darüber, dass sie Kinderarbeit aber kaum gänzlich vermeiden können, da auch teure Kleidung aus den einschlägig bekannten Herkunftsländern stammt.

Auch im Elektronik- und IT-Bereich sehen einige von ihnen die Möglichkeit des Konsumverzichts. Zudem präferieren sie die Nutzung alter Geräte oder der Kauf gebrauchter Technik. Die Orientierung an Kriterien fairer Produktion schätzen sie im Vergleich zur Kleidungsbranche als schwieriger ein. Andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer beurteilen die Macht der Konsumentinnen und Konsumenten vor allem in dieser Branche eher skeptisch, wenn ein Verschleiß von Elektrogeräten durch die Anbieter zeitlich vorprogrammiert ist. Ihrer Meinung nach, sind Informationen zur Herkunft und Zusammensetzung von Bauteilen, zum Beispiel beim Smartphone, kaum zu überprüfen.

Hindernisse für alternative Handlungsmöglichkeiten

Den alternativen Handlungsmöglichkeiten stehen aus Sicht der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer verschiedene Barrieren entgegen. So thematisierten sie für den Bereich Klei-

³¹ „Immer wieder liest oder hört man in den Nachrichten von Skandalen in der Produktion von Lebensmitteln, Mobiltelefonen oder Kleidungsstücken. Diese Skandale führen dazu, dass Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkaufen aufmerksamer und kritischer werden. In manchen Bereichen wie bei Lebensmitteln ist das leichter, in anderen wie Elektronik oder Kleidung aber eher schwierig.“

dung zum Beispiel eine mangelnde soziale Akzeptanz von Leinenkleidung oder eine geringe Attraktivität fair gehandelter Kleidung.

Für den Elektronik- und IT-Bereich diskutierten die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer die Symbolkraft neuer technischer Geräte. Als Hindernis sehen sie den Prestigegegewinn, den sich viele Konsumentinnen und Konsumenten zum Beispiel vom Mobiltelefon versprechen. Aus ihrer Sicht gilt den meisten das Mobiltelefon als „neue Statussymbol“. In diesem Zusammenhang sehen sie auch eine Verantwortung seitens der Industrie und der Unternehmen, denn sie animieren durch Werbung vor allem junge Menschen zum ständigen Kauf unnötiger Dinge, wie zum Beispiel neuer Mobiltelefone.

Verbraucherpolitische Erwartungen an die Politik

Einig sind sich die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass die Politik nicht das Konsumverhalten und damit einen Verzicht regulieren kann, sondern vielmehr das Angebot an bestimmten umwelt- und sozialaversen Produkten und Produktionsbedingungen unterbinden sollte. Gleichwohl erkennen die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer den gesellschaftlichen Einfluss der Produzenten und sind skeptisch, ob sich solche Maßnahmen tatsächlich durchsetzen lassen. Hierbei geht es ihnen nicht um einen totalen Konsumverzicht, sondern zum Beispiel um eine längerfristige Nutzungsdauer und eine Reparaturfähigkeit von Elektrogeräten. Sie lehnen in diesem Zusammenhang die Behauptung ab, dass mit derartigen Produktstrategien ein Wohlstandsrückgang verbunden ist. Der hierbei konstruierte Widerspruch zwischen sozialen und Umweltbelangen wird aus ihrer Sicht von der Industrie bemüht, um den Konsum am Laufen zu halten.

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer betonen auch, dass eine Sensibilisierung für die Umweltthematik nicht von Skandalen abhängig sein darf. Es kommt vielmehr darauf an, dauerhaft gezielte und seriöse Verbraucherinformationen, beispielsweise zum eigenen „ökologischen Fußabdruck“ zu kommunizieren.

3.7 Wahrnehmung der Rio+20-Konferenz

Wie schon oben dargestellt, wurde die Bevölkerungsumfrage 2012 später im Befragungsjahr als bislang üblich durchgeführt, weil von der Rio+20-Konferenz eine intensivierete öffentliche Diskussion zu Umweltthemen zu erwarten war.

Von der Konferenz wussten 35 Prozent der Befragten. Das heißt aber auch, dass fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger, nämlich 65 Prozent, diese Weltkonferenz nicht wahrgenommen hatten (siehe Tabelle 10).

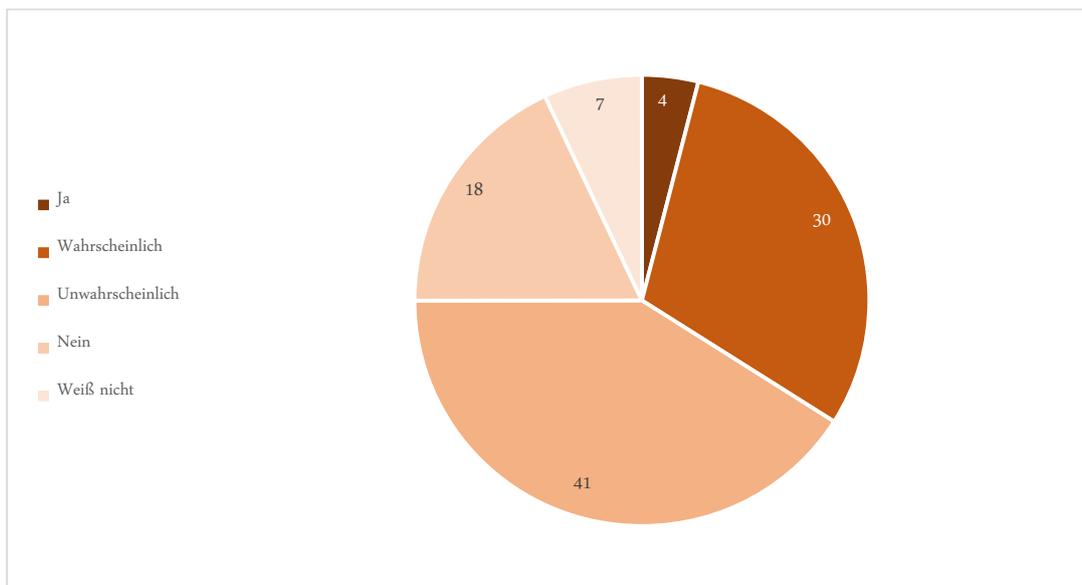
Tabelle 10: Bekanntheit des Weltgipfels Rio+20 (Angaben in Prozent)

Angaben in Prozent	Altersgruppen				Gesamt
	bis 29 Jahre	30 bis 49 Jahre	50 bis 65 Jahre	älter als 65 Jahre	
Nein	13	21	20	11	65
Ja	5	11	12	7	35
Gesamt	18	32	32	18	100

Frage: Ist Ihnen bekannt, dass im Juni dieses Jahres die Folgekonferenz zum Weltgipfel von 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat? N=2.000

Von den Jüngeren bis 29 Jahre wussten 73 Prozent nicht, dass der Weltgipfel stattfand. Doch von denjenigen, die von der Konferenz wussten, waren nur ein Drittel davon überzeugt, dass sie Folgen haben wird. Alle anderen äußerten sich skeptisch (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Folgen des Weltgipfels Rio+20 für die Nachhaltigkeitspolitik (Angaben in Prozent)



Frage: Denken Sie, dass der Weltgipfel Rio+20 konkrete Folgen für die Nachhaltigkeitspolitik haben wird? (Nur für diejenigen, die die vorhergehende Frage mit „Ja“ beantworteten: Ist Ihnen bekannt, dass im Juni dieses Jahres die Folgekonferenz zum Weltgipfel von 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat?) N=695

Für die Diskussionsrunden wurde in Bezug auf die Rio-Konferenz ein eigener Stimulus vorgelegt: „Konferenzen wie im letzten Jahr der Umweltgipfel in Rio werden nur von einer Minderheit der Menschen wahrgenommen und als wenig folgenreich für internationale politische Regelungen drängender globaler Probleme gesehen.“ Den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist die Problematik einer solchen öffentlichen Verdrängung von Zukunftsaufgaben sowie Bewältigungsbemühungen klar und sie erkennen die Notwendigkeit, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele in der Gesellschaft stärker miteinander harmonisieren müssen. Dass sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen das Prinzip der Wirtschaftlichkeit durchsetzt, wie auch zum Beispiel im Gesundheitswesen, erachten sie als problematisch.

Einige Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer erkennen eine Chance zur kommunikativen Vermittlung zukünftiger Herausforderungen im Leitbild nachhaltiger Entwicklung. Hierunter verstehen sie ein eher an langfristigen Zielen orientiertes Handeln. Auch die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung sind nur wenigen Personen bekannt. Problematisch wird gesehen, dass der Nachhaltigkeitsbegriff mittlerweile zu einem Modewort geworden sei. Die Bemühungen der Bundesregierung sind ihrer Meinung nach aber zu wenig transparent und werden daher von der breiten Bevölkerung zu wenig zur Kenntnis genommen. Das äußert sich zum Beispiel auch darin, dass andere Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer den Begriff gar nicht oder nur vage kennen.

4 Potenziale zur innovativen Veränderung des Alltagshandelns

Im Anschluss an die Diskussion zentraler Ergebnisse der Gruppendiskussionen und der Bevölkerungsumfrage geht es nun darum, die in den Gruppendiskussionen gewonnenen Argumentationstypen darzustellen. Diese sind bereits aus der ersten Runde der Gruppendiskussionen hervorgegangen (siehe hierzu John 2012) und wurden in der zweiten Runde hinsichtlich ihrer Vollständigkeit, Stabilität und thematischer Affinitäten überprüft. Dies ist insofern möglich, da die Zusammensetzungen der vier Gruppen überwiegend gleich geblieben sind.

Die innovative Veränderung des Alltagshandelns setzt voraus, dass Menschen wahrgenommene Störungen alltäglicher Abläufe, zum Beispiel einen Umzug in die Großstadt, als Chancen auffassen. Den Veränderungen, die anders als Störungen des Alltags allmählich passieren und nicht als Scheitern erfahren werden, kann keine Innovativität zugerechnet werden. Denn Innovativität hängt von den Entscheidungen im Umgang mit den Störungen ab, die den vertrauten Alltag zugunsten einer offenen Zukunft verlassen, die als Chance für Veränderung gesehen werden. Selbst wenn die Entscheidung getroffen wird, alles beim Alten zu belassen, sind künftig Konsequenzen dieser Entscheidung zu beobachten, die nach Rechtfertigung verlangen.

Solche Rechtfertigungen konnten in den Gruppendiskussionen als Darstellungen des eigenen Alltagshandelns beobachtet werden, die sich gegen die alternativen Alltagspraktiken behaupten mussten. Die Rechtfertigungen erfolgen dabei in Form von Argumentationen, die zu Typen verdichtet Strategien der Vermeidung oder Forcierung von Veränderungen darstellen. Den Argumentationen sind verschiedene Merkmale eigen, aus deren Formen und Kombinationen sich Typen generieren lassen. Motive, die das alltägliche Handeln begründen, wurden durch Sozialisation habitualisiert oder reflexiv in Wissensprozessen angeeignet. Die Art der Erfahrung der expliziten Störungen drückt sich in emotionalen oder rationalen Reaktionen aus und wird eher als Fühlen, Können oder Wissen thematisiert. Die Reaktion bringt auch die Selbstwirksamkeit zum Ausdruck, das heißt, sie macht deutlich, wie man die Folgen seiner Entscheidungen und Handlungen selbst erlebt oder wie andere diese beurteilen. Dies äußert sich letztlich als Zuversicht oder Resignation. Die Reichweite der Entscheidungen und Handlungen wird mit der Verantwortung beschrieben, die man individuell zu übernehmen bereit ist, ob sich diese auf den persönlichen Nahbereich oder gesellschaftlichen Fernbereich bezieht. Schließlich ist dafür Vertrauen notwendig, dass aber auch in Misstrauen oder auch Gleichgültigkeit umschlagen kann.

In den Argumentationstypen sind diese Merkmale in spezifischen Kombinationen ausgeprägt. Die Typen geben Auskunft über die Art des Umgangs mit Störungen des Alltagshandelns, ob diese innovativ als Chance zur Veränderung aufgegriffen, ob sie ignoriert werden oder anderen Akteuren die Initiative zugewiesen wird. Im folgenden Abschnitt sind zunächst die Argumentationstypen dargestellt. Anschließend erfolgt eine Re-Analyse der oben bereits dargestellten Handlungsfelder mit dem Milieumodell der „Typen alltäglicher Lebensführung“ (Otte 2004). Erst die Verwendung beider Typologien zusammen liefert Hinweise für aktivierende und unterstützende Kommunikationsstrategien der Umweltpolitik für eine nachhaltigkeitsorientierte Gestaltung des Alltagshandelns.

4.1 Argumentationstypen in den Gruppendiskussionen

Für die erste Runde der Gruppendiskussion wurden sieben Argumentationstypen bestimmt (John 2012: 95 ff.), die in der zweiten Runde bestätigt werden konnten. Diese lassen sich einer-

seits entlang der Achse Fatalität-Selbstbezug-Engagement zuordnen. Diese Achse gibt Auskunft über den Aktivitätsgrad. Andererseits lässt die weitere Achse Skepsis-Pragmatik-Idealisierung-Optimierung das Potenzial für Veränderungen abschätzen (siehe Tabelle 11).

Tabelle 11: Überblick über die empirisch feststellbaren Argumentationstypen in den Gruppendiskussionen

		Veränderungsbereitschaft			
		Skepsis	Pragmatik	Idealisierung	Optimierung
Aktivitätsgrad	Engagement	Engagierte Skepsis	Engagierte Pragmatik	Engagierte Idealisierung	Engagierte Optimierung
	Selbstbezug	Selbstbezogene Skepsis	Selbstbezogene Pragmatik		
	Fatalität	Fatale Skepsis			

4.1.1 Argumentationstyp „Engagierte Optimierung“

Der Argumentationstyp „Engagierte Optimierung“ bezieht sich auf stabile, im Lebenslauf angelegene Motive, die durch weitere aktiv erworbene Motive ergänzt oder ersetzt werden. Störungen des Alltags werden von den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die sich dieser Argumentation bedienen, zunächst antizipiert, sodann anschließend rational aufgearbeitet und in handlungsleitendes Wissen überführt. Das führt zur Reflexion und Veränderung des Alltagshandelns. Verantwortung für Umweltbelange übernehmen diese Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowohl im Nah- als auch Fernbereich im Sinne moralischer Verpflichtung. Insofern das allgemeine Vertrauen in die gesellschaftlichen Strukturen von ihnen gezielt skeptisch überprüft wird, ist dieses nicht naiv. Dieser Typus weist auf eine offensive innovative Suche nach Veränderungen.

Umwelt- und Nachhaltigkeitsmotive sind bei den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern dieses Argumentationstyps grundsätzlich vorhanden, wobei auch die Orientierung an Suffizienz wichtig ist, vor allem beim Konsum nicht-alltäglicher Produkte wie Informationstechnik, Unterhaltungselektronik oder Kleidung. Diese Haltung schlägt sich in ihrem Handeln nieder und wird als politisches Statement gewertet.

Die Verkehrsmittelwahl der so argumentierenden Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterliegt der verfügbaren Zeit, der geplanten Tätigkeit sowie den äußeren Umständen. Flexibilität ist hier ein weiteres wichtiges Kriterium. Der Lebensmittelkonsum ist von der Einsicht bestimmt, dass eine nachhaltige Ernährung mehr umfasst als nur den Konsum von Bio-Produkten. Den Anbietern von Lebensmitteln wird aufgrund von Zertifikaten und Kontrollzeichen Vertrauen entgegen gebracht. Dabei werden solche mit strengen Richtlinien bevorzugt und in ihrer Aussagekraft kritisch geprüft. Allerdings erfolgt der Konsum auch pragmatisch unter dem Vorzeichen finanzieller Grenzen. Nachhaltige Alltagspraktiken wie der Einkauf von Bio-Lebensmitteln oder das Radfahren werden darüber hinaus mit Genuss und Erholung verbunden. Dieser Argumentationstyp ist davon überzeugt, dass die individuellen Lösungen für das eigene alltägliche Leben auch Effekte für die soziale Gemeinschaft haben.

Insgesamt zeigt sich dieser Argumentationstyp offen für nachhaltige beziehungsweise innovative Produkte und Alltagspraktiken, wie etwa gemeinschaftliches Wohnen oder die Nutzung von Fahrradverleihsystemen. Dabei setzen die so argumentierenden Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf den Ausbau entsprechender Ermöglichungsstrukturen. Die wahrgenommene Selbstwirksamkeit erwächst aus einer andauernden Wissensaneignung aus der dann Systemvertrauen resultiert. Auf diese Weise lassen sich günstige strukturelle Möglichkeiten wahrnehmen. Für diesen Argumentationstyp gilt es, diese Möglichkeiten entweder optimal zu nutzen, selbst herzustellen oder einzufordern. Die Wissensaneignung dieses Argumentationstyps ist darum nicht von Skandalen getrieben, sondern von der Absicht, Alltagspraktiken nachhaltig zu gestalten.

Etwaige Verunsicherungen werden teilweise durch eine Idealisierung der Wirksamkeit des eigenen Handelns ausgeglichen. Hierbei wird häufig der Wunsch nach breiterer Anerkennung für nachhaltiges Alltagshandeln geäußert. Gerade wenn strukturelle Handlungsbarrieren wahrgenommen werden, die dafür verantwortlich gemacht werden, dass auf nicht-nachhaltig produzierte Produkte zurückgegriffen werden muss, sorgt dies für Unzufriedenheit. Solche Barrieren geben Hinweise darauf, warum Personen, die einerseits engagiert optimierend argumentieren, andererseits mit Blick auf ihr Alltagshandeln in anderen Konsumfeldern eher idealisierend, pragmatisch oder sogar skeptisch argumentieren.

4.1.2 Argumentationstyp „Engagierte Idealisierung“

Die Motivstruktur ist beim Argumentationstyp „Engagierte Idealisierung“ ähnlich wie bei der „Engagierten Optimierung“ durch eigene Erfahrungen geprägt. Die emotionale Rezeption von Störungen führt bei den Personen, die sich dieser Argumentation bedienen, auch dazu, sich um Wissenserwerb zu bemühen. Doch dieser Wissenserwerb wirkt sich kaum auf ihre idealisierten Überzeugungen aus. Trotz des rationalen Zugangs zu Problemen ist bei ihnen die Lösung von der anfänglichen emotionalen Betroffenheit bestimmt, sodass es zu Abschweifungen und Ausweitungen des Problemfokus kommt. Vertrauen aber bleibt vor allem auf Personen beschränkt.

Im Mittelpunkt dieses Argumentationstyps stehen ebenfalls die nachhaltig orientierten Alltagspraktiken. Dabei ist das Umweltmotiv offenbar deshalb eher unklar, weil die damit verbundenen Entscheidungen und Alltagspraktiken in ihrer Wirkung als unsicher wahrgenommen werden. Allerdings gelingt es ihnen nicht, diese Unsicherheiten durch Wissensaneignung auszuräumen. Allenfalls wird die Hoffnung ausgedrückt, dass die eigenen Entscheidungen umwelt- oder nachhaltigkeitsrelevant sind. Aus der Idealisierung resultiert deshalb eine Unsicherheit hinsichtlich der Selbstwirksamkeit, weil das Ideal im Alltag schnell an Grenzen gelangt. Um mit der Unsicherheit einen Umgang zu finden, wird auch im Modus einer „engagierten Pragmatik“ argumentiert.

Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die sich dieser Argumentation bedienen, kaufen Lebensmittel sowohl im konventionellen Supermarkt ein oder bestellen Bio-Lebensmittel in der Abo-Kiste. Aufgrund ihres Glaubens an die mangelnde Transparenz bei Produktkennzeichnungen bevorzugen sie Produkte mit strengen Labels und boykottieren Waren und Marken mit schlechtem Image. Allerdings wird solchen Lösungen keine Verallgemeinerbarkeit zugetraut, was wiederum zu Zweifeln an der eigenen Selbstwirksamkeit führt. Verlangt wird eine stärkere politische Regulierung mit strikten Sanktionen und einem Belohnungssystem, sodass sich nachhaltiges Alltagshandeln allgemein durchsetzen kann.

Der Argumentationstyp macht deutlich, dass der idealisierte Zugang zur Umweltproblematik schnell an Grenzen stößt und Skepsis verstärkt. Jedoch scheinen diejenigen, die motiviert sind, sich aktiv Wissen anzueignen, auch zu einer engagierten Optimierung der Alltagspraktiken bereit zu sein.

4.1.3 Argumentationstyp „Engagierte Pragmatik“

Dieser Argumentationstyp enthält sich der Idealisierung und konzentriert sich allein auf das Funktionieren seiner Alltagsroutinen. Doch auch bei diesem Typ werden die sozialisierten Motive durch eigene Erfahrungen irritiert und verändert. Störungen und Probleme des Alltagshandelns werden in ihrer Komplexität erfahren, ohne dass Fokussierungen von Lösungen gelingen. Die Selbstwirksamkeit des Handelns ist auf die unmittelbaren Belange des Alltags eingeschränkt, die jedoch nicht nur selbstbezogen sind. Ihnen wird eher eine mittlere Reichweite zugeschrieben. Vertrauen und Verantwortung sind entsprechend auf den unmittelbaren regionalen und lokalen Lebensbereich ausgerichtet.

Die aktive Wissensaneignung wird bei diesem Typ als Hilfe bei Konsumententscheidungen hinsichtlich komplexer Produktionszusammenhänge verstanden. Weil letztlich die konkreten Absichten das Handeln bestimmen, werden vor allem individuelle pragmatische Lösungen von diesem Argumentationstyp geschildert. So geht es etwa bei den alltäglichen Mobilitätspraktiken vor allem um Flexibilität und Zeitersparnis. Diese werden allerdings durch die jeweils lokal vorhandene Infrastruktur bestimmt. Die eigenen Lösungen erscheinen daher nicht verallgemeinerbar. Ebenso verhält es sich beim Lebensmitteleinkauf. Hier wird das Alltagshandeln durch persönliches Vertrauen zu bestimmten regionalen Händlern bestimmt. Selbstbeschränkung ist für diesen Argumentationstyp ein möglicher Weg, mit dem unübersichtlichen, übergroßen Konsumangebot umzugehen. Folglich bleibt die Selbstwirksamkeit eher auf den Nahbereich beschränkt. Gleichwohl wird aber von diesem Argumentationstyp die Konsumentenmacht hervorgehoben.

Umweltfreundliche Handlungen und Einstellungen sollen diesem Argumentationstyp zufolge eher durch Belohnungen und Anreize erreicht werden. Statt politischer Regulierungen sollen Marktbeziehungen zwischen einer neuen Generation souveräner Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu umweltfreundlichem Verhalten führen.

4.1.4 Argumentationstyp „Engagierte Skepsis“

Die Erfahrungen des Scheiterns mit der Argumentation einer engagierten Idealisierung und der Ohnmacht gegenüber Optimierungsabsichten führen zum Argumentationstyp „Engagierte Skepsis“. Auch hier werden die sozialisierten Motive durch eigene Erfahrungen gebrochen, ergänzt oder ersetzt. Weil Störungen und Probleme des Alltagshandelns jedoch in ihrer Komplexität erfahren werden, gelingen auch hier nur wenige Fokussierungen auf Lösungen. Die Folge sind Ohnmachtsgefühle und Resignation sowie eine stark eingeschränkt erfahrene Selbstwirksamkeit, was häufig einen Rückzug ins Private zur Folge hat.

An der Überzeugung, dass Nachhaltigkeit der einzig sinnvolle Rahmen für soziale und wirtschaftliche Belange ist und Umweltschutz sich darum lohnt, wird trotz Enttäuschungen festgehalten. Jedoch erweisen sich nachhaltige Alltagspraktiken etwa im Bereich Mobilität als strapaziös. Darum fordert dieser Argumentationstyp erleichternde Strukturen. Die Alltagspraktiken sind von Misstrauen gegenüber den Strukturen und Kontrollmechanismen bestimmt, weshalb etwa Bio-Lebensmittel für diesen Typ keine ausreichende Alternative darstellen. Darum be-

schränkt sich der Handlungsradius auf den kontrollierbaren Nahbereich wie etwa die persönliche Bekanntschaft mit Händlern. Als weitere Möglichkeit wird von diesem Argumentationstyp die Konsumeinschränkung genannt, indem am Bewährten festgehalten und gegebenenfalls etwas repariert wird.

Der Vorwurf an die Politik lautet, dass sie zu wenige konkrete, sondern überwiegend nur symbolische Maßnahmen ergreife. Stattdessen wird erwartet, dass der Staat Regelungen zur Förderung eines umweltverträglichen Alltagshandelns etabliert.

4.1.5 Argumentationstyp „Selbstbezogene Pragmatik“

Die sozialisierten Motive werden beim Argumentationstyp „Selbstbezogene Pragmatik“ kaum in Zweifel gezogen, Störungen erscheinen eher als periphere Phänomene, die emotional erfahren und nicht durch Wissenserwerb rational aufgearbeitet werden. Vertrauen ist auf Personen beschränkt und Verantwortung auf den Nahbereich, in dem die Selbstwirksamkeit positiv erlebt wird.

Die Orientierung an Nachhaltigkeit findet im Alltag durchaus seinen Niederschlag in konkreten Praktiken, wie etwa im Fleischverzicht, in der Ablehnung gentechnisch veränderter Produkte oder bestimmter Bekleidungshändler oder von Atomkraft. Alternativen etwa zum Atomstrom werden jedoch skeptisch betrachtet. Die Widersprüchlichkeiten des Alltagshandelns spiegeln weniger die eigenen Überzeugungen als Orientierungen an vorherrschenden Meinungen wieder.

Die Handlungsgrundlagen, von denen durch diesen Argumentationstyp berichtet wird, bleiben eher vage, weil wenig Wissen vorhanden ist und dieses auch nicht systematisch angeeignet wird. Deshalb gelingt es nicht, Alltagsprobleme in größere Zusammenhänge zu stellen und etwa die Folgen der Atomkraft zu reflektieren. Auf Selbstwirksamkeit wird in diesem Zusammenhang wenig Wert gelegt, was aber vor allem auch daran liegen kann, dass der Wirksamkeit des eigenen Handelns in diesem Bereich enge Grenzen gesetzt sind. Gegen die Grenzen selbst wird nur wenig aufbegehrt, stattdessen liegt die Konzentration auf solche Alltagspraktiken, die innerhalb der Grenzen noch möglich sind, wie der Verzicht auf Anschaffungen ressourcenintensiver Haushaltsgeräte.

Der Umweltbezug wird von diesem Argumentationstyp zwar als wichtig eingeschätzt, ist aber eher Teil eines grundlegenden Pflichtbewusstseins. Natur als direkt erlebbarere Umwelt ist demgegenüber weit wichtiger. In diesem Zusammenhang stören dann vermüllte Wälder und auch Gentechnik. Jedoch werden diese Zustände als kaum veränderbar erlebt. Für umweltbezogene Erfordernisse, die über das unmittelbare, eigene Erleben hinausführen, wird dagegen kaum Verantwortung übernommen. Die als gering empfundene Wirksamkeit des eigenen Handelns führt dazu, die Verantwortung an andere abzugeben. Die Selbstwirksamkeit und Verantwortlichkeit ist dabei vor allem auf das Private beschränkt. Dementsprechend erscheinen Familie, Beruf und das Management des Alltags wichtiger als die natürliche Umwelt. Eine Orientierung an Umwelt bedeutet, weniger auf gesellschaftliche Strukturen und dafür mehr auf die eigenen Nachkommen einzuwirken. Dazu passt, dass das Umweltthema Bestandteil schulischer Erziehung sein sollte.

Dieser Argumentationstyp verdeutlicht aber auch, dass die Orientierung an Natur und an Nachhaltigkeit ein Dynamisierungspotenzial hin zu größerer Aktivität und Veränderungsbereitschaft bietet. Die Gruppendiskussion regte so zu Reflektionen an, auf die im Alltag, aus Zeit- oder Kapazitätsgründen sonst verzichtet werden muss und eher auf vorgefasste Meinungen

beharrt wird. Hier treten Potenziale einer zukünftig größeren Veränderungsaktivität und -bereitschaft aufgrund eines mehr als nur oberflächlich angeeigneten Umwelt- oder Nachhaltigkeitsmotiv hervor.

4.1.6 Argumentationstyp „Selbstbezogene Skepsis“

Dieser Argumentationstyp beruht ebenso wie die anderen Typen auf spezifischen sozialisierten Motiven. Die thematisierten Veränderungen werden als äußerliche Zwänge wahrgenommen, die zwar rational beurteilt werden, sich aber in Enttäuschung über Institutionen und Strukturen niederschlagen. Vertrauen und Zuversicht sind für den Nahbereich reserviert, während ansonsten Misstrauen vorherrscht. Wenn Alltagspraktiken verändert werden, dann eher im Modus reaktiver Anpassung. Insofern weist dieser Typ lediglich auf eine geringe innovative Bereitschaft zur Veränderung von Alltagspraktiken hin.

Nachhaltige Alltagspraktiken spielen eine vergleichsweise geringe Rolle im durch diesen Argumentationstyp geschilderten Alltag. Allein solide und gesellschaftlich schon lange etablierte Umweltpraktiken, wie Mülltrennung, die auch klar auf den eigenen Haushalt bezogen sind, werden realisiert.

Nachhaltige Produkte sind entweder unbekannt oder es wird ihnen misstrauisch begegnet, weil die Herstellungsbedingungen undurchsichtig und unkontrollierbar erscheinen. Die Erwartung an die eigene Selbstwirksamkeit ist eher gering. Beim Lebensmitteleinkauf liegt die Aufmerksamkeit auf Haltbarkeit, Preis und Geschmack. An gewohnten Alltagspraktiken wird möglichst festgehalten. Der bisher geschaffene Lebensstandard soll erhalten bleiben und nicht etwa aus Umweltgründen verändert werden. Entsprechend werden Eigenverantwortung, Privatheit sowie die Sicherung von Wachstum und Wohlstand betont. Konsequenterweise wird von diesem Argumentationstyp eine Konsumenten-Verantwortung abgelehnt. Dies scheint mit dem Gefühl der Exklusion von gesellschaftlichen Prozessen und Diskursen im Kontext von Umwelt und Nachhaltigkeit zusammenzuhängen. Die als gering wahrgenommene eigene Bedeutsamkeit bedingt den Rückzug ins Private – und sei es, um Störungen aus dem Weg zu gehen.

4.1.7 Argumentationstyp „Fatale Skepsis“

Dieser Argumentationstyp behandelt Störungen und deren Deutung immer als äußere Impulse. Diese stehen zunächst konträr zu den sozialisierten Motiven, die oft nostalgisch gedeutet werden und daher stark identitätswirksam sind. Die Selbstwirksamkeit wird als sehr eingeschränkt geschildert. Misstrauen beherrscht vor allem die Außenbeziehungen. Die Argumentation erfolgt vor allem moralisch und wird durch Informationsblockaden abgesichert, sodass etablierte Deutungsmuster auch sehr stabil bleiben. Verantwortung wird allein für den Nahbereich übernommen.

Dieser Argumentationstyp schildert durchaus eine gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen für Umwelt und Soziales. Diese normative Erwartung führt jedoch regelmäßig zu Enttäuschungen, die als Begrenzung der Selbstwirksamkeit wahrgenommen werden. Darum wird vom Staat erwartet, die Menschen zu einem entsprechenden sozial verantwortlichen Handeln zu drängen.

Bei diesem Argumentationstyp werden Eindeutigkeiten bevorzugt und konsistente Entscheidungen gefordert, die jedoch nur selten von anderen erfüllt werden. Die alltägliche Diversität und Inkonsistenz befördert hier eine sehr skeptische, misstrauische Haltung und führt zum

Rückzug ins Private. Im Privaten aber sind auch Ausnahmen von den allgemein erwarteten, normativen Regeln möglich.

Hoffnungsvolle Momente werden für diesen Argumentationstyp während der Gruppendiskussionen anhand von positiven Beispielen greifbar, wenn zum Beispiel die Wirksamkeit des Handelns anderer erlebbar wird. Dann öffnet sich die geschilderte Skepsis zur Pragmatik und der Fatalismus wendet sich zum Engagement.

Zusammenfassend kann nach dem Durchgang durch die verschiedenen von den Befragten angewandten Argumentationstypen einerseits festgestellt werden, dass die sieben Typen auf die Personen bezogen über die zwei Diskussionsrunden recht stabil sind. Andererseits aber sind Dynamiken feststellbar, die vor allem auf den verschiedenen Kombinationen der Argumentationstypen beruhen. Insbesondere die engagierten Argumentationstypen weisen solche Bezüge zu anderen Typen auf. Die „Engagierte Optimierung“ verweist häufig auf Pragmatik und auch Idealisierung, ist aber auch mit Skepsis kombiniert zu finden. Weiterhin kommen bestimmte Argumentationstypen eher bei bestimmten Themen als bei anderen vor. Insbesondere das Thema Mobilität ist deutlich von pragmatischen Argumentationen und Lösungsschilderungen geprägt. Der Konsumbereich Ernährung und Lebensmitteleinkauf hingegen erlaubt viel mehr Möglichkeiten für nachhaltig optimierte Alltagspraktiken. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist die Feststellung einiger Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass die Beteiligung an den Diskussionsrunden zu einer eigenen Reflexion über die besprochenen Themen führte, die nach Auskunft einiger auch mit einer erhöhten Veränderungsbereitschaft und einer erhöhten Aktivität verbunden sei.

4.2 Spezifische Potenziale der „Typen alltäglicher Lebensführung“

Nachdem in Kapitel 3 die Daten der Bevölkerungsumfrage zunächst nach den gängigen soziodemografischen Merkmalen, wie Einkommen, Bildung, Geschlecht, Alter, Wohnort und Familienstand analysiert wurden, folgen nun im Weiteren milieuspezifische Untersuchungen, mit denen vor allem sozio-kulturellen Faktoren eine stärkere Berücksichtigung finden. Dafür gibt es inzwischen eine Vielzahl von Milieu-Modellen. Der dafür nötige Erhebungsaufwand ist ein wichtiger forschungspraktischer Umstand, den es zugunsten des zentralen Befragungsinteresses zu berücksichtigen gilt.

In der Umweltbewusstseinsstudie 2012 wurde erstmals das Milieu-Modell der „Typen alltäglicher Lebensführung“ von Gunnar Otte (2004) angewandt. Damit wurde auf ein schon erprobtes und in der Fachgemeinschaft diskutiertes Instrument zurückgegriffen, das Vorteile sowohl hinsichtlich der theoretischen Konstruktion als auch in der praktischen Anwendung hat. So kommt dieses Modell anders als die meisten Lebensstil- und Milieu-Modelle ohne die Erhebung des Bildungsniveaus und der Einkommensgruppen aus. Stattdessen wird durch alltagsrelevante Bezüge die Einstellungs- und Wertedimension erhoben und die verhaltensbasierte Dimension durch das Ausgabeverhalten eingeschätzt. Im Ergebnis können hiermit mehr oder wenige gehobene Lebensstandards sowie moderne oder traditionale Lebensorientierungen erfasst werden. Auf diese Weise kann auch das Lebensalter adäquater in das Modell einfließen, wodurch sich auch biografische Dimensionen eröffnen. Forschungspraktisch ist es Otte mit diesem Milieu-Modell gelungen ein Instrument zu entwickeln, mit dem die Befragten anhand weniger Fragen bestimmten Lebensführungstypen zugeordnet werden können. In der Umweltbewusstseinsstudie 2012 stellt sich die Verteilung der Typen alltäglicher Lebensführung wie folgt dar (Tabelle 12).

Tabelle 12: Verteilung der Typen alltäglicher Lebensführung 2012 (Angaben in Prozent der Befragten, N=2.000)

Ausstattungs-
niveau

Gehoben	Konservativ Gehobene 2	Liberal Gehobene 10	Reflexive 4
Mittel	Konventionalisten 7	Aufstiegsorientierte 26	Hedonisten 7
Niedrig	Traditionelle Arbeiter 10	Heimzentrierte 27	Unterhaltungssuchende 7
	Traditional/ biografische Schließung	Teilmodern/ biografische Konsolidierung	Modern/ biografische Offenheit
	Modernität/ biografische Perspektive		

Die Typen zeichnen sich nach Otte (2004) jeweils durch eine „hypothetische Handlungslogik“ aus, die in idealtypischer Weise die jeweils wichtigsten Charakteristika des Typs beschreibt. Diese Typen sind zwar durch die Art der Befragungen recht eindeutig Personen zugeordnet. Es zeigt sich jedoch, dass deren Verhalten in den alltäglichen Handlungsfeldern durchaus nicht als milieudeterminiert angesehen werden kann. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die alltagspraktischen Lösungen immer individuelle Formen annehmen, die mehr oder weniger auf sozio-demografischen Faktoren beruhen. Mit Bourdieu (1985, 1987) kann festgestellt werden, dass es nicht nur auf das Vermögen an sozialem, kulturellem oder ökonomischem Kapital (d. h. Beziehungen, Bildung und Einkommen) ankommt, sondern über dessen Verwendung mit dem individuellen Vermögen an symbolischem Kapital (Fähigkeit und Wissen um den situativ angemessenen Einsatz des Vermögens) bestimmt wird. Dies hängt wiederum von der individualisierten Kollektivkultur in Form des Habitus ab. Der Nachweis über diesen Zusammenhang soll hier anhand der erhobenen Daten nicht erbracht werden, sondern von dieser These ausgehend im Weiteren die Differenzen innerhalb der Milieus anhand der, bei den Gruppendiskussionen analysierten Argumentationstypen (siehe Kapitel 4.1) aufgezeigt werden. Die Argumentationstypen konnten nämlich auf die Typen alltäglicher Lebensführung bezogen werden, weil den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gruppendiskussionen die dafür nötigen Fragen ebenfalls gestellt wurden. So ist es möglich, anhand der Argumentationstypen Dynamiken im Verhalten aufzuzeigen, die der Umweltpolitik bei der Aktivierung innovativer Potenziale in den Alltagspraktiken helfen können.

In den folgenden Kapiteln 4.2.1 bis 4.2.5 werden die Verhaltensweisen in den betrachteten Handlungsfeldern nach den Typen alltäglicher Lebensführung dargestellt. Im Anschluss daran werden diese Typen jeweils für sich zusammenfassend beschrieben (Kapitel 4.2.6), bevor sie dann auf die Argumentationstypen bezogen werden (Kapitel 4.2.7).

4.2.1 Handlungsfeld Alltagsmobilität

Im Kapitel 3.2 wurden bereits Einflussfaktoren und Determinanten des Mobilitätsverhaltens der Bürgerinnen und Bürger diskutiert. Hierbei wurde zum Beispiel deutlich, dass das Vorhandensein von Kindern im Privathaushalt einen relativ großen Einfluss auf die Autonutzung hat. Ebenso wurde auf Veränderungspotenziale im Bereich Mobilität näher eingegangen. Die Typologie alltäglicher Lebensführung soll nun zusätzlich Aufschluss über das Mobilitätsverhalten und seine Veränderungspotenziale geben.

Hierzu ist es zunächst interessant, die zugrunde gelegten Typen alltäglicher Lebensführung auf das im Alltag bevorzugte Hauptverkehrsmittel zu beziehen. Erinnerung sei daran, dass mehr als die Hälfte der deutschen Wohnbevölkerung das Auto als Hauptverkehrsmittel (59 Prozent) nutzt und etwa ein Viertel öffentliche Verkehrsmittel (ÖPNV) (24 Prozent). Knapp jede zehnte Person nutzt regelmäßig das Fahrrad (12 Prozent) und fünf Prozent gehen zu Fuß. Andere Verkehrsmittel werden mit 0,4 Prozent genannt. Hierbei handelt es sich vor allem um die Nutzung des Motorrades.

Die folgende Tabelle 13 zeigt die prozentualen Anteile der Verkehrsmittelnutzung bezogen auf den jeweiligen Typ alltäglicher Lebensführung (entspricht jeweils 100 Prozent). Zum anderen machen die farblichen Markierungen signifikante Abweichungen der jeweiligen Typen alltäglicher Lebensführung von den Mittelwerten der Verkehrsmittelnutzung deutlich: Rote Markierungen der Zellen weisen auf eine statistisch signifikante unterdurchschnittliche Nutzung des jeweiligen Verkehrsmittels durch den Lebensführungstyp hin, grüne Markierungen auf eine statistisch signifikante überdurchschnittliche Nutzung des Verkehrsmittels durch den Typ.

Tabelle 13: Verkehrsmittelnutzung und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)

↑ Ausstattungs-niveau ↑	Konservativ Gehobene	ÖPNV	23,3	Liberal Gehobene	ÖPNV	17,3	Reflexive	ÖPNV	22,5
		Auto	53,3		Auto	63,3		Auto	57,5
		Fahrrad	16,7		Fahrrad	13,8		Fahrrad	13,8
		Zu Fuß	6,7		Zu Fuß	3,6		Zu Fuß	6,3
		Motorrad	0		Motorrad	2,0		Motorrad	0
	Konventionalisten	ÖPNV	25,4	Aufstiegsorientierte	ÖPNV	29,2	Hedonisten	ÖPNV	30,5
		Auto	49,3		Auto	52,6		Auto	60,9
		Fahrrad	21,6		Fahrrad	13,4		Fahrrad	4,0
		Zu Fuß	3,7		Zu Fuß	4,6		Zu Fuß	4,6
		Motorrad	0		Motorrad	0,2		Motorrad	0
	Traditionelle Arbeiter	ÖPNV	27,6	Heimzentrierte	ÖPNV	19,0	Unterhaltungssuchende	ÖPNV	22,6
		Auto	51,8		Auto	66,9		Auto	61,7
		Fahrrad	10,1		Fahrrad	10,2		Fahrrad	5,3
		Zu Fuß	10,6		Zu Fuß	3,8		Zu Fuß	9,0
		Motorrad	0		Motorrad	0,2		Motorrad	1,5
→ Modernität →									

Bemerkung: Rote Markierungen der Zellen weisen auf statistisch signifikante unterdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Verkehrsmittelnutzergruppe hin, grüne Markierungen auf statistisch signifikante überdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Verkehrsmittelnutzergruppe.

Schaut man sich nun an, von welchen Typen alltäglicher Lebensführung einzelne Verkehrsmittel besonders stark präferiert werden, so stechen bei der Autonutzung diejenigen Personen heraus, die dem Typ der „Heimzentrierten“ zugeordnet werden können (grüne Markierung). Bei teilmoderner Lebensorientierung wählt dieser Lebensführungstyp auf geringem Ausstattungsniveau besonders häufig das Auto als Hauptverkehrsmittel im Vergleich zu anderen Typen alltäglicher Lebensführung. Die überdurchschnittliche Nutzung des Autos durch die „Heimzentrierten“ scheint dem Befund, dass ein höheres Haushaltsnettoeinkommen mit einer präferierten Autonutzung im Zusammenhang steht zu widersprechen. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich das Ausstattungsniveau nicht kongruent mit dem Haushaltsnettoeinkommen verhält und vielmehr Präferenzen beim Konsum deutlich macht. So kann im Fall der „Heimzentrierten“ angenommen werden, dass sie bereit sind, die höheren Kosten der Autonutzung zu Lasten anderer Haushaltsausgaben in Kauf zu nehmen. Hierbei spielt die Bewertung des Autos eine wichtige Rolle: Obwohl heute der Besitz eines Autos für viele nicht

mehr als Statusausweis gilt, stimmen die „Heimzentrierten“ mit über 80 Prozent und damit mehr als Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung der Aussage zu, dass das Auto ein Statussymbol für junge Menschen darstellt.

Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln fallen vor allem Personen mit einem mittleren Ausstattungsniveau, nämlich die „Aufstiegsorientierten“ und „Hedonisten“ auf, die diese überdurchschnittlich häufig im Vergleich zu den Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung nutzen. Es sind vor allem auch die „Aufstiegsorientierten“, die überdurchschnittlich häufig angeben, dass öffentliche Verkehrsmittel in der Großstadt bequemer als Autos sind (71 Prozent im Vergleich zu 61 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Für die Gestaltung nachhaltiger Mobilitätskonzepte ist ebenfalls die Nutzung des Fahrrades als Hauptverkehrsmittel von Interesse. Hierbei fallen vor allem Personen mit einer traditionellen Lebensorientierung auf, die „Konventionalisten“, die das Fahrrad überdurchschnittlich häufig nutzen.

Vor dem Hintergrund der starken Präferenz der Bürgerinnen und Bürger für das Auto und ihrer hohen Zufriedenheit mit der jeweiligen Verkehrsmittelwahl (siehe Kapitel 3.2) sind für nachhaltige Mobilitätskonzepte umweltfreundliche Alternativen der privaten Autonutzung wie Elektrofahrzeuge und Car-Sharing von Bedeutung. Hierbei stellt sich die Frage, ob eine Offenheit für derartige Alternativen mit einer Lebensorientierung im Zusammenhang steht. Von den Typen alltäglicher Lebensführung zeigen vor allem „Hedonisten“ zu 75 Prozent ein überdurchschnittliches praktisches Interesse an Elektromobilität³² im Vergleich zu durchschnittlich 60 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung. Dieser Befund lässt sich vor allem vor dem Hintergrund charakteristischer Merkmale dieses Typs wie Innovationsfreude, Konsumorientierung und Extraversion deuten. Auffällig ist außerdem, dass 51 Prozent der „Konventionalisten“ im Vergleich zu durchschnittlich 34 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung Car-Sharing-Angebote attraktiv finden. Diese Gruppe nutzt möglicherweise diese Angebote vor allem situativ in Ergänzung zum Fahrrad als Hauptverkehrsmittel. Passend hierzu verhält sich auch der Befund, dass die „Konventionalisten“ unterdurchschnittlich das Auto als Hauptverkehrsmittel nutzen.

4.2.2 Handlungsfeld Lebensmitteleinkauf

Auch für das Handlungsfeld Lebensmitteleinkauf können mit der Typologie alltäglicher Lebensführung zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden, die Aufschluss über Alltagspraktiken des Lebensmitteleinkaufs geben und Potenziale für eine nachhaltigere Gestaltung der Ernährung aufzeigen. Hierzu sollen im Folgenden die drei Typen des Einkaufsverhaltens (siehe Kapitel 3.4) differenzierter nach den Typen alltäglicher Lebensführung betrachtet werden. Insgesamt verfolgen 38 Prozent der Befragten vorrangig einen funktional orientierten Lebensmitteleinkauf, 31 Prozent sind eher traditionsorientiert und weitere 31 Prozent kaufen qualitätsbewusst-ethisch ein.

Wie bei der vorhergehenden Tabelle 13 weist die folgende Tabelle die jeweiligen prozentualen Anteile der Lebensmittelkäufergruppen für jeden Typ alltäglicher Lebensführung (entspricht

³² Die Frage hierzu lautete: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte sagen Sie, ob Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. Aussage: „Ich kann mir vorstellen, ein Elektrofahrzeug einmal auszuprobieren.“ (Antworten: stimme voll und ganz zu/stimme eher zu).

jeweils 100 Prozent) aus. Zum anderen machen die farblichen Markierungen signifikante Abweichungen der jeweiligen Typen alltäglicher Lebensführung von den Mittelwerten der Lebensmittelkäufergruppen deutlich: Rote Markierungen der Zellen weisen auf eine statistisch signifikante unterdurchschnittliche Präsenz der jeweiligen Käufergruppe bei den Lebensführungstypen hin, grüne Markierungen auf eine statistisch signifikante überdurchschnittliche Präsenz der jeweiligen Käufergruppe bei den Lebensführungstypen.

Tabelle 14: Lebensmittelkäufergruppen und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)

↑ Ausstattungs-niveau ↑	Konservativ Gehobene	Qualitätsbe-wusst-ethisch	36,7	Liberal Gehobene	Qualitätsbe-wusst-ethisch	37,4	Reflexive	Qualitätsbe-wusst-ethisch	40,0
		Traditionsorien-tiert	23,3		Traditionsorien-tiert	40,5		Traditionsori-entiert	37,5
		Funktional	40,0		Funktional	22,1		Funktional	22,5
	Konvention-alisten	Qualitätsbe-wusst-ethisch	31,1	Aufstiegsorientierte	Qualitätsbe-wusst-ethisch	37,1	Hedonisten	Qualitätsbewusst-ethisch	32,0
		Traditionsorien-tiert	36,3		Traditionsorien-tiert	31,9		Traditionsorien-tiert	30,7
		Funktional	32,6		Funktional	31,0		Funktional	37,3
	Traditionelle Arbeiter	Qualitätsbe-wusst-ethisch	17,6	Heimzentrierte	Qualitätsbe-wusst-ethisch	27,3	Unterhaltungssuchende	Qualitätsbewusst-ethisch	27,8
		Traditionsorien-tiert	28,6		Traditionsorien-tiert	28,4		Traditionsorien-tiert	18,8
		Funktional	53,8		Funktional	44,4		Funktional	53,4
→ Modernität →									

Bemerkung: Rote Markierungen der Zellen weisen auf statistisch signifikante unterdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Käufergruppe hin, grüne Markierungen auf statistisch signifikante überdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Käufergruppe.

Zwar fällt der statistische Zusammenhang zwischen den Typen alltäglicher Lebensführung und den Lebensmittelkäufergruppen insgesamt eher gering aus (Cramers V= .155, p<0.001), jedoch weisen die einzelnen Residualwerte auf einen Zusammenhang zwischen Lebensmittelkäufergruppen und Ausstattungsniveau hin. Denn alle drei Typen alltäglicher Lebensführung auf dem unteren Ausstattungsniveau fallen überdurchschnittlich stark als funktionale Lebensmittelkäuferinnen und -käufer auf und sind in der Gruppe der qualitätsorientiert-ethischen Lebensmittelkäuferinnen und -käufer eher unterrepräsentiert. Deutlich erkennbar ist auch, dass gerade die Milieus mit einem hohen Ausstattungsniveau diese Lebensmittelkäufergruppe eher nicht repräsentieren. Bezieht man vor diesem Hintergrund das Ausstattungs- und das Modernitätsniveau auf die Lebensmittelkäufergruppen, so zeigt sich, dass das Ausstattungsniveau einen

stärken Effekt (Cramers $V=.139$, $p<0.001$) als das Modernitätsniveau (Cramers $V=.064$, $p<0.01$) zeigt.

Die Gruppe der qualitätsorientiert-ethischen Lebensmittelkäuferinnen und -käufer wird dementsprechend auch überdurchschnittlich stark von Milieus mit einem mittleren bis hohen Ausstattungsniveau und einer teilmodernen Lebensorientierung, den „Liberal Gehobenen“ und den „Aufstiegsorientierten“, repräsentiert. Traditionsorientierte Lebensmittelkäuferinnen und -käufer finden sich überdurchschnittlich im Milieu mit einem hohen Ausstattungsniveau und einer teilmodernen Orientierung, bei den „Liberal Gehobenen“.

Neben der milieutypischen Beschreibung der Lebensmittelkäufergruppen gibt die Typologie alltäglicher Lebensführung auch Aufschluss über Potenziale alternativer Alltagspraktiken beim Lebensmitteleinkauf. Hierzu interessiert vor allem, inwiefern Einstellungen zu den Kriterien wie Bio-Qualität, fairer Handel und regionale Produktion beim Lebensmitteleinkauf der Typen alltäglicher Lebensführung eine Rolle spielen. Personen, die Milieus mit einem niedrigen Ausstattungsniveau zugeordnet werden können, „Traditionelle Arbeiter“, „Heimzentrierte“ und „Unterhaltungssuchende“, geben häufiger als andere an, noch nie Lebensmittel in Bio-Qualität gekauft zu haben (durchschnittlich 50 Prozent im Vergleich zu durchschnittlich 30 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Ein ähnliches Bild findet sich hinsichtlich der Bereitschaft, mehr Geld für Bio-Lebensmittel auszugeben. Vor allem Personen, die den Milieus mit einem niedrigen Ausstattungsniveau zugeordnet werden können („Traditionelle Arbeiter“, „Heimzentrierte“ und „Unterhaltungssuchende“), nehmen Bio-Lebensmittel als zu teuer war (durchschnittlich 72 Prozent im Vergleich zu durchschnittlich 44 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung).

Im Unterschied hierzu sind es vor allem die „Aufstiegsorientierten“, die „Liberal Gehobenen“ und die „Reflexiven“ die Bio-Produkte kaufen. „Liberal Gehobene“ und „Reflexive“ – Milieus mit einem hohen Ausstattungsniveau - gehören vor allem zu den regelmäßigen Bio-Käuferinnen und -käufern (durchschnittlich 27 Prozent im Vergleich zu durchschnittlich 9 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Bei den Gelegenheitskäuferinnen und -käufern finden sich überdurchschnittlich häufig „Aufstiegsorientierte“ und ebenfalls „Liberal Gehobene“ (durchschnittlich 36 Prozent im Vergleich zu 24 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung).

Ähnlich verhält es sich hinsichtlich fair gehandelter Produkte. Vor allem Milieus mit einem niedrigen Ausstattungsniveau, „Traditionelle Arbeiter“ und „Heimzentrierte“ finden die Idee fair gehandelter Produkte nicht überzeugend. Demgegenüber sind gut situierte Milieus, wie „Aufstiegsorientierte“, „Liberal Gehobene“ und „Reflexive“, an fair gehandelten Produkten interessiert (durchschnittlich 76 Prozent im Vergleich zu durchschnittlich 55 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Dagegen fällt der Zusammenhang zwischen den Typen alltäglicher Lebensführung und regionalen Produkten schwächer aus und kann vernachlässigt werden.

Neben den Einstellungen zu und Präferenzen für nachhaltige Formen des Lebensmittelkonsums wurde auch die Frage näher verfolgt, ob sich spezifische Anlässe und Gelegenheiten für Verhaltensänderungen bei den Typen alltäglicher Lebensführung ausmachen lassen. Auffällig ist hierbei, dass überdurchschnittlich häufig Personen, die Typen alltäglicher Lebensführung mit höherem Ausstattungsniveau zugeordnet werden können, die Geburt von Kindern oder die Familiengründung als Anlass für den verstärkten Einkauf von Bio-Lebensmitteln gilt („Konservativ Gehobene“ 20 Prozent, „Reflexive“ 14 Prozent und „Hedonisten“ 14 Prozent im Vergleich zu jeweils 7 Prozent). Für „Liberal Gehobene“ sind Skandale mehr als für andere ein Anlass zur

Reflexion der Ernährungspraktiken. Von neuen Einkaufsmöglichkeiten und Angeboten im Supermarkt lassen sich „Aufstiegsorientierte“ (17 Prozent zu 14 Prozent) und „Unterhaltungsorientierte“ (29 Prozent zu 14 Prozent) stärker als andere zum Kauf von Bio-Produkten anregen.

4.2.3 Handlungsfeld Haushaltsorganisation

Wie in Kapitel 3.5 bereits gezeigt wurde, kann eine nachhaltige Gestaltung der Haushaltsorganisation erheblich zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Es konnte festgestellt werden, dass sich bereits viele Bürgerinnen und Bürger in ihrer Haushaltsorganisation an Kriterien der Nachhaltigkeit orientieren. Neben soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Einkommen, Haushaltstypen und Bildung kann auch die Milieuzugehörigkeit Aufschluss über umweltschonende Verhaltensweisen im Handlungsfeld Haushaltsorganisation geben.

Hierzu wurden alle umweltrelevanten alltäglichen Handlungen der Haushaltsführung (vgl. Kap. 3.5) zu einem Summenindex zusammengefasst und die Befragten danach gruppiert, ob sie eher umweltfreundlich (59 Prozent) oder eher umweltbelastend (41 Prozent) ihren Haushalt gestalten. In der folgenden Tabelle 15 sind die jeweiligen Anteile beider Gruppen je Typ alltäglicher Lebensführung dargestellt (jeweils 100 Prozent). Zudem machen die farblichen Markierungen signifikante Abweichungen der jeweiligen Typen alltäglicher Lebensführung von den Mittelwerten der beiden Gruppen (umweltfreundlich versus umweltbelastend) deutlich: Rote Markierungen der Zellen weisen auf einen statistisch signifikant unterdurchschnittlichen Anteil der jeweiligen Lebensführungstypen an der Gruppe „eher umweltfreundlich“ beziehungsweise „eher umweltbelastend“ hin, grüne Markierungen auf einen statistisch signifikant überdurchschnittlichen Anteil der jeweiligen Lebensführungstypen an der Gruppe „eher umweltfreundlich“ beziehungsweise „eher umweltbelastend“.

Tabelle 15: Art der Haushaltsführung und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)

↑ Ausstattungsniveau ↑ ↑	Konservativ Ge- hobene	Eher umwelt- freundlich	86,7	Liberal Gehobe- ne	Eher umwelt- freundlich	72,8	Reflexive	Eher umwelt- freundlich	56,3
		Eher umwelt- belastend	13,3		Eher umwelt- belastend	27,2		Eher umweltbe- lastend	43,7
	Konven- tionalisten	Eher umwelt- freundlich	69,4	Aufstiegsorien- tierte	Eher umwelt- freundlich	63,5	Hedonisten	Eher umwelt- freundlich	51,3
		Eher umwelt- belastend	30,6		Eher umwelt- belastend	36,5		Eher umweltbe- lastend	48,7
	Traditionelle Ar- beiter	Eher umwelt- freundlich	45,2	Heimzentrierte	Eher umwelt- freundlich	55,6	Unterhaltungssu- chende	Eher umwelt- freundlich	48,5
		Eher umwelt- belastend	54,8		Eher umwelt- belastend	44,4		Eher umweltbe- lastend	51,5
→ Modernität →									

Bemerkung: Rote Markierungen der Zellen weisen auf statistisch signifikante unterdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Gruppe „eher umweltfreundlich“ beziehungsweise „eher umweltbelastend“ hin, grüne Markierungen auf statistisch signifikante überdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Gruppe „eher umweltfreundlich“ beziehungsweise „eher umweltbelastend“.

Obwohl der statistische Zusammenhang zwischen der Art der Haushaltsführung und der Typen alltäglicher Lebensführung nur gering ausfällt, fallen auch bei der Haushaltsführung Unterschiede zwischen den Typen alltäglicher Lebensführung auf dem unteren und den höheren Ausstattungsniveaus anhand der Residualwerte (Zellensignifikanzen) auf. Eine umweltbelastende Haushaltsführung wird vor allem von Personen praktiziert, die Milieus mit höherem Ausstattungsniveau und einer traditionellen bis teilmöglichen Lebensorientierung zugeordnet werden können („Konventionalisten“, „Konservativ Gehobenen“, „Aufstiegsorientierten“ und „Liberal Gehobenen“). Auffällig ist demgegenüber, dass vor allem die Milieus mit einem geringen Ausstattungsniveau überdurchschnittlich häufig eine eher umweltbelastende Haushaltsführung praktizieren („Traditionelle Arbeiter“, „Heimzentrierte“ und „Unterhaltungssuchende“). Das kann einerseits auf Informations- und Beratungsbedarf hinweisen, aber andererseits auch auf größere finanzielle Herausforderungen, die beispielsweise mit der Anschaffung energieeffizienter Geräte verbunden sind.

Vor dem Hintergrund einer milieuspezifischen Verortung umweltfreundlicher und umweltbelastender Haushaltspraktiken interessierte die Zufriedenheit mit der eigenen Haushaltsführung. Hierbei liegt die Annahme zugrunde, dass eine hohe Zufriedenheit mit den eigenen Verhaltensweisen und der Haushaltsführung insgesamt darauf hinweist, dass Aspekte einer nachhaltigen Haushaltsführung bereits zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger gehören und sich als Routinen bereits bewährt haben. Eine Unzufriedenheit kann Hinweise auf einen grundsätzlichen Änderungsbedarf und eine stärkere Orientierung der Haushaltsführung an Kriterien der Nachhaltigkeit geben.

Von allen Bürgerinnen und Bürgern ist der überwiegende Teil, nämlich 75 Prozent, mit der jeweiligen Art der Haushaltsführung voll und ganz oder eher zufrieden. 25 Prozent der Befragten sind mit ihrer Art der Haushaltsführung eher unzufrieden. Ihre Zufriedenheit äußern überzufällig oft Personen, die den Typen alltäglicher Lebensführung auf dem höheren Ausstattungsniveau zugeordnet werden, nämlich 83 Prozent der „Konventionalisten“, 82 Prozent der „Liberal Gehobenen“ und 80 Prozent der „Reflexiven“. Hingegen sind 38 Prozent der „Heimzentrierten“ und 46 Prozent der „Unterhaltungssuchenden“ mit ihrer Art der Haushaltsführung eher unzufrieden.

Entsprechend der Vermutung zur Veränderungsbereitschaft kann festgestellt werden, dass eine zunehmende Bedeutung von Maßnahmen, die einer umweltfreundlichen Gestaltung der Haushaltspraktiken zuzurechnen sind (beispielsweise Bezug von Ökostrom, Kauf energieeffizienter Geräte oder Ausgleichszahlungen für selbstverursachte Klimagase), überdurchschnittlich eher Hochgebildete und Typen alltäglicher Lebensführung auf hohem Ausstattungsniveau erkennen. Hierzu zählen vor allem die „Konventionalisten“ sowie „Konservativ Gehobene“, „Liberal Gehobene“ und „Reflexive“, also jene Personen, die bereits umweltbelastende Handlungen praktizieren (durchschnittlich 25 Prozent im Vergleich zu durchschnittlich 10 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Hierunter finden sich jedoch weniger Personen, deren Haushaltspraktiken als eher umweltbelastend einzuschätzen sind.

Auch mit dem Nutzen statt Besitzen von Gebrauchsgegenständen kann ein positiver Beitrag zur Umweltbilanz geleistet werden. Mit Blick auf die Typologie alltäglicher Lebensführung sind vor allem Personen mit einer eher modernen Lebensorientierung auf eher mittlerem Ausstattungsniveau

niveau an solchen Angeboten interessiert (durchschnittlich 67 Prozent der „Aufstiegsorientierten“, „Unterhaltungssuchenden“ und „Hedonisten“ im Vergleich zu durchschnittlich 55 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Wenig oder kein Interesse an diesen Mietangeboten haben vor allem Personen in Milieus mit einem niedrigen Ausstattungsniveau und einer eher traditionellen Lebensorientierung (durchschnittlich 51 Prozent der „Traditionellen Arbeiter“ und „Heimzentrierten“ im Vergleich zu durchschnittlich 37 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung).

4.2.4 Handlungsfeld Wohnen

Auch das Wohnen kann mit verschiedenen Umweltbelastungen verbunden sein. Im Kapitel 3.3 wurde hierzu bereits näher auf den Trend zum Eigenheim am Stadtrand eingegangen, der mit erheblichen umweltbelastenden Effekten wie die Zunahme des Individualverkehrs und die weitere Erschließung von Siedlungsflächen verbunden ist. Vor dem Hintergrund der Entwicklung nachhaltiger Wohn- und Siedlungsformen stellt sich die Frage, welche Wohnformen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wünschenswert sind. Neben den bereits beschriebenen soziodemografischen Merkmalen gibt hierzu auch die Typologie alltäglicher Lebensführung weiteren Aufschluss. Deshalb soll zunächst untersucht werden, inwiefern die Typen alltäglicher Lebensführung mit den Wohnformen (Eigentum versus Miete) korrespondieren. Unter allen Befragten gibt es etwa doppelt so viele Mieterinnen und Mieter (67 Prozent) wie Wohnungs- und Hauseigentümerinnen und -eigentümer (33 Prozent).

In der folgenden Tabelle 16 sind die jeweiligen Anteile beider Gruppen – Mieter und Eigentümer – je Typ alltäglicher Lebensführung dargestellt (jeweils 100 Prozent). Zudem machen die farblichen Markierungen signifikante Abweichungen der jeweiligen Typen alltäglicher Lebensführung von den Mittelwerten der beiden Gruppen (Mieter versus Eigentümer) deutlich: Rote Markierungen der Zellen weisen auf einen statistisch signifikant unterdurchschnittlichen Anteil der jeweiligen Lebensführungstypen an der Gruppe „Mieter“ beziehungsweise „Eigentümer“ hin, grüne Markierungen auf einen statistisch signifikant überdurchschnittlichen Anteil der jeweiligen Lebensführungstypen an der Gruppe „Mieter“ beziehungsweise „Eigentümer“.

Tabelle 16: Wohnformen und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)

↑ Ausstattungslevel ↑	Konservativ Gehobene	Eigentum	46,7	Liberal Gehobene	Eigentum	63,6	Reflexive	Eigentum	57,5
		Miete	53,3		Miete	36,4		Miete	42,5
	Konventionali sten	Eigentum	27,6	Aufstiegsori- entier	Eigentum	38,0	Hedonisten	Eigentum	22,0
		Miete	72,4		Miete	62,0		Miete	78,0
	Traditionelle Ar- beiter	Eigentum	14,5	Heimzentrierte	Eigentum	28,9	Unterhaltungssu- chende	Eigentum	19,5
		Miete	85,5		Miete	71,1		Miete	80,5
→ Modernität →									

Bemerkung: Rote Markierungen der Zellen weisen auf statistisch signifikante unterdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Gruppe „Mieter“ beziehungsweise „Eigentümer“ hin, grüne Markierungen auf statistisch signifikante überdurchschnittliche Werte des Typs innerhalb der jeweiligen Gruppe „Mieter“ beziehungsweise „Eigentümer“.

Die Typen alltäglicher Lebensführung neigen mit höherem Ausstattungsniveau und zunehmender Modernität – mit Ausnahme der „Hedonisten“ – verstärkt zum Wohn- beziehungsweise Hauseigentum. Hingegen wohnen vor allem diejenigen Personen, die lediglich über ein niedrigeres Ausstattungsniveau verfügen, eher in Mietwohnungen („Traditionelle Arbeiter“, „Heimzentrierte“ und „Unterhaltungssuchende“). Diese Unterschiede lassen sich einerseits mit der höheren Ausgabenbereitschaft und andererseits mit dem größeren Vermögen zu solchen Investitionen erklären.

Trotz ausgeprägter Präferenz für das eigene Haus beziehungsweise die eigene Wohnung werden die damit häufig verbundenen Umweltbelastungen erkannt. Große Wohnungen, in denen wenige Menschen wohnen, werden wegen ihres hohen Energieverbrauchs vor allem von Milieus mit einer modernen oder teilmodernen Lebensorientierung und einem höherem Ausstattungsniveau als umweltbelastend erachtet (durchschnittlich 73 Prozent der „Liberal Gehobenen“ und „Hedonisten“ im Vergleich zu durchschnittlich 61 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Es sind vor allem auch die besser situierten Milieus, die Wohnungs- beziehungsweise Hauseigentümer, die der Aussage zustimmen, dass das Wohnen im Einfamilienhaus am Stadtrand eine Zunahme des Verkehrs verursacht (durchschnittlich 73 Prozent der „Liberal Gehobenen“ und „Reflexiven“ im Vergleich zu durchschnittlich 59 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung). Gleichwohl ist das eigene Haus für die Mehrheit der Befragten ein wichtiges Lebensziel. Hierbei fällt vor allem auf, dass neben den bereits heute gut situierten Milieus („Aufstiegsorientierte“ und „Reflexive“) auch die „Unterhaltungssuchenden“ dieses Ziel überdurchschnittlich stark verfolgen (durchschnittlich 65 Prozent dieser drei Gruppen im Vergleich zu durchschnittlich 45 Prozent der Personen aller anderen Typen alltäglicher Lebensführung).

Vor dem Hintergrund des großen Interesses am eigenen Haus und dem individuellen Wohnen stellt sich die Frage nach den Chancen für die Entwicklung nachhaltiger Wohnformen. Hierzu wurde die Akzeptanz gemeinschaftlicher Wohnformen erfragt, die nun nach den Typen alltäglicher Lebensführung betrachtet werden soll. Von denjenigen, die sich vorstellen können, eine solche Lebensform zu praktizieren (N=413; 21 Prozent), geben 61 Prozent als Grund an, „um in Gemeinschaft zu leben“. Zwar steht der Wunsch nach Gemeinschaft für alle Milieus gleichermaßen im Vordergrund, doch geben vor allem die „Hedonisten“ (83 Prozent) und „Liberal Gehobenen“ (77 Prozent) diesen Grund besonders häufig an.

4.2.5 Übernahme und Zuweisung von Engagement

Eine umweltbezogene Veränderung des Alltagshandelns der Bürgerinnen und Bürger hängt nicht allein von Irritationen bezüglich der eingelebten Gewohnheiten und/oder dem Vorhandensein förderlicher beziehungsweise unterstützender Strukturen ab. Wichtig ist zudem eine grundsätzliche Bereitschaft, Verantwortung für Umweltprobleme zu übernehmen. Ist diese Bereitschaft vorhanden, so ist eine größere Offenheit für alternative, umwelt- und nachhaltigkeitsorientierte Alltagspraktiken zu vermuten. Die Übernahme von Verantwortung lässt sich anhand der selbst aktuell oder zukünftig geplanten Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels ermesen. Es ist zudem zu erwarten, dass eine eigene Verantwortungsübernahme auch damit verbunden ist, ein vergleichbares Engagement von anderen Akteuren zu erwarten. Hinweise auf die Zuweisung von Verantwortung lassen sich durch die Einschätzung des Klimaschutz-Engagements verschiedener Akteure in Deutschland erlangen.

Die Übernahme oder Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung lässt sich anhand von Fragen rekonstruieren, die sich auf aktuell oder zukünftig geplanten Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels beziehen. Hierzu gehören beispielsweise, sich gegen klimabedingte Schäden zu versichern, sich über angemessenes Verhalten im Katastrophenfall zu informieren, Warn- und Informationsdienste zu nutzen wie auch Freizeit- und Urlaubs- sowie Wintersportaktivitäten umzustellen oder dies zukünftig zu tun (siehe dazu BMU/UBA 2013: 60 f.). Zusammenfassend wurde hierzu ein Summenindex gebildet, der darüber Auskunft gibt, ob die Bürgerinnen und Bürger Vorsorgemaßnahmen bereits getroffen haben und in diesem Sinne Verantwortung übernehmen (beziehungsweise zukünftig übernehmen werden) oder ob dies eher nicht der Fall ist. Etwa ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (32 Prozent) trafen bisher Vorsorge und übernahmen damit Verantwortung oder werden dies zukünftig noch tun. Die Frage nach der Verantwortungsübernahme wird darum mit „eher ja“ beantwortet. 66 Prozent der Befragten antworteten bezüglich der Verantwortungsübernahme mit „eher nein“. Unschlüssig sind sich 2 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, weshalb die Verantwortungsübernahme „ungewiss“ ist.

In der folgenden Tabelle 17 sind die jeweiligen Anteile der Verantwortungsübernahme je Typ alltäglicher Lebensführung dargestellt (insgesamt 100 Prozent). Zudem machen die farblichen Markierungen signifikante Abweichungen der jeweiligen Typen alltäglicher Lebensführung von den Mittelwerten der Typen einer Verantwortungsübernahme deutlich: Rote Markierungen der Zellen weisen auf einen statistisch signifikanten unterdurchschnittlichen Anteil der jeweiligen Lebensführungstypen an den Typen der Verantwortungsübernahme hin, grüne Markierungen auf einen statistisch signifikanten überdurchschnittlichen Anteil der jeweiligen Lebensführungstypen an den Typen der Verantwortungsübernahme.

Tabelle 17: Verantwortungsübernahme und Typen alltäglicher Lebensführung, Angaben in Prozent (N=2.000)

↑ Ausstattungs-niveau ↑	Konservativ Ge- hobene	Eher ja	43,3	Liberal Gehobe- ne	Eher ja	55,4	Reflexive	Eher ja	52,5
		Eher nein	53,3		Eher nein	43,6		Eher nein	45,0
		Ungewiss	3,3		Ungewiss	1,0		Ungewiss	2,5
	Konventionalist en	Eher ja	61,2	Aufstiegsorien- tierte	Eher ja	51,8	Hedonisten	Eher ja	47,3
		Eher nein	38,8		Eher nein	46,7		Eher nein	50,7
		Ungewiss	0		Ungewiss	1,5		Ungewiss	2,0
	Traditionelle Arbeiter	Eher ja	27,5	Heimzen-trierte	Eher ja	33,8	Unterhaltungs- suchende	Eher ja	37,1
		Eher nein	71,5		Eher nein	64,9		Eher nein	60,6
		Ungewiss	1,0		Ungewiss	1,3		Ungewiss	2,3
→ Modernität →									

Bemerkung: Rote Markierungen der Zellen weisen auf statistisch signifikante unterdurchschnittliche Werte des jeweiligen Lebensführungstyps innerhalb des jeweiligen Typs der Verantwortungsübernahme hin, grüne Markierungen auf statistisch signifikante überdurchschnittliche Werte des Lebensführungstyps innerhalb des jeweiligen Typs der Verantwortungsübernahme.

Betrachtet man die Verantwortungsübernahme hinsichtlich der Typen alltäglicher Lebensführung, verhalten sich diejenigen Personen, die Milieus mit einem niedrigen Ausstattungsniveau zugeordnet werden eher zurückhaltend („Traditionellen Arbeiter“, „Heimzentrierten“ und „Unterhaltungssuchenden“). Demgegenüber ergreifen anteilig mehr als andere die wenig bis moderat modernen Typen auf den höheren Ausstattungsniveaus Eigeninitiative, nämlich die „Konventionalisten“, die „Aufstiegsorientierten“ und die „Liberal Gehobenen“.

Diese Befunde weisen darauf hin, dass denjenigen Milieus, die bislang eher keine Vorsorge treffen, einerseits die Notwendigkeit solcher Maßnahmen nahegebracht und gezeigt werden sollte, wie sie diese auch praktizieren können. Andererseits sollte aber auch darauf hingewiesen werden, dass sowohl staatliche als auch wirtschaftliche Akteure mit einer paternalistischen Verantwortungsübernahme tendenziell überfordert sind und die Initiative sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung sind.

Gleichwohl kommt es auf das Engagement und die Verantwortungsübernahme verschiedener Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an, um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Es interessiert deshalb im Folgenden, welchen gesellschaftlichen Akteuren durch welche sozialen Milieus eine stärkere Verantwortung zugewiesen wird. Hierzu soll das Augenmerk vor allem auf der Unzufriedenheit mit dem Engagement unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure liegen.

Vor allem die Umweltverbände engagieren sich in den Augen der Bürgerinnen und Bürger genügend beim Klimaschutz – dieser Meinung sind 77 Prozent. Bürgerinnen und Bürger (51 Prozent) sowie Kommunen und Gemeinden (50 Prozent) werden von der Hälfte der Befragten ein genügendes Engagement bestätigt. Auch der Bundesregierung wird häufig ein genügendes

Engagement zugutegehalten (46 Prozent). Jedoch meinen nur 14 Prozent der Befragten, dass das Engagement der Industrie genügend sei. Die Einschätzung des Engagements beinhaltet auch, inwiefern die Befragten ihre (mit der Fragestellung zugeschriebenen) Verantwortung erkennen. Erstaunlich ist darum auch das nur mittlere Niveau von Verantwortungsbereitschaft, das sich die befragten Bürgerinnen und Bürger selbst bescheinigen.

Bezogen auf die Typen alltäglicher Lebensführung sind vor allem Personen mit einem mittleren bis gehobenen Ausstattungsniveau und einer eher moderaten Lebensorientierung unzufrieden mit dem Engagement der Bundesregierung, was eine zugewiesene, stärkere Verantwortungsübernahme anzeigt („Aufstiegsorientierte“, „Liberal Gehobene“ und „Reflexive“). Personen, die diesen Typen alltäglicher Lebensführung zugeordnet werden können, erachten auch das Engagement der Industrie als nicht ausreichend.

Demgegenüber sind es vor allem Personen mit einem geringeren Ausstattungsniveau, die mit dem Engagement der Bundesregierung deutlich zufriedener sind als andere („Heimzentrierte“ und „Unterhaltungssuchende“). Mit dem Engagement der Industrie sind die „Heimzentrierten“ und „Konventionalisten“ häufiger zufrieden als andere Typen alltäglicher Lebensführung. Für Personen mit einem geringeren Ausstattungsniveau korrespondieren damit eine geringe beziehungsweise begrenzte eigene Verantwortungsübernahme mit einer höheren Zufriedenheit des Engagements der Bundesregierung und der Industrie und das heißt auch, einer geringeren Erwartung an ein zukünftig stärkeres Engagement dieser Akteure.

Vor dem Hintergrund der dargelegten Befunde lässt sich für umweltpolitische Kommunikationsstrategien schlussfolgern, dass es auf eine gleichzeitige Betonung von Verantwortungsübernahme und Verantwortungszuschreibung ankommt. Nur so können sich beide Aspekte gegenseitig stärken, was vor allem durch die Bemühung um Vertrauen für gemeinsames Engagement und Gemein Sinn zu erreichen ist (siehe dazu Knothe/John 2004). Wichtig dafür ist, inwiefern überhaupt die Möglichkeit zur Lösung des Klimaproblems zuversichtlich beurteilt wird. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (53 Prozent) nimmt eine optimistische Haltung diesem Problem gegenüber ein.

4.2.6 Alltagshandeln und Innovativität der Typen alltäglicher Lebensführung

Die verschiedenen Befunde zu den Typen alltäglicher Lebensführung in den Handlungsfeldern lassen sich nun zu Profilen zusammenfassen. Diese geben Auskunft einerseits über die Bedeutung des Umweltbezuges bei der lebensstiltypischen Gestaltung des Alltagshandelns andererseits über die Möglichkeiten diese auf innovativer Weise im Sinne von Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu verändern. Im Anschluss werden dann die Typen alltäglicher Lebensführung auf die Argumentationstypen bezogen, die aus den qualitativen Gruppendiskussionen hervorgingen (Kapitel 4.2.7). Die folgende Darstellung der Typenprofile folgt der Tabelle 12 (siehe Kapitel 4.2) von traditionellen zur modernen Werteeinstellungen und vom niedrigen zum hohen Ausstattungsniveau.

Beim Typus „Traditionelle Arbeiter“ handelt es sich um traditionsorientierte und niedrig ausgestattete Personen mit einer geringen Formalbildung und einem eher höheren Alter. Sie verfügen häufig über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen eintausend bis zweitausend Euro. Im Vergleich mit den anderen Typen alltäglicher Lebensführung fällt auf, dass sie eher weniger mit dem Auto fahren, dafür aber öfter zu Fuß gehen. Sie kaufen eher nach funktionalen Kriterien, weniger aber qualitativ hochwertig und ethisch bewusst Lebensmittel ein. „Traditionelle Arbeiter“ wohnen überdurchschnittlich häufig zur Miete. Maßnahmen, die zu

mehr Nachhaltigkeit im eigenen Haushalt führen können, schätzen sie überwiegend als unbedeutend ein. Sie messen auch persönlichen Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels zukünftig eher keine Bedeutung bei. Insofern lässt sich hier eher nicht von einer persönlichen Verantwortungsübernahme ausgehen. Diese Haltung erscheint kaum innovativ, wenn alternative Maßnahmen aus eigener Verantwortung heraus nicht möglich scheinen. Gleichzeitig ist aber zu bedenken, dass im Gegensatz zu Milieus mit einem höheren Ausstattungsniveau die „traditionellen Arbeiter“ allein schon wegen ihres Mangels an Ressourcen in der Regel nur geringe Umweltbelastungen verursachen können. Bei den „traditionellen Arbeitern“ sind aufgrund der an Sparsamkeit, Solidarität und Selbstdisziplin orientierten traditionsbetonten Wertestruktur einige Ansatzpunkte für nachhaltige Alltagspraktiken zu erkennen.

Der traditionell orientierte und auf mittlerem Niveau ausgestattete Typus der „Konventionalisten“ wird mehrheitlich von Personen zwischen 50 und 65 Jahren repräsentiert. Sie verfügen überwiegend über eine höhere formale Bildung und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen zweitausend und bis dreitausend Euro. Pflichterfüllung und Sicherheitsdenken machen ihren Wertekanon aus, der sich vor allem auf den häuslichen Bereich richtet. Von daher sorgen sie sich überwiegend um die Folgen des Klimawandels. Mehr als andere sind „Konventionalisten“ neben dem Auto überdurchschnittlich mit dem Fahrrad unterwegs. Mietautos in der Großstadt bewerten sie als praktisch. Sie interessieren sich auch häufiger als Andere für Car-Sharing-Angebote. Obwohl Umweltbezüge für viele ihrer Alltagspraktiken überwiegend keine besondere Bedeutung haben, geben sie an, sich in ihrer Haushaltsführung bereits an Nachhaltigkeitskriterien zu orientieren. Sie sind überzeugt, dass persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels zukünftig mehr Bedeutung gewinnen. Von daher ist es folgerichtig, dass sie mehr als die anderen Typen alltäglicher Lebensführung das individuelle Engagement beim Klimaschutz schätzen. Auch hier kann die Werteeinstellung der Pflichterfüllung als Ansatz für eine Aktivierung des innovativen Potenzials entscheidend sein, zumal die „Konventionalisten“ individuelle Verantwortung hoch schätzen.

Die „Konservativ Gehobenen“ markieren den am höchsten ausgestatteten traditionsorientierten Typus alltäglicher Lebensführung. Hier finden sich ebenfalls überwiegend ältere Personen zwischen 50 und 65 Jahren. Diese Personen verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab dreitausend Euro und pflegen einen entsprechend hohen Lebensstandard. Die Personen dieses Typus legen Wert auf Leistungs- und Führungsbereitschaft. Insbesondere sorgen sie sich mehr als andere um die Sicherheit und weniger um Umweltprobleme. In vielen Handlungsfeldern nimmt ihr Alltagshandeln durchschnittliche Formen an. Jedoch sind ihre Haushaltspraktiken bereits in hohem Maße an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. So wird deutlich, dass es diesem Typus weniger um Umweltproblematiken geht, sondern vielmehr um den Werteerhalt. Auch hieran kann für die Aktivierung innovativer Veränderungen der Alltagspraktiken angeknüpft werden, wenn man verdeutlicht, dass Umweltzerstörung wie der Klimawandel auch den eigenen Besitz als leistungsbezogene Werte bedroht.

Der Typus der „Heimzentrierten“ ist durch ein geringeres Ausstattungsniveau und eine teilmoderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Es handelt sich hierbei überwiegend um Jüngere bis 29 Jahre, die über eine niedrige formale Bildung und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen bis zu zweitausend Euro verfügen. Die „Heimzentrierten“ leben zumeist in Familien mit Kindern. Ihre Werteorientierung fokussiert darum auf Häuslichkeit, außerdem bevorzugen sie überwiegend populäre und volkstümliche Unterhaltung in den Massenmedien. Obwohl sie einerseits Umwelt als wichtigstes Problem angeben, sorgen sie sich selbst vornehmlich um den Erhalt des Wohlstandes und der Lebensqualität. Sie engagieren sich kaum für Umweltbelange und Klimaschutz. Häufiger als andere Lebensführungstypen bevorzugen „Heimzentrierte“ das

Auto. Für sie ist das Auto ein notwendiges Mittel im familiären Alltag mit Kindern. Die „Heimzentrierten“ orientieren sich bevorzugt an funktionalen Kriterien beim Lebensmitteleinkauf. Von der Idee fair gehandelter Produkte sind sie nicht überzeugt und finden diese – ebenso wie Bio-Produkte – zu teuer. Ihr alltägliches Handeln bei der Haushaltsorganisation kann eher als umweltbelastend charakterisiert werden. Wenngleich der Umwelt- und Klimaschutz von den „Heimzentrierten“ als wichtiges Problem benannt wird, so treffen sie doch weniger als andere persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Mit dem Klimaschutz-Engagement der Bundesregierung und auch der Industrie sind sie überdurchschnittlich zufrieden. Sie bewerten politische Aufgaben höher, die unmittelbar die Wohlstandssicherung betreffen. Für sie steht der Erhalt der eigenen Lebensqualität im Vordergrund. Die Sorge um den Wohlstand bildet bei diesem Typus darum den Ansatzpunkt zur Vermittlung der Bedeutung von Umweltproblemen und für die Aktivierung innovativen Veränderungspotenzials.

Die „Aufstiegsorientierten“ sind durch eine teilmoderne Werteorientierung und ein mittleres Ausstattungsniveau gekennzeichnet. Hierbei handelt es sich zumeist um Personen zwischen 30 und 49 Jahre mit einer mittleren Bildung und einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen von zweitausend bis unter dreitausend Euro. Der Typ der „Aufstiegsorientierten“ ist um die Berufskarriere und die Familie zentriert. Die Umwelt erscheint den „Aufstiegsorientierten“ vor allem wegen der ökonomischen Folgen als problematisch. Dieser Typus fällt vor allem durch seine umweltverträglichen Alltagspraktiken in vielen Handlungsfeldern auf. Die „Aufstiegsorientierten“ nutzen weniger häufig das Auto für ihre täglichen Wege. Sie fahren mehr als andere mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Bei ihrem Lebensmitteleinkauf orientieren sich die „Aufstiegsorientierten“ überdurchschnittlich an qualitätsorientiert-ethischen Kriterien. Sie zählen zu denjenigen, die gelegentlich Bio-Produkte kaufen. Bei der Haushaltsorganisation fällt der Typus durch seine überdurchschnittlichen umweltfreundlichen Praktiken auf. Ein eigenes Haus zu besitzen, stellt für einen Großteil von ihnen ein wichtiges Lebensziel dar. Die „Aufstiegsorientierten“ weisen gegenüber anderen Typen alltäglicher Lebensführung überdurchschnittlich häufig auf ein defizitäres Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Lösung der Probleme des Klimawandels hin. Sie übernehmen in starkem Maße persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Insofern wird in diesem Milieu über Verantwortung reflektiert, wodurch wegen der umweltfreundlich geformten Alltagspraktiken einerseits und dem Bezug auf Familie und Beruf andererseits weiteres Innovationspotenzial aktiviert werden kann.

Die „Liberal Gehobenen“ sind durch ihr gehobenes Ausstattungsniveau und ihre teilmoderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Sie sind eher hochgebildet und zwischen 50 und 65 Jahre alt. Die „Liberal Gehobenen“ verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen ab dreitausend Euro. Hochkultureller Konsum und Authentizität sowie Kennerschaft kennzeichnen diesen Typus. Das Alltagshandeln orientiert sich in den meisten Handlungsfeldern eher an Kriterien der Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit. Die Lösung der Umweltprobleme gilt den „Liberal Gehobenen“ außerdem als Bedingung zur Lösung weiterer gesellschaftlicher Probleme. Zugleich aber fahren sie mehr als andere Typen alltäglicher Lebensführung mit dem Auto und wohnen in großflächigem Eigentum. Der Lebensmitteleinkauf der „Liberal Gehobenen“ folgt sowohl eher traditionsorientierten als auch qualitätsbewusst-ethischen Kriterien. Bio-Produkte werden von ihnen überwiegend regelmäßig oder doch gelegentlich gekauft. Die Haushaltsorganisation der „Liberal Gehobenen“ gestaltet sich überdurchschnittlich umweltfreundlich. Sie können sich mehr als andere ein gemeinschaftliches Wohnen vorstellen, um in Gemeinschaft zu leben. „Liberal Gehobene“ ergreifen in starkem Maße persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Beim Thema Wohnraum zeigt sich allerdings, dass es

dabei auch Grenzen gibt: Aus der Einsicht in den Zusammenhang von Wohnungsgröße und Umweltbelastung ergibt sich für die „Liberal Gehobenen“ nur selten die Notwendigkeit zu handeln. Die Verantwortung als Konsumenten kann hier den Ansatzpunkt für die Festigung bestehender umweltfreundlicher Praktiken und beim Wandel vor allem des Mobilitätsverhaltens sein.

Bei den „Unterhaltungssuchenden“ handelt es sich um ein jüngeres Milieu mit Personen bis 29 Jahre. Sie verfolgen eine moderne Lebensorientierung auf niedrigem Ausstattungsniveau. „Unterhaltungssuchende“ verfügen zumeist über eine niedrige formale Bildung und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von eintausend bis zweitausend Euro. Freizeiterlebnisse bilden ihren Lebensmittelpunkt. Dabei sind sie mehr an Sicherheits- als an Umweltproblemen interessiert. Ihre Alltagspraktiken haben eher umweltbelastende Formen. Lebensmittel kaufen die „Unterhaltungssuchenden“ wie die anderen Lebensführungstypen auf niedrigem Ausstattungsniveau bevorzugt nach funktionalen Kriterien ein. Bio-Produkte und fair gehandelte Lebensmittel sind ihnen zu teuer. Maßnahmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit im Haushalt haben für „Unterhaltungssuchende“ wenig Bedeutung. Sie wohnen überdurchschnittlich häufig in Mietwohnungen und verfolgen als Lebensziel, ein eigenes Haus zu besitzen. „Unterhaltungssuchende“ betonen die Bedeutung der Gegenwart, sie treffen deshalb weniger als andere persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels. Mit dem Klimaschutz-Engagement der Bundesregierung sind sie eher zufrieden. Sicherheit als Bedingung von Erlebnisorientierung kann hier der Ansatz für eine Aktivierung innovativer Potenziale von Alltagspraktiken sein, wenn es gelingt, Umweltprobleme als eine mögliche Gefährdung dieser Sicherheit begreiflich zu machen.

Der Typus der „Hedonisten“ ist durch sein mittleres Ausstattungsniveau und seine moderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Die „Hedonisten“ weisen keine herausgehobenen soziodemographischen Merkmale auf, sie sind in allen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen gleichermaßen vertreten. Die „Hedonisten“ haben eher popkulturelle Interessen. Häufig treibt sie eine gegenwartsbezogene, auf äußerliche Reize setzende Genuss- und Konsumorientierung im Rahmen städtischer Spektakel- und Clubkulturen um. Für die „Hedonisten“ sind die wichtigsten Probleme der Gegenwart im Bereich der sozialen Sicherung angesiedelt. Jedoch erkennen sie auch die Bedeutung umweltpolitischer Maßnahmen gegenüber Wohlstandssicherung, wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit und Gerechtigkeit. „Hedonisten“ nutzen öffentliche Verkehrsmittel und interessieren sich häufiger als andere Lebensführungstypen für Elektromobilität. Dieser Lebensführungstyp ist keinem bestimmten Muster beim Lebensmitteleinkauf zuzuordnen. „Hedonisten“ sind überdurchschnittlich häufig Mieter und davon überzeugt, dass große Wohnungen umweltbelastend sind. Persönliche Vorsorgemaßnahmen gegenüber den Folgen des Klimawandels übernehmen die „Hedonisten“ nur wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Das Innovationspotenzial der „Hedonisten“ lässt sich in ihrer primären Orientierung an sozialen Problemen finden. In diesem Bereich zeigen sie eine Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme. Den Schutz der Umwelt und der Natur betrachten „Hedonisten“ nicht als Selbstzweck, sondern beziehen diesen auf die Sicherung von Zukunftsfähigkeit.

Die „Reflexiven“ bezeichnen den Typ alltäglicher Lebensführung mit einer modernen Werteorientierung auf hohem Ausstattungsniveau. Dabei handelt es sich in der Regel um 30 bis 65 Jährige mit hoher formaler Bildung. Sie verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von dreitausend Euro und mehr. Ihre Interessen sind auf kulturell avantgardistische Angebote gerichtet, die ihren Werteeinstellungen, wie Experimentierfreude und Eigenständigkeit weitgehend entsprechen. Auch sie sehen die drängendsten Gegenwartsprobleme im Feld der Sozialpolitik. Umweltpolitik erscheint hier vielmehr als Mittel zur Lösung sozialer Probleme.

Die „Reflexiven“ sind eher der Meinung, für den familiären Alltag mit Kindern kein Auto zu brauchen. Ihr Verkehrsverhalten entspricht jedoch den durchschnittlichen Antwortmustern aller Befragten. Die „Reflexiven“ gestalten ihren Lebensmitteleinkauf eher nicht funktional, kaufen regelmäßig Bio-Produkte und sind auch bereit, für Bio-Produkte mehr Geld auszugeben. Sie wohnen überwiegend in Eigentumswohnungen oder eigenen Häusern. Obwohl sie meinen, dass ein Einfamilienhaus am Stadtrand eine Zunahme des Verkehrs verursacht, halten sie dieses für ein wichtiges Lebensziel. Die „Reflexiven“ sind überdurchschnittlich mit ihrer Art der Haushaltsführung zufrieden und sie sind auch der Meinung, dass nachhaltige Handlungen der Haushaltsführung zukünftig an Bedeutung gewinnen werden. Mehr Engagement für den Klimaschutz fordern sie von der Industrie und der Bundesregierung und weisen diesen damit implizit auch mehr Verantwortung zu. Ein wichtiges Innovationspotenzial der „Reflexiven“ besteht in ihrer Einsicht, dass umweltpolitische Maßnahmen eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit ist.

Die zum Teil klaren Alterszuordnungen der Typen alltäglicher Lebensführung, die mit entsprechendem Bildungsstand, Familienformen und Einkommen einhergehen, deuten darauf hin, dass die milieuspezifische Zugehörigkeit eher eine biografische Phase bezeichnet als eine rein sozialstrukturelle Differenz. Von daher verwundert die teilweise Widersprüchlichkeit innerhalb der Typen alltäglicher Lebensführung hinsichtlich des Umweltbezuges des Alltagshandelns sowie der Bewertung umweltpolitischer Maßnahmen und Verantwortung nicht. Bei der Typenzuordnung handelt es sich nämlich eher um Momentaufnahmen eines anhaltenden biografischen Prozesses. Die Widersprüche können somit vielmehr als Anlässe für innovative Veränderungen der Alltagspraktiken und ihrer Stärkung in Richtung Nachhaltigkeit verstanden und genutzt werden.

4.2.7 Bezüge zwischen Argumentations- und Lebensstiltypen

Im nächsten Schritt soll nun geprüft werden, ob die Argumentationstypen (siehe Kapitel 4.1) Affinitäten zu den Typen alltäglicher Lebensführung aufweisen oder die festgestellten Kombinationen und Dynamiken bei den Argumentationstypen darauf zurückgeführt werden können. Dazu wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zweiten Runde der Gruppendiskussionen mit der gleichen Kurzversion des Fragebogens zu den Typen alltäglicher Lebensführung nach Otte (2004) befragt wie die Probanden der Repräsentativbefragung zum Umweltbewusstsein in Deutschland 2012.³³

Wie zu erwarten war, lassen sich die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppendiskussionen dem Lebensführungstyp der teilmodernen und auf mittlerem Ausstattungsniveau angesiedelten „Aufstiegsorientierten“ zuordnen. Es gibt aber auch Personen, die über eine teilmoderne Lebensorientierung und ein hohes Ausstattungsniveau verfügen und dem Typus der „Liberal Gehobenen“ zuzurechnen sind. Außerdem finden sich einige traditionell orientierte Personen auf mittlerem und unterem Ausstattungsniveau, nämlich „Konventionalisten“ und ein „Traditioneller Arbeiter“ unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

³³ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach soziodemografischen Aspekten ausgewählt wurden, die nicht den konstituierenden Merkmalen der Typologie alltäglicher Lebensführung nach Otte (2004) entsprachen.

Der „Traditionelle Arbeiter“ argumentiert eher nach dem Muster des Argumentationstyps „Selbstbezogene Skepsis“. Das passt zu den allgemeinen Eigenschaften, mit denen dieser Lebensführungstyp beschrieben werden kann. Als Arbeiter mittleren Alters verfügt er über ein eher niedriges Haushaltsnettoeinkommen.

Bei den „Konventionalisten“ kommt der Unterschied zwischen großstädtischem und kleinstädtischem Milieu zum Tragen. Die „Konventionalisten“ sind überwiegend eher konservativ eingestellt, was sich in ihrer selbstbezogenen pragmatischen Argumentation nieder schlägt. Kommt jedoch eine prekäre Arbeitssituation hinzu, so erscheint in einem konkreten Fall ein Hochschulabsolvent als ein eher untypischer „Konventionalist“ mit lebensstilspezifischem Konservatismus. Hinsichtlich der Argumentationstypik erscheint diese Person nämlich vor allem engagiert optimierend, also sehr aktiv und veränderungsbereit.

Die größte Gruppe der „Aufstiegsorientierten“ ist hinsichtlich der Argumentationstypen ebenfalls von Divergenzen gekennzeichnet. Die meisten „Aufstiegsorientierten“ argumentieren hinsichtlich ihres Aktivitätsgrades engagiert, wie das von teilmodern orientierten Personen zu erwarten ist. Die konkreten Lebenssituationen unterscheiden sich zum Teil, da sich hier sowohl Jüngere unter 29 Jahre, Personen im mittleren Alter und solche im Rentenalter mit einem entsprechend unterschiedlichem Haushaltsnettoeinkommen und in verschiedenen Erwerbssituationen wiederfinden. Die anhand der Argumentationstypen angezeigte Veränderungsbereitschaft auf engagierten Niveau differiert über alle Stadien von der Optimierung hin zur Skepsis und hängt insbesondere mit unterschiedlichen Erfahrungen in den jeweiligen Handlungsfeldern zusammen (Argumentationstypen „Engagierte Optimierung“, „Engagierte Idealisierung“, „Engagierte Pragmatik“ und „Engagierte Skepsis“). In der Gruppe der „Aufstiegsorientierten“ findet sich aber auch der Argumentationstyp der „Selbstbezogenen Skepsis“ und damit eine konservative Tendenz, die sich mit einem höheren Alter der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklärt. Ebenso werden von der Gruppe der „Aufstiegsorientierten“ fatalistisch selbstbezogene Argumentationen hervorgebracht, die sich im konkreten Fall als Ergebnis massiver Frustration erklären lassen, die womöglich im kleinstädtischen Lebensraum dieser Person leichter konserviert wird.

Schließlich lassen sich vier Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem Lebensführungstyp „Liberal Gehobene“ zuordnen. Auffallend ist, dass diese Personen überwiegend in Großstädten leben. Sie argumentieren meistens engagiert, wobei hier jedoch ein Hang zur Idealisierung überwiegt (Argumentationstyp „Engagierte Idealisierung“), der leicht in Skepsis umschlägt (Argumentationstyp „Engagierte Skepsis“). Vor allem Rentner scheinen wegen ihres Alters und ihrer Idealisierung zu größerer Skepsis hinsichtlich ihrer Selbstwirksamkeit zu neigen. Jüngere hingegen tendieren bei ähnlich idealisierender Argumentation nicht zur Skepsis, eben weil sie sich entsprechend ihres Alters noch viel stärker selbstwirksam erleben können. Andere argumentieren engagiert idealisierend, vor allem aber nehmen sie Chancen zur Veränderung engagiert optimierend wahr (Argumentationstyp „Engagierte Optimierung“).

Resümierend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass ein höheres Ausstattungsniveau und eine moderne Werteeinstellung einen höheren Aktivitätsgrad und eine höhere Veränderungsbereitschaft begünstigen. Jedoch wird dies durch Umstände wie das Alter, den Wohnort und das Einkommen sowie biografische Erfahrungen und Erlebnisse konterkariert.

5 Empfehlungen für die Umweltkommunikation und Umweltpolitik

Diese Befunde machen deutlich, dass umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikationsstrategien nicht nur an Lebensstiltypen ausgerichtet werden sollten, sondern weitere Aspekte mit berücksichtigen müssen. Kommunikationsstrategien müssen dabei auch immer den konkreten Lebensumständen und praxisrelevanten Erfordernissen in den Handlungsfeldern gerecht werden. Auf welche Art diese ihren Niederschlag in den Erfahrungen mit Störungen des Alltags und Motivationen zur Veränderung der betroffenen Praktiken finden, lässt sich anhand der Argumentationstypen zeigen. Vor dem Hintergrund der vielfältigen empirischen Befunde sollten sich umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Kommunikationsstrategien deshalb einerseits an Lebensstiltypen – im konkreten den Typen alltäglicher Lebensführung – orientieren und andererseits an den vorgestellten Argumentationstypen.

Die in Kapitel 4.2.6 vorgestellten Profile der Typen alltäglicher Lebensführung, die auf der Grundlage der Daten der Bevölkerungsumfrage zum Umweltbewusstsein und Umwelthandeln in Deutschland 2012 gewonnen wurden, geben einerseits Aufschluss über die Bedeutung des Umweltbezuges bei der lebensstiltypischen Gestaltung des Alltagshandelns und andererseits Hinweise für kommunikative Möglichkeiten (das heißt Sinnanschlüsse), diese auf innovative Weise im Sinne von Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit zu verändern.

Beim Typus „Traditionelle Arbeiter“, der durch ein niedriges Ausstattungsniveau und eine traditionelle Lebensorientierung gekennzeichnet ist, sind aufgrund der an Sparsamkeit, Solidarität und Selbstdisziplin orientierten Wertestruktur einige Ansatzpunkte für einen Wandel der Alltagspraktiken hin zu mehr Nachhaltigkeit zu erkennen. Diese Werte sollten deshalb in Kommunikationsstrategien besonders herausgestellt und gewürdigt werden.

Beim traditional orientierten und auf mittlerem Niveau ausgestatteten Typus der „Konventionalisten“ kann die Werteeinstellung der Pflichterfüllung als Ansatz für eine Aktivierung des innovativen Potenzials und entsprechender Kommunikationsstrategien der entscheidende Ansatz sein. Als kommunikatives Thema kann hierbei auch die individuelle Verantwortung betont werden, die „Konventionalisten“ hoch schätzen.

Die „Konservativ Gehobenen“ markieren den am höchsten ausgestatteten traditionsorientierten Typ alltäglicher Lebensführung. Diesem Typus geht es weniger um Umweltproblematiken, sondern vielmehr um den Werteerhalt. Hieran kann für die Aktivierung innovativer Veränderungen der Alltagspraktiken angeknüpft werden, wenn mit Kommunikationsstrategien verdeutlicht wird, dass Umweltzerstörung wie der Klimawandel auch den eigenen Besitz als leistungsbezogene Werte bedroht.

Der Typus der „Heimzentrierten“ ist durch ein geringeres Ausstattungsniveau und eine teilmoderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Für sie steht der Erhalt der eigenen Lebensqualität im Vordergrund. Die Sorge um den Wohlstand bildet bei diesem Typus darum den Ansatzpunkt bei der kommunikativen Vermittlung der Bedeutung von Umweltproblemen und für die Aktivierung innovativen Veränderungspotenzials.

Die „Aufstiegsorientierten“ sind durch eine teilmoderne Werteorientierung und ein mittleres Ausstattungsniveau gekennzeichnet. Die „Aufstiegsorientierten“ übernehmen in starkem Maße persönliche Verantwortung für Umweltprobleme. Dies stellt bei diesem Typ den Ansatzpunkt dar, um bei den umweltfreundlich geprägten Alltagspraktiken einerseits und beim Bezug auf Familie und Beruf andererseits weiteres Innovationspotenzial zu aktivieren.

Die „Liberal Gehobenen“ sind durch ihr gehobenes Ausstattungsniveau und ihre teilmoderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Das Alltagshandeln orientiert sich in einigen Handlungsfeldern eher an Kriterien der Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit, in anderen weist es jedoch auch Grenzen auf. Die Verantwortung als Konsumenten kann hier der Ansatzpunkt für die kommunikative Verstärkung bestehender umweltverträglicher Alltagspraktiken und den Wandel vor allem beim Mobilitätsverhalten sein.

Bei den „Unterhaltungssuchenden“ handelt es sich um ein jüngeres Milieu mit moderner Lebensorientierung auf niedrigem Ausstattungsniveau. Dabei sind sie mehr an Sicherheits- als an Umweltproblemen interessiert. Ihre Alltagspraktiken haben eher umweltbelastende Formen. Sicherheit als Bedingung von Erlebnisorientierung kann hier der Ansatz für eine Aktivierung innovativer Potenziale von Alltagspraktiken sein, wenn es gelingt, Umweltprobleme als eine mögliche Gefährdung dieser Sicherheit kommunikativ zu vermitteln.

Der Typus der „Hedonisten“ ist durch sein mittleres Ausstattungsniveau und seine moderne Lebensorientierung gekennzeichnet. Die „Hedonisten“ haben eher popkulturelle Interessen. Das Innovationspotenzial der „Hedonisten“ lässt sich in deren primärer Orientierung an sozialen Problemen finden. In diesem Bereich zeigen sie eine Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme. Der Schutz der Umwelt und der Natur betrachten „Hedonisten“ nicht als Selbstzweck, sondern beziehen diesen auf die Sicherung von Zukunftsfähigkeit.

Die „Reflexiven“ bezeichnen den Typ alltäglicher Lebensführung mit einer modernen Werteorientierung auf hohem Ausstattungsniveau. Ihre Interessen sind auf kulturell avantgardistische Angebote gerichtet, die ihren Werteeinstellungen, wie Experimentierfreude und Eigenständigkeit weitgehend entsprechen. Ein wichtiges Innovationspotenzial der „Reflexiven“ besteht in ihrer Einsicht, dass umweltpolitische Maßnahmen eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit sind.

Ausgehend von den Ergebnissen der Gruppendiskussionen sollte umweltpolitische Kommunikation themenspezifisch an den Handlungsfeldern und entsprechenden Alltagspraktiken ausgerichtet sein. Bei der konkreten Ansprache von Personen ist es sinnvoll, die Determinanten des Aktivitätsgrades und der Veränderungsbereitschaft aufzugreifen. Diese sind einerseits die soziodemographischen Merkmale, andererseits die individuellen Kapazitäten zu Reflexion und Bestimmung von alternativen Möglichkeiten und deren aktive, gestaltende Realisierung. Hierfür sollte die umweltpolitische Kommunikation motivierenden Antrieb und aktivierende Unterstützung bieten.

Die Analyse der Gruppendiskussionen zu den Alltagspraktiken in den jeweiligen Konsum- und Handlungsfeldern zeigte, dass die Umweltkommunikation hinsichtlich der Komplexität der relevanten Zusammenhänge unterschiedlich wahrgenommen wird und diese auch zu unterschiedlichen Graden der Problematisierung führt. Die Kommunikationsstrategien müssen daher thematisch differenziert sein und konkrete alltagspraktische Probleme adressieren. Komplexe und darum nur schwer zu erfassende Zusammenhänge wurden in allen Konsumbereichen benannt.

Andere Bereiche wie der Lebensmitteleinkauf, die Haushaltsorganisation (Energie und Haushaltstechnik), Kleidung/Textil, größere Anschaffungen, wie Unterhaltungs- und Kommunikationstechnik, oder neue Formen umweltrelevanten Verhaltens wie etwa die Leistung von Kompensationszahlungen und ökologische Geldanlagen bedürfen Informationen, die die jeweilige Komplexität nicht unterschätzen, sondern in entscheidungsrelevanter Form aufbereiten. Solche Informationen sind heute schon in vielen Fällen vorhanden, jedoch nicht immer leicht zu fin-

den. Hier kann ein zentrales, eingängig betitelt, internetbasiertes Konsumenten-Wiki weiterhelfen, das von glaubwürdigen Institutionen transparent moderiert und verwaltet wird und auch auf weiterführende vertrauenswürdige Informationen verweist. Zudem müssen Informationen aber auch unmittelbar in den Entscheidungszusammenhängen der jeweiligen Handlungsfelder zugänglich sein, zum Beispiel beim Lebensmitteleinkauf. Auch hierfür kann moderne Kommunikationstechnik eingesetzt werden, die relevante Informationen vernetzt und leicht zugänglich macht, wie zum Beispiel Produkts Scanner in Geschäften oder spezielle Apps für Mobilfunktelefone. Dabei sollten die Informationen auch mit Empfehlungen verbunden sein.

Mit Blick auf die Argumentationstypen sollte die umweltpolitische Kommunikation auf die Stabilisierung und Weiterentwicklung des Typs „Engagierte Optimierung“ zielen. Dieser Argumentationstyp birgt das höchste Aktivitätsniveau und die höchste Veränderungsbereitschaft. Gleichwohl ist dieser Argumentationstyp nicht selbststabilisierend, sondern kann sich bei gleichbleibender Aktivität mindestens auf der Achse der Veränderungsbereitschaft in Richtung Skepsis bewegen. Darum bedürfen auch Personen, die ihr Alltagshandeln im Modus „Engagierter Optimierung“ beschreiben, der Unterstützung.

Personen, die sich und ihr Alltagshandeln im Modus „Fatale Skepsis“ beschreiben, bedürfen des meisten Zuspruchs und der größten kommunikativen Aufmerksamkeit durch die Umweltpolitik. Deutlich wurde, dass dieser Argumentationstyp nicht auf eine geringe Modernität oder ein niedriges Ausstattungsniveau zurückzuführen ist. Die Kommunikationsstrategien sollten sich deshalb auf die Ermöglichung erlebter Selbstwirksamkeit konzentrieren. Dabei geht es darum, durch das Erlebnis selbstbestimmter Wirksamkeit die tendenzielle Resignation zu überwinden und persönliche Zuversicht zu erzeugen. Dazu muss das Umweltthema als relevant für die Selbstwirksamkeit markiert werden, indem die umweltpolitische Kommunikation an jene relevanten Alltagspraktiken anschließt, die durch ihre Komplexität schwer zu erfassen sind und dadurch zu kognitiven Frustrationen verleiten. Hierzu sind pointierte Informationen und verbindliche Handreichungen von vertrauenswürdigen Institutionen als Entscheidungshilfen angebracht. Vertrauen in Kontroll- und Verwaltungssysteme kann durch personales Vertrauen nicht ersetzt werden, wenn es darum geht, die enge regionale oder gar lokale Fokussierung der marginalisierten Selbstwirksamkeit aufzubrechen. Das latente Misstrauen kann hier nur durch offensive Darstellung von Transparenz in Form von einfach gehaltenen und klaren Informationen überwunden werden. Dabei ist es entscheidend, dass diese für schnelle Entscheidungen vereinfachten Informationen bei Bedarf ohne Barrieren vertieft werden können. Indem auf diese Weise das Aktivitätsniveau nicht nur erhöht, sondern auch dessen Fokus erweitert wird, kann ein umfassenderes Verantwortungsbewusstsein aufgebaut werden, das den Horizont des Privaten überschreitet. Als Rahmen für eine solche Kommunikation hat sich in einem Fall die Gruppendiskussion als gutes Instrument erwiesen. Ausgehend von verschiedenen Formen der Partizipation an Entscheidungsprozessen, sollten alltagspraktische Informations- und Diskussionsveranstaltungen als Rahmen umweltpolitischer Kommunikation angeboten werden. Sie sollten einen niedrigschwelligen Zugang ermöglichen, indem sie als Verbraucherveranstaltungen oder thematisch an regional aktuelle Problemlagen anknüpfende Diskussion- und Vortragsreihen gestaltet werden, wie sie etwa von Verbraucherzentralen angeboten werden.

Diejenigen, die sich und ihr Alltagshandeln überwiegend in einem Modus der Skepsis, wie der Typ „Engagierte Skepsis“ und der Typ „Selbstbezogene Skepsis“ beschreiben, bedürfen vor allem des Erlebnisses der Selbstwirksamkeit. Hierfür sind Mitmach-Angebote nützlich, die über bloße Informationsveranstaltungen hinausgehen. Angebote der Volkshochschulen, aber mehr noch von Initiativen, die neue Formen gemeinschaftlicher Produktion und Konsumtion anbieten,

sind hier gefordert. Hierzu bieten sich verschiedene soziale Innovationen nachhaltigen Konsums an, die an Trends wie „Do it together“, „Sharing“ oder „Prosuming“ anknüpfen (Rückert-John et al. 2013). Auf diese Weise kann es gelingen, den Aktivitätsgrad über den Selbstbezug zum gesellschaftlichen Engagement zu öffnen. Wissen kann auf diese Weise als praktisch relevant vermittelt werden, indem die Selektion von Informationen unmittelbar an erlebbare Praktiken anknüpft. Auf diese Weise kann auch die tendenzielle Resignation der Skeptiker überwunden werden.

Personen, die pragmatische Lösungen bevorzugen und im Modus „Engagierte Pragmatik“ oder „Selbstbezogene Pragmatik“ argumentieren, erleben sich durchaus als selbstwirksam, fokussieren dabei aber stärker auf ihren unmittelbaren Wirkungskreis und neigen stärker dazu, die jeweiligen Probleme unterkomplex zu behandeln. Auf diese Weise fällt es ihnen leichter, Verantwortung lediglich auf den Nahbereich zu beschränken. Hier sollte für Personen, die selbstbezogen pragmatisch argumentieren, die Verknüpfung eigener Handlungen mit den entfernten Wirkungen anderswo über sensibilisierende Informationen aufgezeigt werden. Neben Informationsveranstaltungen sind hier aber auch massenmedial wirksame Vorbildwirkungen mit Maßnahmen zu erzielen, die von einigen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern hinsichtlich der gesetzlichen Regulierung zur Beschränkung nicht-nachhaltiger Produkte angeregt wurde. Wenn sich solche Wirtschaftsblockaden auch nur schwer durchsetzen lassen, so sind doch Informationen im unmittelbaren Handlungsfeld gerade angesichts von Skandalen als sehr wirksam einzuschätzen.

Der Typus „Engagierte Idealisierung“ weist darauf hin, dass eine hohe Bereitschaft zu Veränderungen des Alltagshandelns bei den so argumentierenden Personen vorhanden ist, sie aber nicht systematisch, sondern eher zufällig und eher emotional getrieben solche Veränderungen umsetzen. Dabei werden diese oft vehement von anderen gefordert, sodass diese Selbstbeschreibung schnell an Grenzen stößt. Sie kann derart frustrierend wirken, dass die Idealisierung in Skepsis umschlägt. Insofern kommt es hier auf das verstärkte praktisch relevante Erleben der normativen Vorstellungen an. Als Kommunikationsstrategien bieten sich die von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gruppendiskussionen vorgeschlagenen Belohnungen an, die solches umweltfreundliche Engagement nicht sogleich monetär honoriert, sondern über entsprechende Kampagnen als vorbildlich herausstellt.

Durch öffentlich wirksame Anerkennung sind auch diejenigen zu motivieren, die ihre Alltagspraktiken engagiert optimierend betreiben und beschreiben. Dabei kommt es allerdings jenseits bloßer Kommunikationsstrategien darauf an, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind, die solches Verhalten ermöglichen und unterstützen. In den meisten Fällen sind diese Strukturen lokal oder regional zu verorten. Hier gilt es darum, diese Personen mit hohem Aktivitätsniveau und hoher Veränderungsbereitschaft bei der Gestaltung dieser Strukturen aktivierend einzubeziehen und nicht nur zu Stellungnahmen etwa bei Planfeststellungsverfahren anzusprechen. Des Weiteren lassen sich Aktivität und Veränderungsbereitschaft erhalten und verstärken, wenn relativ freie Gestaltungs- und Experimentierräume gesellschaftlich verfügbar gehalten werden, so dass alternative Produktions- und Konsumformen, neue Arten der Mobilität oder Freizeitgestaltung ausprobiert werden können.

Für die Teilnahme an einer verantwortungsvollen, zukunftsorientierten und weltoffenen Gestaltung von Umwelt und Gesellschaft sind ein höheres Ausstattungsniveau und ein höheres Maß an Modernität keine Bedingungen, wenngleich sie sich förderlich auswirken. Einerseits sollte umweltpolitische Kommunikation daher verdeutlichen, dass es gerade nicht nur auf die finanzielle Ausstattung ankommt, um den Alltag umweltgerecht zu gestalten. Um dieses Ziel zu er-

reichen, müssen die Zugangsschwellen zu den Informationsveranstaltungen, Kampagnen und Initiativen niedrig gehalten werden. Andererseits muss umweltpolitische Kommunikation über die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in einer Art berichten, die deren Komplexität nicht negiert, aber auch Entscheidungsmöglichkeiten aufzeigt. Dies kann realisiert werden, indem sie unmittelbar an realistische Alltagsszenarien anknüpft. Sie sollte, wie ein Diskussionsteilnehmer formulierte, „einfach sein, ohne zu vereinfachen“.

6 Literaturverzeichnis

- Bals, Christoph (2012): Eine strategische Analyse des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio 2012. Beschwörung einer grünen Wirtschaft von dem Hintergrund struktureller Handlungsunfähigkeit der Staatengemeinschaft. (Germanwatch Hintergrundpapier). Bonn [http://germanwatch.org/de/4724, 2. Mai. 2013].
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bertelsmann-Stiftung (2013): Zukunft Soziale Marktwirtschaft. Green an Fair Economy - ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften (Policy Brief 2013/02). Gütersloh: Bertelsmann.
- BMU/BfN (2012): Naturbewusstsein 2011. Berlin, Bonn.
- BMBF (2012): Konferenz Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?. Bonn, Berlin.
- BMU (2012): Umwelt. Sonderteil: Forschungsrahmen des Bundesumweltministeriums und Umweltforschungsplan (UFOPLAN) 2013. Berlin.
- BMU/UBA (2013): Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- Bohnsack, Ralf (1997): Dokumentarische Methode. In: Hitzler, Ronald; Honer, Anne (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Opladen: Leske+Budrich: 191-212.
- Bohnsack, Ralf (2010): Dokumentarische Methode und Typenbildung – Bezüge zur Systemtheorie. In: John, René; Henkel, Anna; Rückert-John, Jana (Hg.): Die Methodologien des Systems. Wiesbaden: VS: 291-320.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner (2011): Umweltsoziologie und praxistheoretischer Zugang. In: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 173-198.
- Brunner, Karl-Michael (2007): Alimentäre Biographien – Kontinuitäten, Umbrüche, Veränderungen. In: Brunner, K. M. et al. (Hrsg.): Ernährungsalltag im Wandel. Chancen für Nachhaltigkeit. Wien: Springer: 119-129.
- BUND (2012): „Green Economy“ darf kein „greenwashing“ sein. Zur Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung in Rio de Janeiro (20. – 22.6.2012). Positionspapier [http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/umweltschutz_international/20120309_umweltschutz_international_rioplus20_positionierung_kurzfassung.pdf, 1.2.2013].
- Bundesregierung (2013): Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, Beschluss vom 21. Januar 2013. Berlin.
- Bundesregierung (2012): Umweltprüfbericht Deutschland 2012 [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Jahresbericht_2011_2012/6-Nachhaltige_Politik/Umwelt/2012-10-05-umwelt.html, 24.4.2013].
- Ernst, Andreas (1997). Ökologisch-soziale Dilemmata. Weinheim: Psychologie Verlags Union.

- GEA (2012): Global Energy Assessment – Toward a Sustainable Future. International Institute for Applied Systems Analysis, Vienna, Austria and Cambridge University Press, Cambridge, UK and New York, NY, USA.
- Greenpeace (2012a): Der Erdgipfel ist gescheitert, bevor er überhaupt angefangen hat. Greenpeace-Kurzanalyse der Ergebnisse von Rio+20 [http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/20120620-Kurzanalyse-Rio-plus-20.pdf, 1.2.2013].
- Greenpeace (2012b): Der Erdgipfel Rio+20 ist gescheitert. [http://www.greenpeace.de/themen/umwelt_wirtschaft/nachrichten/artikel/erdgipfel_rio_20_ist_gescheitert/, 1.2.2013].
- Volker Hauff (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp Verlag.
- Jaeger-Erben, Melanie (2010): Zwischen Routine, Reflektion und Transformation – die Veränderung von alltäglichem Konsum durch Lebensereignisse und die Rolle von Nachhaltigkeit. Berlin: TU-Berlin (Internet: http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2010/2816/pdf/jaegererben_melanie.pdf, 22.08.2011).
- John, René (2012): Umwelt als Problem. Gruppendiskussionen zur Relevanz der Umweltthematik im Alltag. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 9. Berlin: Institut für Sozialinnovation [<http://www.isinova.org/images/literatur/BzS9.pdf>, 6. April 2013].
- John, René/Knothe, Holger (2004): Soziale Verortung. Einen Heuristik zur Beschreibung und Erklärung von Prozessen sozialer Einbettung in Gemeinschaften. IPP-Arbeitspapiere Nr. 7. München: IPP [http://www.ipp-muenchen.de/texte/ap_7.pdf, 11.5.2013].
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt: 468-475.
- Misereor (2012): MISEREOR-Bischof Thissen: „Raus aus der Schockstarre“ [<http://www.misereor.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-details/article/misereor-bischof-thissen-raus-aus-der-schockstarre.html>, 5.2.2013].
- NABU (2012): Kein Reformwille bei globaler Nachhaltigkeit [<http://www.nabu.de/themen/umweltpolitik/nachhaltigeentwicklung/14890.html>, 5.2.2013].
- Naturfreunde (2012): Weltumweltag: Die Politik muss die „Green Economy“ gestalten [<http://blog.naturfreunde.de/2012/06/04/weltumweltag-die-politik-muss-die-%E2%80%99Egreen-economy%E2%80%99C-gestalten/>, 5.2.2013].
- Norgaard, Richard B. (1994): Development Betrayed: The End of Progress and a Coevolutionary Revisioning of the Future. London and New York. Routledge.
- Otte, Gunnar (2004): Sozialstrukturanalyse mit Lebensstilen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Petermann, Thomas/Poetzsch, Maik (2012): Nachhaltigkeit und Parlamente – Bilanz und Perspektiven Rio+20. Berlin: TAB (Arbeitsbericht 155).
- Rat für nachhaltige Entwicklung (2012): „Der nachhaltige Warenkorb. Einfach besser einkaufen“.

- Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. In: Zeitschrift für Soziologie 32: 282-301.
- Rogall, Holger/Scherhorn, Gerhard (2012): Green Economy. In: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013. Göttingen: Metropolis: 17-44.
- Rückert-John, Jana/Jaeger-Erben, Melanie/Schäfer, Martina/Aderhold, Jens/John, René (2013): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Kriterien zur Analyse und Systematisierung. Berlin: Institut für Sozialinnovation (Beiträge zur Sozialinnovation 11). (<http://www.isinova.org/images/literatur/BzS11.pdf>, 25.4.14).
- Schäfer, Martina/Jaeger-Erben, Melanie (2012): Lebensereignisse als Gelegenheitsfenster für nachhaltigen Konsum? Die Veränderung alltäglicher Lebensführung in Umbruchsituationen. In: Defila, Rico; Di Giulio, Antonietta; Kaufmann-Hayoz, Ruth (Hg.): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. München: oekom: 213-228.
- SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen (2012): Umweltgutachten 2012. Verantwortung in einer begrenzten Welt. Berlin: Erich Schmidt.
- Thieme, Marlehn (2013): Nachhaltigkeit und Klimaneutralität – die Sicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung. In: L. Hölscher, F. J. Radermacher (Hrsg.), Klimaneutralität – Hessen geht voran. Wiesbaden: Springer: 27-30.
- Tschimpke, Olaf (2013): Statement auf der Pressekonferenz der 13. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung, 13. Mai 2013, Berlin.
- UNCRD (2012): Resolution der Generalversammlung 66/288: „Die Zukunft, die wir wollen“, New York [http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/rio20_abschlussbericht_2012_uebersetzung.pdf, 30. Januar 2013].
- Unmüßig, Barbara; Sachs, Wolfgang; Fatheuer, Thomas (2012): Kritik der grünen Ökonomie. Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriftenreihe Ökologie 22).
- WBGU (2012): Finanzierung der globalen Energiewende (Politikpapier Nr.7): Berlin [<http://www.wbgu.de>, 20. Mai 2013].
- WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.
- Wehrspaun, Michael (2012): Nachhaltigkeit als kulturelle Erneuerung. In: Bormann, Inka; John, René; Aderhold, Jens (Hg.): Indikatoren des Neuen. Wiesbaden: Springer VS: 57-75.
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Frankfurt (Main): Fischer.
- WWF (2012): Rio+20: Bittere Wahrheiten am Zuckerhut [<http://www.wwf.de/2012/juni/rio-20-bittere-wahrheiten-am-zuckerhut/>, 1.3.2013].